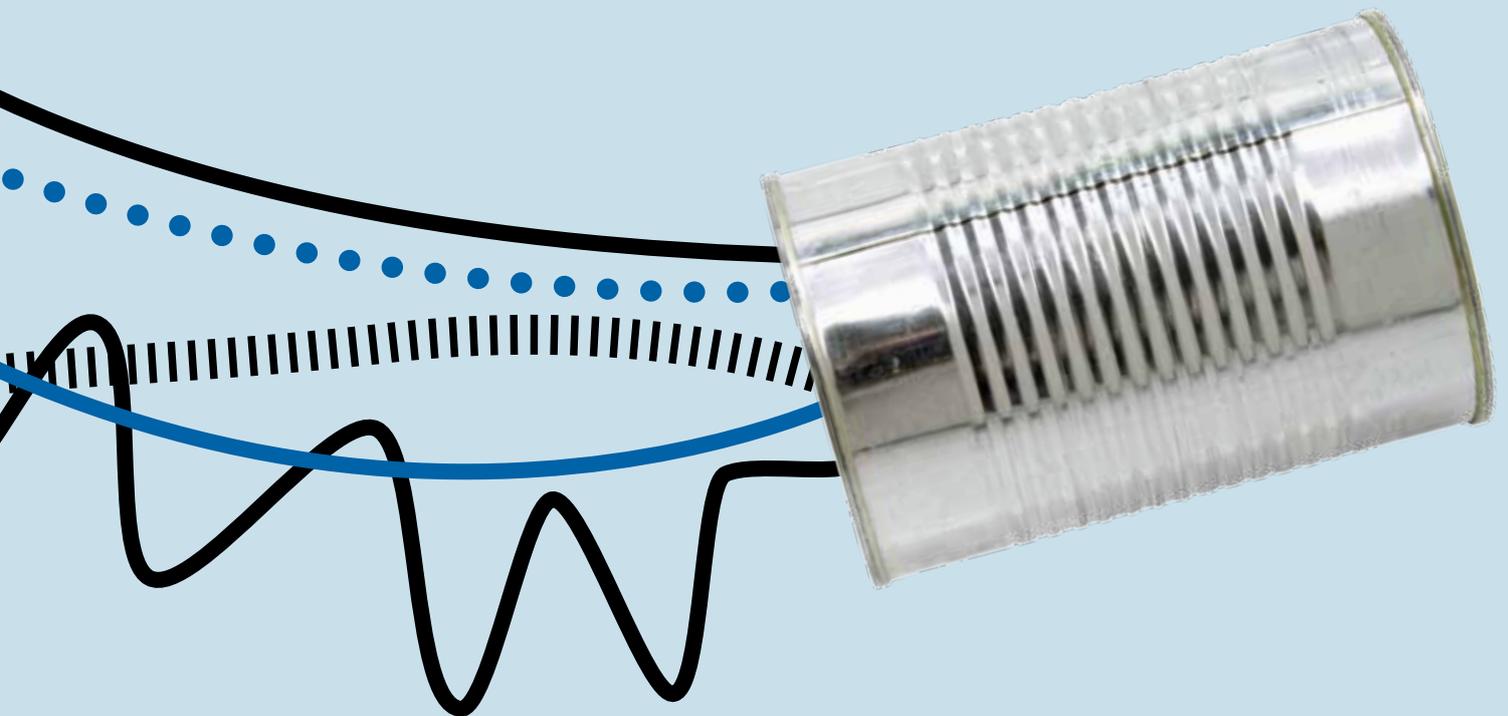


06 / 10 / 11 / 17
01 / 12 / 01 / 18

**DOPPEL-
AUSGABE**

Streife

Das Magazin der Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen

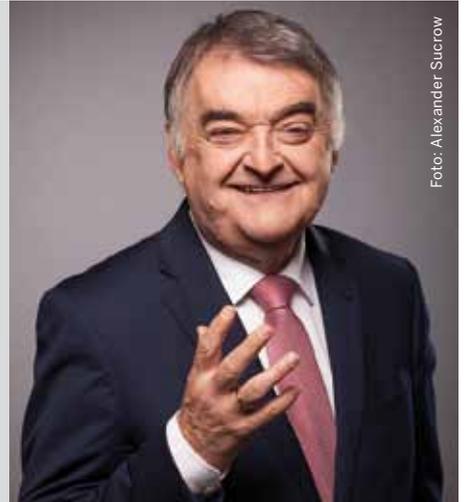


Informationsbedürfnis oder Sensationsgier Polizei im Fokus der Medien

- > **NRW-POLIZISTEN AUF FRIEDENSMISSION IM SUDAN UND IN NIGER**
- > **WAS TATORTINFORMATIONEN ÜBER TÄTERTYPEN VERRATEN**

»Über die Sozialen Netzwerke können wir direkt mit den Menschen kommunizieren«

Herbert Reul
Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen



Liebe Leserinnen und Leser,

stetiger Wandel ist die große Konstante des 21. Jahrhunderts. Unsere Gesellschaft ändert sich - und mit ihr die Medien. Online-Medien und die Sozialen Netzwerke werden immer wichtiger. Das stellt die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der NRW-Polizei vor große Herausforderungen.

Gerade die Sozialen Medien stellen für die Polizei aber auch eine große Chance dar. Denn sie ermöglichen es uns, direkt mit den Menschen zu kommunizieren. Und Kommunikation wird für die Polizei immer mehr zur Kernaufgabe: Als strategisches Instrument bei der Bewältigung von Einsätzen und Krisen, aber auch im Polizeialltag.

Indem wir zum Beispiel Facebook und Twitter aktiv nutzen und als Informationskanäle bespielen, treten wir direkt mit den Bürgerinnen und Bürgern in Kontakt. Wir können informieren und sensibilisieren und die Menschen so mitnehmen. Das ist

gerade in besonderen Lagen, in denen es auch auf Besonnenheit ankommt, wichtig.

Als ich vor einigen Wochen auf der Fachtagung Öffentlichkeitsarbeit und Online-Kommunikation in Selm war, habe ich gehört, dass einige Kolleginnen und Kollegen über technisch unzureichende Ausstattung klagten. Ich habe diesen Hinweis zum Anlass genommen, 100 iPads mit der entsprechenden Software anzuschaffen. Jede Polizeibehörde in NRW hat zwei dieser Geräte erhalten. Die Kolleginnen und Kollegen bei der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit können sich auf meine Unterstützung verlassen.

Übrigens: Ich befürworte es ausdrücklich, dass immer mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit journalistischem Background für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der NRW-Polizei gewonnen werden. Von diesem Know-how können wir nur profitieren!

Ihr Herbert Reul

INHALT

- 02 __ Editorial
87 __ Impressum

TITEL

- 04 __ **Polizei NRW kommuniziert auf allen Kanälen** Polizeiliche Kommunikation setzt klare Botschaften und nutzt dafür social media
08 __ **Frischer Wind beflügelt die Kommunikation** PP Bochum setzt erfahrene social media Profis ein: Neue Impulse für Online-Kanäle
11 __ **Presse- und Öffentlichkeitsarbeit aus einem Guss** Das Polizeipräsidium Köln hat sich gut aufgestellt
14 __ **Mit Dialog und Transparenz Proteste entschärfen** Die Polizei Aachen setzt auf Deeskalation
19 __ **Informationsbedürfnis oder Sensationsgier** Polizei im Fokus der Medien: Medienmanagement regelt Kooperation
22 __ **Landeszentrales Genehmigungsverfahren** Medien Medienerlass vom 15.11.2011

NACHRUF

- 25 __ **Junge Polizistin stirbt bei Einsatz auf A 61** Die Polizei NRW trauert

EINSATZ

- 26 __ **Dienst in El Fasher und Niamey** Zwei NRW-Polizisten auf »Mission« im Sudan und in Niger
27 __ **Einsatzbericht zur UN-Mission im Sudan** Nina Stier über ihre Erfahrungen im Sudan
30 __ **Wie kommt man vom Landrat Heinsberg in den Niger?** Christoph Weiß über seine EU Mission in Niger (EUCAP Niger)
33 __ **NRW-Beteiligung an internationalen Polizeimissionen** Zahlen und Fakten
34 __ **Fünftes »Südschientreffen« in Selm-Bork** Expertenaustausch zu Terrorismus, Extremismus und Hochrisikologen

KRIMINALITÄT

- 38 __ **Hauptkurs »Mittleuropäische Polizeiakademie« (MEPA) 25 Jahre internationale Fortbildung**
42 __ **Studierende entwickeln neue Ideen für »Kurve kriegen«** Genau in die Zielgruppe hineingedacht
46 __ **Neue Erkenntnisse zum Wohnungseinbruchdiebstahl** Was Tatortinformationen über Tätertypen verraten
48 __ **Start der 5. landesweiten Aktionswoche »Riegel vor! Sicher ist sicherer.«** »Wählen Sie bei verdächtigen Wahrnehmungen die 110!«
51 __ **Tatort-Kommissar unterstützt die »Riegel vor«-Kampagne** Martin Brambach ist ein prominenter Unterstützer der Aktionswoche

VERKEHR

- 52 __ **Verfahren zur Identifikation von Unfallhäufungsstellen und -linien verbessert** Der neue Gemeinsame Rund-erlass »Aufgaben der Unfallkommission in Nordrhein-Westfalen«
54 __ **EUSKA – die Elektronische Unfalltypen-Steckkarte** Der neue Gemeinsame Runderlass »Aufgaben der Unfallkommission in Nordrhein-Westfalen«
58 __ **Unfälle aufklären mit digitalen Fahrzeugdaten** Expertentreffen zum Projekt »Pro Digi« in Duisburg

AUS- UND FORTBILDUNG

- 60 __ **Polizei als größte Menschenrechtsschutzorganisation** »Tag der Menschenrechte« an der FHÖV NRW
66 __ **Abteilung 4 – Ausbildung Bachelor des LAFP NRW** Aus vier mach eins: Ausbildung neu organisiert und aus einer Hand

PRISMA

- 70 __ **Bundesweites Programm »Polizei 2020«** Polizist aus NRW übernimmt die Leitung
72 __ **Polizeistiftung NRW hilft in Notfällen** Unbürokratische Hilfe für Polizeibeschäftigte
74 __ **Gelsenkirchener »Blaulichtlauf« 2017** Jeder Schritt eine gute Tat

SPORT

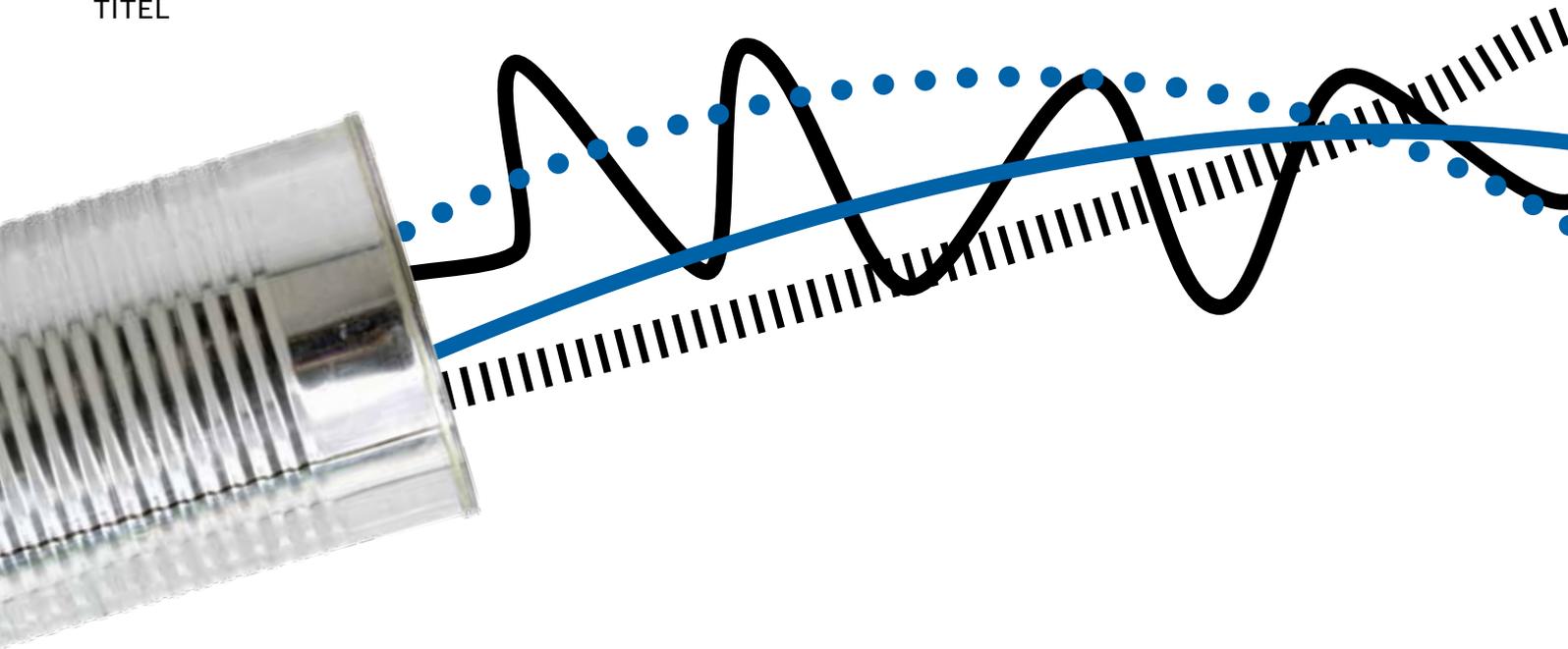
- 76 __ **Zweimal Bronze für die NRW-Mannschaften 28.** Deutsche Polizeimeisterschaften im Schießen
77 __ **Medaillenregen für die NRW-Delegation 15.** Europäische Polizeimeisterschaften im Schwimmen und Retten
78 __ **Startschuss am Olympia-stützpunkt 11.** Deutsche Polizeimeisterschaften im Triathlon
79 __ **Kräftemessen mit den Besten 36.** Deutsche Polizeimeisterschaften in der Leichtathletik

PERSONALIEN

- 80 __ **Frank Hoever** Neuer Chef des Landeskriminalamtes
81 __ **Heidi Fahrenholz** Neue Leiterin der Direktion GE beim PP Gelsenkirchen
81 __ **Michael Schemke** Neuer Leiter des Referats 412 im Innenministerium NRW
82 __ **Jörg Schalk** Neuer Leiter der Abteilung 6 beim Landeskriminalamt NRW
82 __ **Irmgard Baumhus** Neue Leiterin der Direktion GE beim PP Wuppertal

PREISRÄTSEL

- 86 __ **Magisches Zirkuserlebnis** Die »Streife« verlost je 3 x 2 Freikarten für »Afrika! Afrika!«



Polizei NRW kommuniziert auf allen Kanälen

Polizeiliche Kommunikation setzt klare Botschaften und nutzt dafür social media

Aktualität geht anders! Manchmal sieht die morgendliche Tageszeitung ganz alt aus – so als wäre sie vom Vortag. Asbach uralt eben. Wir haben die neuesten Nachrichten nämlich längst auf dem Smartphone in social media gelesen und diese Informationen auf WhatsApp oder Instagram mit »Gott und der Welt« geteilt. Manchmal hören wir Nachrichten auch im Radio oder sehen sie im Fernsehen. Doch diese klassischen Medien sind nicht mehr unsere erste Wahl; für junge Menschen sind sie mittlerweile sogar »out«. Dafür diskutieren wir rund um die Uhr in social media miteinander, über andere Menschen oder über alle Themen, die uns bewegen und »bilden dabei Meinung«. Und die Polizeibehörden stehen dabei immer öfter im Zentrum des Dialogs, nicht immer sachlich und nicht immer im freundlichen Ton. Im Wettbewerb um die Aktualität und im direkten Kontakt mit Menschen hat social media mittlerweile klar die Nase vorn. Das hat Folgen für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Polizei.

Die Polizei NRW hat sich in den vergangenen Jahren strategisch und inhaltlich auf die veränderte Medienwirklichkeit eingestellt. Organisatorisch sind in vielen Polizeipräsiden und in Landratsbehörden Veränderungen vorgenommen worden, um noch professioneller und schneller auf Situationen und Geschehnisse antworten zu können. Dazu gehört, dass die lange Zeit getrennt arbeitenden Bereiche Presse- und Öffentlichkeitsarbeit enger zusammengedrückt sind.

Hinzu kommt, dass mit Blick auf das voraussichtliche Geschehen vor Ort bei Demonstrationen oder vorhersehbaren Konfrontationen sowie Konflikten proaktiv und vorausschauend das Kommunikationsgeschehen beeinflusst werden kann. Immer häufiger werden im Vorfeld solcher Ereignisse wichtige Informationen nicht nur über die klassischen Medien der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit verbreitet, sondern darüber hinaus social media genutzt, um die Öffentlichkeit zu informieren und mit ihr ins Gespräch zu kommen. Die Instrumente und die Prozesse dafür sind vergleichsweise neu. Sie verlangen danach, dass Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Hand in Hand geht.

Wie wichtig die social media-Kanäle für die Polizeiarbeit sind, zeigt sich auch im neuen Erlass »Einsätze aus besonderem Anlass gem. § 4 KHSt-VO, Einsatzbegleitende Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Nutzung sozialer Medien im Rahmen der



Einsatzbewältigung«. Dieser Erlass setzt taktische, personelle und technische Standards. So soll künftig bei der Einsatzbewältigung im Einsatzabschnitt (EA) Einsatzbegleitende Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (EPÖA) ein Unterabschnitt (UA) Soziale Medien eingerichtet werden.

Lageabhängig soll die Arbeit dabei durch mobile Teams unterstützt werden. Der UA wertet die Inhalte der verschiedenen Plattformen in social media aus und recherchiert in frei zugänglichen Bereichen des Internets. »Gerade in besonderen Lagen ist es wichtig, dass die Polizei ihre social media-Kanäle aktiv nutzt«, betont Michael Bauermann aus dem Einsatzreferat des Innenministeriums. »Im Netz kursieren zunehmend Falschmeldungen, die sich auch taktisch auf die Bewältigung der Einsatzlage auswirken können. Die Polizei kann durch schnelles Reagieren »Fake-News« den »Wind aus den Segeln« nehmen und ein sachliches Bild zeichnen. Das ist wichtig, damit die Polizei die Deutungshoheit auch online behält.«

Social media hat die Welt der Kommunikation, vor allem den Umgang mit den klassischen News in kürzester Zeit radikal verändert. Damit ist auch der Druck auf die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Polizei größer geworden. »Nur eine Pressemeldung an die Medien rausschicken und Journalisten zu einer Pressekonferenz einzuladen, reichen für die Polizei längst nicht mehr aus, um die Öffentlichkeit zu informieren«, erklärt Ludger Harmeier, Leiter der Landesredaktion Online-Dienste der Polizei NRW.

Online-Medien sind in puncto Schnelligkeit unschlagbar. Kein Ort auf der Welt, der nicht binnen eines Augenaufschlags erreicht werden kann. Ereignisse, für die sich die Welt – aus Neugier oder reiner Sensationslust – interessiert, verfolgen die Menschen bei Facebook, Twitter und Co. in Echtzeit und aktiv kommunizierend mit.

Jeder Nutzer kann gleich mitmischen, korrigieren, ergänzen, diskutieren oder einfach seinen »Senf« dazugeben. Mit Smartphones und Tablets kann jeder sogar selber Nachrichten produzieren und verbreiten. Fotos und Videos von Ereignissen >



– seien es schwere Unfälle, ein Amoklauf oder auch ein Terroranschlag – sind via Smartphone oft schneller im Netz als die alarmierten Rettungskräfte, Polizei oder Journalisten vor Ort sind. Zum Teil übernehmen sogar die Pressemedien ungefiltert Livemeldungen (Tweets/Postings) von Dritten, die von aktuellen Geschehnissen auf ihren Internetseiten oder in social media berichten. Eine redaktionelle Verarbeitung erfolgt nicht mehr. Soziale Netzwerke sind mitunter die Informationsquelle Nummer eins und zugleich das virtuelle Fieberthermometer der Bevölkerung. Das hat den Umgang mit Nachrichten, die Berichterstattung der Medien und nicht zuletzt die Arbeit der Pressestellen und die der Öffentlichkeitsarbeit verändert, ja fast auf den Kopf gestellt.

Social media ermöglicht direkte und gezielte Kommunikation

Die meisten Menschen sind heute überall erreichbar und beinahe rund um die Uhr online. Das erlaubt bei einer entsprechenden strategischen Kommunikation, aus erster Hand zu informieren. Diese Offenheit und die Möglichkeit, unzensuriert Meldung für alles und von jedem zu verbreiten, nutzen freilich nicht nur staatliche Organe und offizielle Presseorgane, sondern auch alle möglichen Organisationen, Parteigänger und Aktivisten unterschiedlicher Interessengruppen. Polizei hat sich auf die veränderte Medienwirklichkeit eingestellt. Über die eigenen Auftritte in social media kann die Polizei die Menschen gezielt und lokal ansprechen und mit ihnen in einen Dialog treten. Sie kann so ihre eigenen Informationen und Botschaften direkt und ohne Zeitverzug an die

Menschen und an die Pressevertreter kommunizieren fern ab von »Fake-News«.

Derzeit sind 31 Polizeibehörden in NRW in social media aktiv. Einige sind schon seit Jahren dabei (Köln Facebook 2012), andere nutzen erst seit wenigen Wochen die Kanäle von social media. Die Landesredaktion hat den Start durch Behördenberatungen direkt vor Ort unterstützt. In den kommenden Monaten werden 18 weitere Behörden begleitet, die planen, im nächsten Jahr ebenfalls über social media zu kommunizieren.

Insgesamt haben die Polizeibehörden in Nordrhein-Westfalen über 531.000 Fans bei Facebook, Tendenz ständig steigend. Bei Twitter folgen der Polizei NRW insgesamt mehr als 150.000 Follower, Tendenz ebenfalls steigend. Instagram wird aktuell getestet, in wie weit es sich für die Personalwerbung eignet, YouTube wird als zentrale Videoplattform genutzt. »Gute« Postings – wie beispielsweise der Videobeweis vom Wenden auf der Autobahn des PP Köln – erreichen bis zu 1,7 Millionen Facebook-Nutzer und erzielen erstaunliche Interaktionsraten von fast 20 Prozent. Die Behörden mit der höchsten Reichweite sind das PP Köln sowie PP Dortmund. In großen BAO Lagen wird bezahlte Werbung in social media geschaltet, um beispielsweise bei einem Hochrisikofußballspiel die Gästefans mit einem Fanbrief zu erreichen und ihnen polizeiliche Botschaften zu vermitteln. Diese Fans können auf anderen Wegen nicht erreicht werden.

Doch die Medien und ihre Informationen sowie die Kommentare und Postings werden unterschiedlich wahrgenommen. Alle

Zeitungen, Fernseh- und Radiosender haben in den vergangenen Jahren eigene Onlineredaktionen aufgebaut. Diese produzieren eigenen Content und machen ihre Nachrichten, Meldungen und Berichte über das Internet verfügbar. Hinzu kommen vielfältige Kommentarfunktionen und die Möglichkeit, dass Nachrichten in social media aufgegriffen und dort diskutiert werden. Nachrichten verbreiten sich schnell über diese Kanäle und werden zum Anlass von Auseinandersetzungen. Bei allen Pressemedien, die ihre Nachrichten über social media virtuell verbreiten, sind in den vergangenen Jahren auch Stellen für social media Redakteure und -Manager geschaffen worden. Ein ganz neues Berufsbild ist entstanden.

Die Arbeit der social media Manager in der Öffentlichkeitsarbeit ist anspruchsvoll. Die Kommentarfunktion in social media macht es notwendig, dass Tweets und Threads zu jeder Tages- und Nachtzeit moderiert, notfalls sogar verborgen werden, ehe sich Informationen und Botschaften verkehren und Meldungen zum Anlass für Fake-News, Hasskommentare oder gar zu einem Shitstorm werden.

Der Umgang mit Nachrichten in den Online-Diensten sowie social media in die eigene Pressearbeit oder in einen Bürgerdialog einzubeziehen, sind alternativlos, denn die Internetnutzung in der Altersgruppe der 14- bis 49-Jährigen liegt bereits deutlich vor der Fernsehnutzung auf dem ersten Rang. »Jeder, der sich heute mit seiner Medienarbeit an die breite Öffentlichkeit wendet«, sagt Guido Karl von der Landesredaktion Online-Dienste der Polizei

NRW, »nutzt dafür social media. Wer professionell kommunizieren will, muss permanent am Puls der Zeit sein, um seine Zielgruppe zu erreichen. Sonst wird er nicht wahrgenommen.«

Die Landesredaktion Online-Dienste der Polizei NRW wurde 2013 beim Innenministerium eingerichtet. Hier laufen die Fäden für die interne und externe Öffentlichkeitsarbeit zusammen. Dazu gehören der Internetauftritt polizei.nrw, Intrapol, Extrapol und social media. »Wichtig ist mir der Erfahrungs- und Informationsaustausch mit den Kolleginnen und Kollegen, die für die Polizei twittern und posten. Um sie bei ihrer Arbeit zu unterstützen, bieten wir auf unseren Fachtagungen Vorträge und Workshops mit externen Profis an«, sagt Guido Karl. Hinzu kommt ein breites Fortbildungsangebot beim LAFP, an der Akademie Mont-Cenis und im Informations- und Bildungszentrum (IBZ) Schloß Gimborn, das 2018 zusätzliche Seminare im Bereich Online-Kommunikation anbietet. */// Dr. Jörg Bockow*



Foto: LAFP NRW

Kolleginnen und Kollegen der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit diskutieren mit Innenminister Herbert Reul auf der Fachtagung Öffentlichkeitsarbeit und Online-Kommunikation beim LAFP in Selm.

Frischer Wind beflügelt die Kommunikation PP Bochum setzt erfahrene social media Profis ein: Neue Impulse für Online-Kanäle



Von links: EPHK Frank Lemanis (Leiter), POKin Nicole Schüttauf, PHK Thomas Kaster, RBe Tanja Pfeffer, POKin Vanessa Vogt, POK Marco Bischoff, RBR Jens Artschwager, PHK Reiner Frank und PHK Volker Schütte.

Die Polizei in Bochum erfreut sich seit einigen Monaten in den Sozialen Medien einer größeren Aufmerksamkeit durch die Bevölkerung vor Ort. Seit die polizeiliche Öffentlichkeits- und Pressearbeit in der Ruhrgebietsstadt von gestandenen Redakteuren verstärkt wurde, hat sich die Wahrnehmung der Polizei in der Stadt deutlich verändert: Themen und Ansprache kommen bei den Menschen sehr gut an. Dank der neuen Impulse in den Sozialen Medien beobachten die Kolleginnen und Kollegen erfreuliche Reaktionen. Die Resonanz auf die Botschaften aus dem Polizeipräsidium ist positiv. So wird das Image der Polizei weiter verbessert. Die »Streife« auf der Suche nach Best Practice-Beispielen.

Anfang 2017 hat die Pressestelle beim PP Bochum einen neuen Schub bekommen.

Organisatorische Veränderungen und zusätzliche Stellen haben das Team der Presse- und Öffentlichkeitsarbeiter stark aufgewertet. Bereitschaft und Motivation, sich auf eine neue Formen der Kommunikation einzulassen, sind stark gewachsen. Mit dem offensiven Einsatz von social media können neuerdings sogar weitere Zielgruppen erreicht werden.

Drei Neuzugänge hat es seit Beginn 2017 bei der Pressestelle der Polizei für Bochum, Herne und Witten gegeben: Mit Tanja Pfeffer und Jens Artschwager verstärken zwei gelernte Redakteure das Team und bringen ihre Kompetenz auf der anderen Seite des Schreibtisches ein. Sie konnten im Rahmen des Maßnahmenpakets für die Arbeit in der Pressestelle in Bochum gewonnen werden; Polizeioberkommissarin Vanessa Vogt wechselte vom Leitungsstab zum Bereich Pressestelle/

Öffentlichkeitsarbeit. Das Team des PP Bochum besteht nun aus neun Profis, die Informationen an die Medien sowie direkt in die Öffentlichkeit geben und damit das Bild der Polizei in Bochum nachhaltig verbessern. Mehr als zehn Jahre lang hat Tanja Pfeffer als Journalistin gearbeitet, zuletzt als Leiterin der Online-Redaktion der Mediengruppe Straubinger Tagblatt/Landshuter Zeitung in Bayern. Jetzt lernt sie neben Polizeideutsch auch die sprachlichen Eigenheiten des Ruhrgebiets kennen – privat spricht sie aber immer noch gerne Bayerisch. Auf rund zwölf Jahre Arbeitserfahrung in Tageszeitungsredaktionen blickt Jens Artschwager zurück. Zuletzt hat er als Lokalredakteur bei der Hertener Allgemeinen (Medienhaus Bauer) gearbeitet. Seit nunmehr acht Jahren arbeitet Polizeioberkommissarin Vanessa Vogt für die Polizei NRW – bisher im Wach- und Wechseldienst, der Bereitschaftspolizei und dem Leitungsstab. Diese Erfahrungen kann sie nun voll im Bereich Öffentlichkeits- und Pressearbeit mit einbringen.

Die Neuen unterstützen das Team beim Beantworten von Medienanfragen und bringen sich auch in der Öffentlichkeitsarbeit ein. Sie schließen unter anderem die Lücke, die der langjährige Pressesprecher Guido Meng hinterlassen hat, der im Lauf des Jahres 2016 als Zugführer zur Bereitschaftspolizei gewechselt ist. Mit der personellen Umstrukturierung stellt sich die Pressestelle den Herausforderungen des digitalen Wandels und den damit verbundenen Veränderungen im täglichen Medienkonsum.

Im Team werden Ideen entwickelt, um in der Öffentlichkeit speziell in social media neue Akzente zu setzen. Das ist auch bei

den Polizeibeamtinnen und -beamten im Streifendienst auf eine positive Resonanz gestoßen. Sie melden sich immer häufiger mit Themen und Fotos aus dem Dienst und bringen damit Farbe in die Berichterstattung. Gerade die Kommunikation in den Sozialen Medien braucht positive Erfahrungsberichte und gute Fotos aus dem polizeilichen Alltag. »So etwas interessiert die Nutzer von social media sehr«, weiß Tanja Pfeffer. »Wir bekommen für diese Berichte viele Likes und gute Meldungen werden vielfach geteilt.«

Ein Sprung ins kalte Wasser sei das gewesen, sagt Tanja Pfeffer über ihren Wechsel Anfang 2017 nach Bochum. Der Kontrast hätte stärker nicht sein können: Für den neuen Job hing Pfeffer nicht nur ihre Redakteursstelle an den Nagel, sondern kehrte auch ihrer niederbayerischen Heimat Straubing den Rücken. »Für Heimweh war allerdings keine Zeit, denn wir haben viel gelernt und die neuen Kollegen haben uns mit offenen Armen aufgenommen«, erzählt sie.

Das bestätigt auch Jens Artschwager, der zuvor als Redakteur in Herten im Kreis

Recklinghausen gearbeitet hat: »Vorbehalten sind wir nie begegnet.« Im Gegenteil: »Obwohl wir bei der Einführung der sozialen Netzwerke anfänglich auf Skepsis gestoßen sind, haben sich die Kolleginnen und Kollegen am Ende alle darauf eingelassen.« Intensive Schulungen der Verantwortlichen auf der Leitstelle und praxisorientierte Handbücher haben dabei geholfen. Kompetenzen beim Umgang mit den neuen Medien und strategische Ausrichtung wurden zudem durch die Landesredaktion fachlich begleitet und unterstützt.

Selbst einstige Skeptiker empfinden die Sozialen Medien heute, einige Monate nach dem Start, als echte Bereicherung, bestätigt EPHK Frank Lemanis, Leiter der Pressestelle. »Das hat auch damit zu tun, dass wir versuchen, alle Mitarbeiter einzubinden. Denn wir glauben fest daran, dass die Themen, über die wir berichten, vor allem aus der Mitte der Behörde kommen müssen.« Mithilfe einer regelmäßigen Themenkonferenz werden alle Direktionen eingebunden. Bei dem regelmäßigen Brainstorming kommen immer viele Ideen zusammen. So entsteht jedes Mal aufs

Neue ein breit angelegter Themenpool für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Vorschläge einreichen kann jeder: Vom Streifenbeamten bis zur Präsidentin.

Immer wieder versucht die Pressestelle des PP Bochum, Polizei mit frischen Einfällen nach vorne zu bringen – und zwar auf allen verfügbaren Kanälen. Erstaunlich ist, dass die Ideengeber oftmals die alte Hasen sind, die mit social media vorher nicht viel am Hut hatten. So stammt etwa der Vorschlag, den Polizei-Smart der Einstellungsberater im Rahmen eines Namenswettbewerbs ins Rampenlicht zu rücken, von PHK Volker Schütte, der seit fast zwanzig Jahren in der Bochumer Pressestelle arbeitet. »Kreative Köpfe gesucht! Unser kleinstes Polizeiauto sucht einen Namen! Mitmachen und mit dem Smart unser Revier kennenlernen«, hieß es dazu bei Facebook. »Mit einer solch starken und positiven Resonanz hätten wir nie gerechnet«, berichtet Jens Artschwager. Der Beitrag ist mit mehr als 100.000 erreichten Personen und über 1.000 Kommentaren der reichweitenstärkste Post überhaupt. Schütte ist sicher: »Wir können viel voneinander lernen.« >



Foto: RBR Dirk Döring, PP Bochum

Auf der Suche nach einem Namen für das kleinste Polizeiauto im Revier. Diese Aktion hat für große Resonanz in den sozialen Medien des Polizeipräsidiums Bochum gesorgt. Das Bild zeigt von links: PHK Volker Schütte, RBR Jens Artschwager, POKin Nicole Schüttauf, EPHK Frank Lemanis (Leiter), PHK Thomas Kaster, RBe Tanja Pfeffer – es fehlen: POK Marco Bischoff, POKin Vanessa Vogt und PHK Reiner Frank.



Foto: Jens Artschwager, PP Bochum

Der kleine Smart – seit Ende des Jahres »Irmchen« getauft – hat die Pressestelle des PP Bochum einige Wochen beschäftigt. Die Social-Media-Aktion »Unser Smart sucht einen Namen« war ein voller Erfolg. Auch noch Wochen nach der Namensverkündung begleitet das Team das Thema weiter. So bekam der Smart sofort seinen Namen auch auf die Seitenscheibe, hatte so getauft einen festen Platz bei der mobilen Wache am Bochumer Weihnachtsmarkt, zeigte seinem Namensgeber bei einer Spritztour sein Revier – und feierte am 15. Dezember sogar Geburtstag. Ein Blick ins Fahrtenbuch verrät das Alter von »Irmchen«.

Inzwischen ist der Wettbewerb um den besten Namen für den Polizei-Smart abgeschlossen. Die Kampagne konnte damit erfolgreich zu Ende gebracht werden. Das neue Fahrzeug wurde auf den Namen »Irmchen« getauft. Der ausgewählte Name war gleich von mehreren Einsendern vorgeschlagen worden, sodass eine Auslosung notwendig wurde. Der Gewinner durfte dann am 29. Dezember ins Polizeipräsidium kommen und nahm an einer Führung durch die Behörde teil.

Der Umgang mit den Usern hat sich inzwischen eingespielt. Vier Kolleginnen und Kollegen aus der Pressestelle sind wechselweise für social media beim PP Bochum zuständig. Jeweils einer von ihnen hat eine Woche lang ein besonderes Auge auf Facebook und Twitter. In der darauf folgenden Woche wechselt die Verantwortung auf den nächsten. Zwischen 7.00 Uhr und 16.00 Uhr nutzt man die Software Facelift, um das Geschehen im Netz zu beobachten und zu monitorieren. Gegebenenfalls greift die Kollegin

oder der Kollege aktiv in das Kommunikationsgeschehen ein. Dank der vorgeschriebenen Netiquette für den Kanal der Polizei Bochum hat sich bei den Usern eine freundliche und wertschätzende Sprache etabliert. »Sollte jemand mit seinen Postings aus dem Rahmen fallen, greifen wir selbstverständlich ein und weisen ihn auf unsere Sprachregeln hin«, berichtet Jens Artschwager. »Wir freuen uns, dass wir es geschafft haben, auch den Umgangston der User untereinander positiv zu beeinflussen.«

Auf mögliche Interaktionen ist man bestens vorbereitet. Auch wenn es einmal heiß hergeht. Zahlreiche Antwortmöglichkeiten und Interaktionen sind vorab durchgespielt und in einem Leitfaden festgelegt worden. »Das erleichtert im Fall der Fälle die Arbeit sehr«, erklärt Artschwager. »Da wird keiner von uns mehr von einem Hassposting oder einem Shitstorm im Netz überrascht. Wir wissen, was wir tun können und was wir für Spielräume wir haben.« Entsprechende Reaktionen und die notwendigen Eingriffe sind vorgedacht und passende

Antworten vorformuliert. »Natürlich muss man sich im Einzelfall immer noch einiges einfallen lassen«, lacht Artschwager. »Der Umgang mit den Sozialen Medien ist eben eine kreativ anspruchsvolle Arbeit und gerade deswegen so spannend und interessant für uns.« Die konsequente Kommunikation in den Sozialen Medien zahlt sich aus. Inzwischen hat man beim PP Bochum mehr als 2.150 Follower bei Twitter und bei Facebook mehr als 4.450 Freunde – Tendenz steigend.

Eine der größten Befürworterinnen der neuen Expertise von außen ist Polizeipräsidentin Kerstin Wittmeier: »Die neue Kollegin und der neue Kollege sind Experten ihres Fachs und geben der Polizei frische Impulse. Das empfinde ich als große Bereicherung.« **/// Dr. Jörg Bockow**

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit aus einem Guss Das Polizeipräsidium Köln hat sich gut aufgestellt

Die Wende ist geschafft – mit einer neuen Organisation und mit einem starken Team. Dabei steckt die Silvesternacht 2015 allen noch in den Knochen. Sie gibt jedem in der neuausgerichteten Öffentlichkeits- und Pressearbeit allerdings auch einen ordentlichen Motivationsschub. Alle sind sich darin einig: Ein Kommunikationsdesaster wie damals darf nicht wieder geschehen. Für die Zukunft ist man im Polizeipräsidium Köln gut aufgestellt. Die »Streifen« macht sich auf die Suche nach Best Practice-Beispielen.

Die Veränderungen, die im Polizeipräsidium (PP) Köln seit dem Frühjahr 2016 umgesetzt wurden, sind bereits greifbar: Die Kolleginnen und Kollegen, zuständig für Pressearbeit und Öffentlichkeitsarbeit, arbeiten neuerdings ganz eng zusammen. »Hier werden Medienanfragen beantwortet, werden Pressemitteilungen über alle Vorkommnisse als Polizeibericht über das Presseportal »news aktuell« verbreitet, es werden Kampagnen vorbereitet, Flyer gestaltet, das Intranet mit Informationen bestückt und auch die Mitarbeiterzeitung »Forum«

gemacht«, erläutert Ralf Remmert, Erster Polizeihauptkommissar und Chef. »Es gibt viele spannende Herausforderungen zu bewältigen und es ist ein großes Gebiet, das wir gemeinsam beackern.« Routiniert, gut eingespielt, rund um die Uhr und sieben Tage die Woche. Alle Kolleginnen und Kollegen sind auf Zuruf dabei, jeder bekommt mit, an was der andere gerade arbeitet. Informationen von außen werden sorgfältig ausgewertet, die öffentliche Meinung ist durch das Monitoring der Medien ständig präsent. >



Foto: Jochen Tack

Im Vorfeld anstehender Ereignisse werden klare Botschaften formuliert und intern abgestimmt, damit sie anschließend Medienvertretern zur Verfügung gestellt werden können.

Klare Aussagen machen

»Wir ziehen alle an einem Strang, weil alle über alles im Bilde sind und jeder weiß, welche Aufgabe er zu übernehmen hat.« sagt Pressesprecher Wolfgang Baldes. Besonders wichtig wird dieses Zusammenspiel, wenn im Vorfeld einer zu erwartenden besonderen Lage strategische Kommunikation gebraucht wird oder wenn im Krisenfall die Bevölkerung schnell informiert und mitgenommen werden soll, bevor irgendwelche Horrorszenarien oder Fake-News die Runde machen.

Um alle Kolleginnen und Kollegen auf anstehende Aufgaben vorzubereiten, werden regelmäßig zu allen anstehenden Ereignissen Botschaften formuliert und intern verbreitet. In der Behördenkommunikation kommt es besonders darauf an, dass alle mit einer Stimme sprechen. »Die vorformulierten Kernaussagen bringen für alle Sicherheit«, weiß Baldes. »Ich habe für jede Veranstaltung, die wir als Polizei begleiten, einen abgestimmten Sprechzettel, auf dem alle unsere Aussagen und Botschaften festgeschrieben sind. So vermeiden wir jedwede Konfusion, wenn wir vor die Presse treten und wenn wir uns über die Sozialen Medien an die Bevölkerung richten.«

Ein transparenter Informationsfluss

Mit einer Stimme zu sprechen, das ist das Ziel. Die Pressestelle ist Teil des Leitungsstabes und bei allen routinemäßigen Entscheidungsrunden im Polizeipräsidium mit dabei und immer auf dem aktuellen Stand. Jeden Morgen um 8.30 Uhr tagt die PP-Runde, um 9 Uhr sitzen die Direktionsleiter zusammen und um 9.30 Uhr werden in der Pressestelle alle auf den aktuellen Stand gebracht. So sind alle vollumfänglich über anstehende Aktivitäten, Schwerpunktkontrollen und besondere Kampagnen informiert. Das ist unverzichtbar und wurde erst im Frühjahr 2016 eingeführt. Personell ist die Dienststelle mit »17 plus eins« Kolleginnen und Kollegen gut ausgestattet. Auch besondere Lagen werden strategisch vorbereitet und professionell von Anfang bis zum Ende begleitet – vom Hochsicherheitsspiel zwischen dem 1. FC Köln und Roter Stern Belgrad in diesem Sommer über den Straßen-Karneval



Live-Übertragung der Pressekonferenz aus Anlass des Europa-League Spiels des 1. FC Köln gegen Roter Stern Belgrad am 28. September 2017: Vorbereitungen des polizeilichen Einsatzes

und Groß-Demos mit 40.000 Kurden bis hin zum Parteitag der AfD, der von GegenDemonstrationen gestört werden soll. Die Bevölkerung und betroffene Stadtteile werden frühzeitig über Risiken und mögliche Gefahren informiert. Sie bekommen mit, wie die Polizei sich auf die anstehenden Herausforderungen vorbereitet und welche Maßnahmen ergriffen werden. So werden Informationen, Empfehlungen und Verhaltensregeln über mehrere Kanäle kommuniziert. Man spricht im Vorfeld mit den beteiligten Gruppen, informiert die Medien über Pressemitteilungen, richtet sich mit Flyern und Infoblättern an die Betroffenen und kommuniziert über die Sozialen Medien.

Umfassendes Social Media-Management

Die Sozialen Medien sind in Köln bereits seit einigen Jahren immer mit dabei: Allein drei Kollegen sind für diesen Bereich zuständig, parallel betreuen sie die Auftritte der Polizei im Internet und Intranet. Die Kommunikation über Facebook und Twitter hat sich in den vergangenen

Monaten weiter verbessert. »Wir sind schneller und professioneller geworden«, weiß Pressesprecher Baldes. Einer der drei Kollegen, die für die digitale Kommunikation zuständig sind, hat im regelmäßigen Turnus seine Facebook-Woche. Dieser jeweils Diensthabend hat dann von morgens bis abends regelmäßig nachzuschauen, was sich bei Facebook und in den Kanälen auf Twitter tut.

Je nachdem greift er auch einmal ein, setzt einen erklärenden Tweet ab oder verbannt per Facelift unliebsame, gehässige Kommentare in den Hintergrund, wo er dann von der Öffentlichkeit nicht mehr wahrgenommen werden kann. »Strafrechtlich relevante Tweets, Hasskommentare oder Beleidigungen sowie Hinweise auf Straftaten leiten wir übrigens umgehend an die zuständige Abteilung im Haus weiter, wo dann weiter ermittelt und die Staatsanwaltschaft eingeschaltet wird«, erklärt Polizeihauptkommissar (PHK) Heinz-Josef Winkels, der gerade Facebook-Woche hat und immer wieder einen Blick auf sein »TweetDeck« wirft. »Wir lassen uns nicht

an der Nase herumführen. Jeder einzelne Tweet, der uns als Polizei betrifft, wird angeschaut und als »gelesen« abgehakt«, erklärt Winkels.

Struktur für die Zukunft

Umgesetzt hat die neue Form der Organisation Jürgen Mathies, der Mitte Januar 2016 als Krisenmanager und neuer Polizeipräsident von Duisburg, wo er Direktor des Landesamtes für Zentrale Polizeiliche Dienste (LZPD) war, nach Köln wechselte. Er hat nach einer gründlichen Analyse der Vorkommnisse in der Silvesternacht 2015 die Zügel der größten Polizeibehörde des Bundeslandes in die Hand genommen und umgehend neue Strukturen geschaffen. Schnell ist es ihm gelungen, die 4.500 Polizistinnen und Polizisten in Köln von der Notwendigkeit zu überzeugen. Sie haben sich in kürzester Zeit bewährt und als zukunftsfähig erwiesen. Die Schlagkraft der Kölner Behörde ist auch in der Wahrnehmung der Bevölkerung in der Stadt deutlich verbessert worden, Brennpunkte werden seither laufend ins Visier genommen und durch die offensivere Kommunikation wurde ein hohes Maß an Transparenz geschaffen.

Inzwischen ist Jürgen Mathies nach kaum mehr als 17 Monaten der neue Staatssekretär im Ministerium des Inneren NRW. Auf Mathies ist Uwe Jacob, der frühere Direktor des Landeskriminalamtes NRW (LKA) als neuer Kölner Polizeipräsident gefolgt. Er setzt die Arbeit seines Vorgängers fort.

Sprachrohr mit neuen Kanälen

Das bekannteste Gesicht des PP Köln ist ohne Zweifel Kriminalhauptkommissar Wolfgang Baldes. Als Sprecher der Kölner Polizei tritt er regelmäßig vor die Kameras und Mikrofone, wenn die Medien über aktuelle Ereignisse, Vorkommnisse und polizeiliche Maßnahmen in der Stadt informiert werden müssen. Er erklärt, erläutert und kündigt an. Sachlich, freundlich und überzeugend. »Die Pressestelle ist halt das Sprachrohr des Polizeipräsidiiums«, sagt Baldes.

In Köln ist man sich zudem bewusst, dass sich die Welt der Medien in den vergangenen Jahren grundlegend verändert

hat. »Die elektronischen Medien rücken immer mehr in den Mittelpunkt«, weist Wolfgang Baldes auf die großen Veränderungen hin. »Wir nutzen inzwischen regelmäßig das Internet, um selbst Nachrichten zu verbreiten, auch um damit Falschmeldungen vorzubeugen oder diese blitzschnell zu korrigieren, ehe sie die Runde machen.«

Dass die fünf bis sieben Pressemitteilungen, die täglich aus dem Präsidium kommen über den online-Dienst »NewsAktuell« – eine Tochter der Deutschen Presseagentur (dpa) – in dessen Presseportal eingestellt werden, ist Routine. Von größerer Bedeutung sind mittlerweile die Live-Meldungen, Fotos und Videoberichte, die mittels Smartphone und Tablet von Ereignissen vor Ort über die Hashtags #PolizeiNRW #Köln #Leverkusen sowie anlassbezogene Hashtags und über den eigenen Facebook-Account @polizei.nrw.k verbreitet werden. »Das sind gut vorbereitete und genau abgestimmte Aktionen«, erklärt Wolfgang Baldes. »Die Latte liegt sehr hoch, denn wir müssen eine Vielzahl von Regeln und gesetzlichen Vorgaben beachten, und wir sind selbstverständlich zu einer sachlichen und wahrhaftigen Berichterstattung verpflichtet – gerade dann, wenn es in einer konkreten Auseinandersetzung einmal hoch hergeht.«

Social Media bieten der Polizei viele Chancen

Die Wirkung des Internets ist kaum mehr zu überschätzen. Meldungen – leider auch Falschmeldungen – verbreiten sich viral mit ungeheurer Geschwindigkeit. Heinz-Josef Winkels erinnert an ein zufällig gemachtes Video, das auf der Facebook-Seite der Polizei Köln gepostet wurde und auf dem zu sehen ist, wie jemand rückwärts auf der Autobahn fährt. »Eine schier unglaubliche Aktion«, sagt Winkels. »In kürzester Zeit haben 800.000 Leute dieses Video gesehen, es ist zigtausendfach geteilt worden und es hat über 2.300 Kommentare dazu gegeben.«

Die Sozialen Medien seien eine große Chance, erklären Wolfgang Baldes, Heinz-Josef Winkels und Lutz Martschinke, der Redakteur der hauseigenen Mitarbeiterzeitung »Forum« ist. »Wir erreichen damit die Menschen direkt und können sie unmittelbar informieren«, sagt der Kölner Pressesprecher. Aktuell habe man 79.614 Fans bei Facebook und bei Twitter 44.405 Follower. Dabei steigen die Zahlen kontinuierlich weiter. Als Lieferant von aktuellen Meldungen aus dem polizeilichen Bereich oder beim Einsatzgeschehen sei man in punkto Schnelligkeit allen anderen Medien voraus. »Umso wichtiger ist allerdings, dass wir uns in unserer Online-Berichterstattung und bei der medialen Einsatzbegleitung nicht von Emotionen leiten lassen, sondern ganz sachlich aufzeigen, was aktuell gerade geschieht.« // Dr. Jörg Bockow



Fotos (2): Heliko Lindenthal / LStab 2

Mit Dialog und Transparenz Proteste entschärfen Die Polizei Aachen setzt auf Deeskalation



Kontaktbeamte Ingo Mitschke (re.) und Robert Hintereker (mi.) im Gespräch am Rande des Hambacher Tagebaus.

Nach der Demo ist vor der Demo. Die Auseinandersetzungen rund um den Tagebau Garzweiler II sind für das Polizeipräsidium Aachen ein Dauerthema. Seit Umweltverbände den Widerstand gegen den Abbau der Braunkohle im rheinischen Revier und den Widerstand gegen die Verstromung der Braunkohle auf ihre Fahnen geschrieben haben, vergeht kaum eine Woche, in der es nicht zu Demonstrationen, Protesten, Blockaden und zu Zusammenstößen mit der Polizei kommt. Dabei gilt es konsequent zwischen dem gesetzlich verbürgten Demonstrationsrecht und den von Aktivisten begangenen Straftaten zu unterscheiden. Unter dem Motto »Protest JA – Gewalt NEIN!« gelingt es die Konflikte routiniert zu bewältigen. Die »Streife« auf der Suche nach Best Practice-Beispielen.

» Wir wollen, dass alle friedlich demonstrieren können«, so lautet das Credo des Polizeipräsidiums (PP) Aachen. Es wird bei Veranstaltungen, auf Flyern, in Pressegesprächen und in den Sozialen Medien verbreitet. Auf dieser Grundlage werden alle Demonstrationen und Aktionen rund um den Tagebau Garzweiler II und um den geforderten Kohleausstieg begleitet und für alle Beteiligten verständlich und nachvollziehbar kommuniziert.

Diese Kommunikationsstrategie richtet sich auch gegen die immer wieder geäußerte Unterstellung, die Staatsgewalt mache sich gemein mit dem Stromriesen RWE. »Jede genehmigte Demonstration soll stattfinden können. Wenn es zu Straftaten kommt, schreiten wir ein.

Wir ahnden jeden Hausfriedensbruch, die Besetzung von Gleisanlagen und die Blockade von Fördereinrichtungen«, erklärt Dirk Weinspach, seit 2014 Polizeipräsident in Aachen. »Bei Gesetzesverstößen werden den Aktivisten in Gewahrsam genommen und strafrechtliche Ermittlungsverfahren eingeleitet.«

Man zeigt sich in der Kommunikation offensiv als gesprächs- und verhandlungsbereit, erklärt aber auch, dass gewalttätige Aktionen strikt unterbunden und Straftaten verfolgt werden. Außerdem wird man nicht müde, Aktivisten und Blockierer vor der möglichen Gefahr für Leib und Leben zu warnen, wenn diese widerrechtlich das Gelände des Tagebaus betreten und einen Bagger besetzen wollen.

Der Umgang mit Protesten ist in Aachen Chefsache

Weinspach hat den Umgang mit den Protesten um Garzweiler II zur Chefsache erklärt. Gemeinsam mit der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit hat man in Aachen eine umfassende Kommunikationsstrategie verabredet, die präventiv wirken und Transparenz in das Handeln der Einsatzkräfte bringen soll. Die mediale Begleitung des Einsatzgeschehens in den Sozialen Medien soll diese Transparenz weiter befördern und möglichen Falschmeldungen direkt widersprechen und sie mit einer sachlichen Berichterstattung korrigieren. »Die Kommunikation kommt aus der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, die auch während eines Einsatzes sehr eng zusammenarbeiten und abgestimmt wie aus einem Munde sprechen«, erklärt Pressesprecherin Dana Zimmermann. »Diese Zusammenarbeit hat sich seit über einem Jahr bewährt. Es ist uns gelungen, an vielen Stellen deeskalierend zu wirken und Konflikte zu begrenzen. Dass es militante Gegner und entschlossene Randalierer geben würde, die den gesetzlichen Rahmen nicht akzeptieren und zum offenen Widerstand aufrufen würden, war uns im Vorhinein klar.«

Protest-Höhepunkt bei Bonner Klimakonferenz

Gerade während der UN-Klimakonferenz 2017, COP23, die vom 6. bis zum 17. November 2017 stattfand und etwa 25.000 internationale Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Bonn versammelte, wollten unterschiedliche Klima- und Naturschutz-Organisationen sowie Klima-Aktivistinnen und Kohlegegner die Veranstaltung als Plattform nutzen. Die Konferenz stand im Fokus der Medien aus der ganzen Welt. In der Folge waren das rheinische Braunkohlerevier, die Kraftwerke rund um Garzweiler II und die Protestcamps im Hambacher Forst Sammelbecken unterschiedlicher Gruppierungen, die den Zeitraum für spektakuläre, medienwirksame Aktionen nutzen wollten.

Bereits im Sommer war die Lage anlässlich der Aktion »Klima-Camp« im Hambacher Forst angespannt. »Im Vorfeld des Camps mehrten sich Hinweise und Erkenntnisse, dass während dieser Zeit auch gewaltbereite Demonstranten und militante Aktivistinnen aus Hamburg und Berlin sowie aus dem Ausland anreisen würden«, berichtet der Leitende Polizeidirektor und Einsatzleiter Helmut Lennartz. »Unsere Botschaft gegenüber diesen Personen ist unmissverständlich: Wir dulden keine rechtsfreien Räume, sondern werden konsequent unseren Auftrag der Strafverfolgung erfüllen«, erklärt Lennartz weiter. Diese Position habe nicht zuletzt die eigenen Einsatzkräfte im Blick, wo es auch um Akzeptanz gehe. Im Polizeipräsidium hatte

man sich daher auf diese Zeit und die anstehenden Einsätze gründlich vorbereitet. »Nach den Krawallen beim G20-Gipfel in Hamburg waren wir für das Klimacamp gewarnt und haben alles unternommen, um so etwas zu verhindern«, ergänzt Weinspach.

Was mitunter wie ein Katz' und Maus-Spiel erschien, war vom Polizeipräsidium Aachen, das für alle polizeilichen Maßnahmen rund um Garzweiler verantwortlich ist, eine strategische und logistische Meisterleistung. Immerhin galt es, das Gebiet mit einer Fläche von rund 15.000 Hektar, den Tagebau mit einer Abbruchkante von 95 Kilometern Länge und Gleisanlagen mit einer Länge von etwa 130 Kilometern sowie das Protestcamp im Hambacher Forst permanent im Auge zu behalten und je nach Lage ad hoc mit Kräften der Bereitschaftspolizei einzugreifen. Zufrieden konnte man sich nach dem Abschluss des Klimagipfels sowohl in Aachen als auch in Bonn auf die Schultern klopfen. Bis auf wenige Ausnahmen war es zu keinen größeren Ausschreitungen gekommen – auch dank der Kommunikation der Kolleginnen und Kollegen in den Polizeibehörden in Aachen und Bonn. >



Einsatzleiter Helmut Lennartz (li.), Robert Hintereker (2vl.), Polizeipräsident Dirk Weinspach (3vl.), Ingo Mitschke (4vl.) und Andreas Müller (re.) im Gespräch mit Redakteur Dr. Jörg Bockow (2vr.)

Besonnen handeln trotz angespannter Nerven

»Wir wissen, bei vielen Beteiligten liegen die Nerven blank«, räumt Aachens Polizeipräsident ein. »Vom Braunkohleabbau und der Verstromung in umliegenden Kraftwerken fühlen sich nicht nur Naturschützer, Umweltverbände und Klimaaktivisten betroffen, sondern auch die Bevölkerung rund um den Tagebau sieht sich in ihrer Existenz bedroht und fürchtet ihren Grund und Boden sowie ihre Heimat zu verlieren.« Der Braunkohle-Tagebau Garzweiler I und II hat in den vergangenen 50 Jahren 16 Orte geschluckt. Mehr als 11.000 Menschen mussten dafür umgesiedelt werden. »Wir suchen daher immer wieder im Vorfeld von angekündigten Demonstrationen und größeren Protestaktionen von »Ende Gelände« das Gespräch mit allen Gruppen. Wir erläutern beispielsweise in Bürgerversammlungen und bei Pressegesprächen unsere Position und erklären unser Einsatzvorgehen.« Damit sollen Allianzen zwischen Gruppierungen verhindert werden, deren Strategien es ist, mit strafrechtlich relevanten Aktionen in der Öffentlichkeit Aufmerksamkeit zu bekommen.

Im Hambacher Forst haben sich Aktivisten und Protestler in einem Camp und auf mehreren Baumhäusern verschanzt und erklären, sich mit »zivilem Ungehorsam« zu widersetzen, wenn im großen Stil Bäume gefällt werden. Und das zu einer Zeit, da überall ein möglicher Kohleausstieg auf der Agenda steht und nahebei auf dem Klimagipfel in Bonn diskutiert und verhandelt wird. In dieser Gemengelage erscheinen die Auseinandersetzungen vielen Betroffenen und den Umweltverbänden nahezu irrational. Selbst unter den an Einsätzen beteiligten Polizistinnen und Polizisten gibt es Zweifel an der Zukunftsfähigkeit der Kohleverstromung. »Trotzdem darf es keine Straftaten geben«, wiederholt Polizeipräsident

Weinspach. RWE Power pocht mit Recht auf Zusagen und Verträge, die einen langfristigen Abbau und die Verstromung garantieren. Die Polizei muss dafür sorgen, dass Gesetze eingehalten werden und Straftaten geahndet werden. Alles andere sei Sache der Politik.

Fachtagung zur Pressearbeit in Selm

Bereits im vergangenen Jahr war es rund um Garzweiler II zu größeren Protesten und Blockaden gekommen, referierte Aachens Polizeisprecherin Dana Zimmermann auf der Fachtagung »Pressearbeit« am 5. und 6. Oktober beim LAFP NRW Selm in einem Beitrag über die Kommunikationsstrategie in Aachen. Das Bündnis »Ende Gelände« hatte für diesen Sommer zum Klimacamp in den Hambacher Forst geladen und verschiedene Protestaktionen angekündigt. Für den Herbst waren unter dem Slogan »Ende Gelände – wir können auch Herbst« weitere Aktionen angekündigt. »Aus den Erfahrungen der vergangenen Monate mussten wir uns dabei auch auf Blockaden und sogar darauf einrichten, dass man über die Abbruchkante

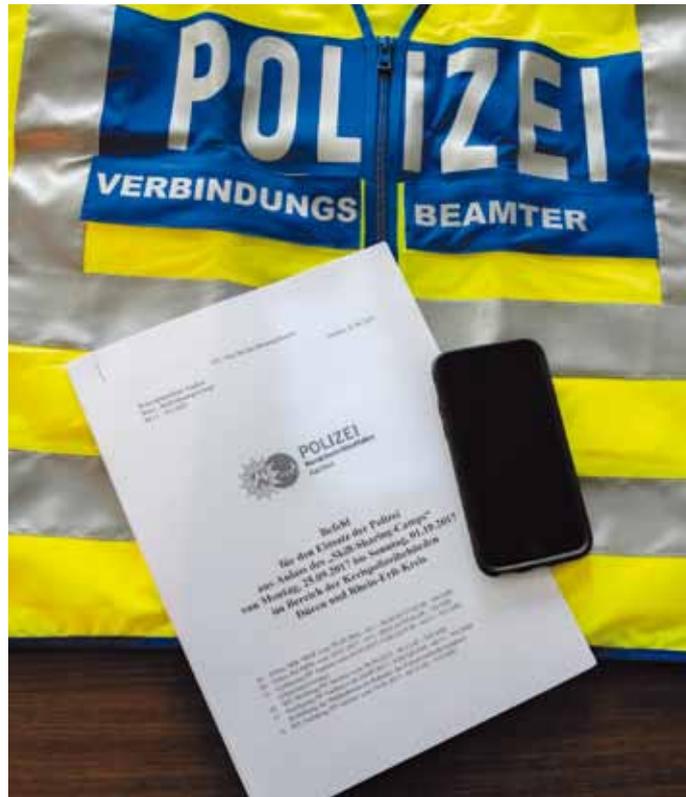
ins Gelände eindringt und einen der Förderbagger besetzt«, berichtet Dana Zimmermann.

Tatsächlich hat es in der Zeit des Weltklimagipfels mehrere gewaltsame Aktionen gegeben, die weit über die verbriefte Versammlungsfreiheit und das Demonstrationsrecht hinausgingen und für die Besetzer strafrechtliche Konsequenzen haben werden.

Einen Tag vor Beginn des Klimagipfels stand beispielsweise ein Protestzug von Tagebauegnern und Umweltschützern auf dem Plan. Der Zug sollte vom Umsiedlungsort Kerpen-Manheim an den Tagebaurand von Hambach führen. Im Zuge dieser Demonstration sind rund 1.000 Personen widerrechtlich in den Hambacher Tagebau eingedrungen. Während ein Teil der Aktivisten im Westen des Tagebaus und auf einer Rampe zur ersten Sohle von den eingesetzten Polizeikräften aufgehalten werden konnte, gelang es weiteren, unter erheblichen Gefahren bis auf die erste Sohle vorzudringen. Mit Hilfe starker Kräfte, auch der berittenen Polizei, konnten die Beamten die Besetzung des dort stehenden Baggers verhindern. Es wurden mehr als 1.000 Freiheitsentziehungen durchgeführt.

Mehr als ein Dutzend Kohlegegner haben am 15. November bei dem Braunkohlekraftwerk Eschweiler-Weisweiler im

Rheinland einen Bagger und Förderbänder besetzt und dadurch den Betrieb des Kraftwerkes erheblich gestört. Drei der vier Kraftwerksblöcke wurden zeitweise abgeschaltet, weil der Nachschub unterbrochen war. Einige verummumte Aktivisten hatten sich an die Förderanlage angekettet und konnten nur mit Hilfe von Rettungskräften der Feuerwehr befreit und abgeseilt werden. Die Polizei in Aachen ermittelt jetzt wegen Hausfriedensbruchs, Widerstands und Störung öffentlicher Betriebe.



Ständig erreichbar – Handy und Erkennungsweste der Kontaktbeamten

mermann auf der Fachtagung »Pressearbeit« am 5. und 6. Oktober beim LAFP NRW Selm in einem Beitrag über die Kommunikationsstrategie in Aachen. Das Bündnis »Ende Gelände« hatte für diesen Sommer zum Klimacamp in den Hambacher Forst geladen und verschiedene Protestaktionen angekündigt. Für den Herbst waren unter dem Slogan »Ende Gelände – wir können auch Herbst« weitere Aktionen angekündigt. »Aus den Erfahrungen der vergangenen Monate mussten wir uns dabei auch auf Blockaden und sogar darauf einrichten, dass man über die Abbruchkante



Aktivistencamp am Rande des Hambacher Forstes

Die Strategie zum Umgang mit dem Protest

Wie ist es gelungen, auf Protestler und Demonstranten einzuwirken, will die »Streife« in Gesprächen mit Kolleginnen und Kollegen aus der Pressestelle des PP Aachen wissen. Pressesprecherin Dana Zimmermann berichtet, wie man sich bereits im vergangenen Jahr auf die größeren Proteste vorbereitet hat. Wichtig war dabei, dass man sehr umfangreich die Bevölkerung der umliegenden Gemeinden informiert und auf polizeiliche Maßnahmen vorbereitet hat. »Nicht immer sind unsere Vorstellungen dabei auf Verständnis gestoßen«, erinnert sich Zimmermann. »Manche Gemeinde hat sich in den Versammlungen vehement dagegen gewehrt, dass sich Demonstranten und Protestler bei ihnen aufhalten sollten. Da mussten wir bei einigen Überzeugungsarbeit leisten.«

Die Kommunikationsstrategie der Aachener Behörde hatte drei Gruppen als Adressaten: Die Bevölkerung, die Protestler und die Presse. »Mit den Leuten von ›Ende Gelände‹ und den Protestlern im Hambacher Forst stehen wir permanent im Kontakt«, erzählt die Pressesprecherin. »Es gibt informelle Treffen, wo wir unsere Positionen vertreten und verdeutlichen, zu welchen Maßnahmen wir im Falle eines Falles greifen müssen. Aber wir nehmen auch die Ansichten der Protestler zur Kenntnis und versuchen, deren Denken zu

verstehen. Natürlich nehmen wir in diesen Gesprächen Einfluss auf die Gruppen, Aktionen in gesetzlich zulässigen Rahmen stattfinden zu lassen.« Gespräche seien die Grundlage dafür, anstehende Konflikte nicht aus dem Ruder geraten zu lassen. Ganz einfach sei das nicht gewesen, erklärt Zimmermann, da sich die Protestler als Überzeugungstäter und damit durchaus im Recht sähen, »zivilen Ungehorsam« zu üben.

Den direkten Kontakt zu den Protestlern im Wiesencamp am Hambacher Forst halten seit dem vergangenen Jahr im Nebenamt zwei Kontaktbeamte, die immer



Kontaktbeamter Ingo Mitschke

Fotos (3), Chris Göttert

wieder das direkte Gespräch suchen und sich als Gesprächspartner anbieten. Robert Hintereker, Erster Polizeihauptkommissar, ist seit dem August 2016 in dieser Funktion in der Szene der Protestler unterwegs, und sein Kollege Ingo Mitschke, Polizeihauptkommissar, seit Herbst 2016. »Wir sind der direkte Draht zwischen Camp und Polizeipräsidium«, erklärt Hintereker.

Direkter Draht zu den Aktivisten

»Die Aktivisten wissen, wie wir Tag und Nacht erreichbar sind. Darüber hinaus haben wir die Handynummern der wichtigsten Leute im Camp.« So wurde schon einmal durch ein Telefonat angekündigt, wenn die Beamtinnen und Beamten aus Aachen anrückten, um Barrikaden zu räumen. Umgekehrt fragen die Protestler nach, womit ein Polizeieinsatz begründet sei oder erkundigen sich danach, was mit Aktivisten passiere, die in Polizeigewahrsam genommen worden waren. Manchmal laufen dabei gewissermaßen die Drähte heiß. »Durch solche Gespräche gelingt es uns, die Schärfe aus den Auseinandersetzungen zu nehmen«, sagt Ingo Mitschke. »Wir wissen, dass 20 bis maximal 40 Personen der Aktivisten für eine solche Ansprache zugänglich sind. Diese Kontakte nutzen wir, um zu verhindern, dass es zu Kurzschlussreaktionen oder Widerstandsmaßnahmen kommt.« >



Pressesprecher Andreas Müller

Warn-Videos mit Polizeipräsident Weinspach

Als direkter Ansprechpartner zeigt sich auch wiederholt Polizeipräsident Dirk Weinspach in der Szene der Kohleleger und Klimaschützer. In einer Videobotschaft, die über Facebook verbreitet wurde und dort auch weiter zu sehen ist, richtete er seinen Appell direkt an die Menschen im Camp und fordert diese auf, ihren Protest im gesetzlichen Rahmen zu halten und sich selber nicht in Gefahr zu bringen.

Mit diesem jüngsten Video-Statement wurde fortgesetzt, was an Medien bereits zu Vorbereitung des Klimacamps eingesetzt worden war. »Mit Videobotschaften haben wir beispielsweise im Vorfeld bei Facebook auf die Gefahren aufmerksam gemacht, die an der Abbruchkante des Tagebaus auf Demonstranten lauern«, erklärt Dana Zimmermann. »Mit einfachen Mitteln haben wir diese Videobotschaften selber konzipiert, selber gedreht, selber geschnitten und dann durch einen Sprecher vertonen lassen«, so Zimmermann. Diese Videobotschaften sollen gut angekommen sein. Die Polizei Aachen ist gut in den Sozialen Medien vertreten und kann dort direkt mit den Menschen vor Ort, insbesondere natürlich mit den Protestgängern kommunizieren. Das PP Aachen hat bei Twitter rund 2.700 Follower und rund 17.500 Abonnenten bei Facebook.

Polizeisprecher Andreas Müller tritt regelmäßig vor die Kamera, wenn bei

Einsätzen direkt vor Ort berichtet werden soll. »Umfassende Informationen der Medien sind extrem wichtig, damit es nicht zu falschen Bildern oder Berichten mit einem falschen Zungenschlag kommt.« Bei der Live-Berichterstattung bedient man sich Facebook und Twitter. Zwei Teams sind vor Ort, um Bewegtbilder per Video und Fotos vom Einsatzgeschehen zu liefern. Bis zu zwei Mitarbeiter in der Pressestelle werten die aktuellen Informationen aus und bestücken damit laufend die Twitter-Kanäle und Facebook. »Wir bemühen uns sehr, im Einsatz die Informationshoheit zu behalten und zu einer Versachlichung beizutragen«, sagt Andreas Müller. Dazu gehört auch, dass die Berichterstattung unter den Hashtags #Klimacamp und #Ende Gelände permanent verfolgt werden und sofort eingegriffen wird, wenn dort Falschmeldung verbreitet werden. »Wir bringen Ruhe ins Geschehen«, sagt Müller.

Schwierigkeiten bereite dies unter Umständen mit dem jeweils verantwortlichen Polizeiführer, der eigentlich jede

Kommunikation nach draußen, jede Erklärung und jeden Tweet erst absegnen und freigeben wolle, weiß Dana Zimmermann. »Tatsächlich entwickelt sich die Kommunikation in den Sozialen Medien aber so dynamisch wie das Einsatzgeschehen selbst. Da kann man in der Regel nicht eine halbe Stunde warten, bis der Einsatzführer sein OK gegeben hat.« Frühzeitig hat sich in Aachen im Zusammenspiel zwischen Pressestelle und Einsatzleitung Routine eingestellt. Man hat Erfahrungen gesammelt. Den Verantwortlichen für die Kommunikation in den Sozialen Medien wird der Entscheidungsraum gegeben, schnell und angemessen reagieren zu können. »Die Anerkennung unserer Arbeit bestätigt uns«, sagt Dana Zimmermann. Sie hält die neuen Strukturen in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie den Einsatz der Sozialen Medien für zukunftsfähig. »Auf diesem Weg müssen wir weitergehen. Dahinter zurückfallen, das geht nicht mehr.« // Dr. Jörg Bockow



Fotos (2): Chris Göttert

Informationsbedürfnis oder Sensationsgier Polizei im Fokus der Medien: Medienmanagement regelt Kooperation



LAFP Pressesprecher Viktor Ocansey: »Die Polizei NRW unterstützt keine Filmformate, die letztlich mit »realistischen« Szenen nur voyeuristische Interessen zwischen finanzstarken Werbeblöcken bedienen wollen!«

Der Kamerablick über die Schulterklappe eines Polizeibeamten oder einer -beamtin garantiert große Aufmerksamkeit. Der Fernsehzuschauer ist durch das Objektiv der Kamera hautnah, bei einer Live-Übertragung sogar unmittelbar dabei. Verkehrskontrolle, Unfallaufnahme, Personenüberprüfung, Fahndung, Festnahme oder der Zugriff bei einer Straftat – es gibt kaum einen polizeilichen Einsatz, der nicht auf das gesteigerte Interesse der Öffentlichkeit stößt. Es bedarf klarer Regeln für die Zusammenarbeit mit den Medien, damit Anerkennung und Wertschätzung, Image und Reputation der Polizei nicht negativ beeinflusst, sondern positiv befördert werden.

Im aktuellen Fernsehprogramm kann es kaum spektakulär genug zugehen. Der Wettbewerb der Sender und Formate um die Aufmerksamkeit der Zuschauer treibt immer seltsamere Blüten. Davon sind nicht nur die Privatsender, sondern immer häufiger auch die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten getrieben. Die Quote entscheidet.

Der Spagat zwischen Sensationsgier und berechtigtem Informationsbedürfnis

Seit den Terroranschlägen u.a. von Nizza, Paris, Berlin und London interessiert sich die Bevölkerung noch einmal mehr für die Arbeit der Sicherheitskräfte. Sie will wissen, was unternommen wird, um ihre Sicherheit zu gewährleisten und welche täglichen Herausforderungen an ihre Polizei gestellt werden. >

Nicht immer ist das Interesse der Medien gedeckt von der presserechtlichen Auskunftspflicht und dem verbrieften Anspruch auf umfassende, sachliche Informationen. Häufig setzen die Medien mit ihren Beiträgen und Formaten auf Neugier, Voyeurismus oder sogar Sensationslust. Das betrifft die Berichte in der Online-Berichterstattung und die Diskussionen in den Social-Media-Kanälen. Bei allem muss die Polizei aber besonders darauf achten, dass es zu keinem Vertrauensverlust und Imageschaden kommt.

Alles aus einer Hand: Zentrale Bearbeitung von Medienanfragen beim LAFP NRW

»Mitunter ist es eine Gratwanderung, welche Medien und Projekte wir unterstützen können, denn selbstverständlich haben wir ein großes Interesse an einer sachlichen, wertschätzenden und authentischen Berichterstattung«, weiß Victor Ocansey, Pressesprecher und Leiter der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit beim Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei NRW (LAFP NRW). Es ist als Landesoberbehörde landesweit im Rahmen eines stufigen Verfahrens für die Prüfung/Bearbeitung aller Medienersuchen, die an die Polizeibehörden gerichtet sind, zuständig, die über die rein presserechtliche Auskunftspflicht hinausgehen. Genehmigungsbehörde ist laut dem »Medienerlass« das Ministerium des Innern NRW (Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Polizei Nordrhein-Westfalen, RdErl. d. Ministeriums für Inneres und Kommunales Az. 401 - 58.02.05 v. 15.11.2011).

Sollte es sich um eine Presseanfrage oder Auskunft handeln, arbeitet jede Polizeibehörde wie bisher diese Anfragen eigenständig ab. Häufig handelt es sich hierbei um Interview- oder Statementanfragen zu aktuellen polizeilichen Geschehnissen. Darüber hinaus ist das landeszentrale Medienmanagement beim LAFP NRW zuständig. »Wenn wir für eine Genehmigung angerufen werden, müssen wir zunächst genau unterscheiden, ob die Anfrage unter die Regeln der tradierten Pressearbeit oder unter die der Öffentlichkeitsarbeit fällt«, berichtet Ocansey. Das betrifft alle audiovisuellen Reportagen, Dokumentationen und Berichte, die sich nicht auf tagesaktuelle Ereignisse bzw. Nachrichtenberichterstattungen beziehen. Die Bandbreite ist groß. Meist handelt es sich um die Begleitung polizeilicher Einsätze, also der direkte »Blick über die Schulter« bei der Polizeiarbeit. Die Anfragen kommen aus Fernsehredaktionen, die Magazinbeiträge vorbereiten, von Rundfunkstationen, die für Features Originaltöne brauchen und aus Zeitungsredaktionen, die einmal ausführlicher etwa in Form einer Reportage über die Polizeiarbeit berichten wollen. Hinzu kommen alle Anfragen, bei der die Polizei um Unterstützung für fiktionale Produkte wie Spielfilme, Fernsehspiele, Doku-Soaps oder »Scripted Reality«-Serien gebeten wird. »Bei Sendeformaten oder Magazinbeiträgen, die ganz eindeutig Dokumentations- oder Reportagecharakter haben, ist eine Unterstützung durch die Polizei möglich, sofern die weiteren im Medienerlass genannten Voraussetzungen vorliegen. Dahingegen unterstützen wir keine Formate, die Mischformen darstellen und letztlich mit den »realistischen« Szenen nur voyeuristische Interessen zwischen finanzstarken Werbeblöcken bedienen wollen«, erklärt Ocansey.

Genehmigungspflichtige Medienproduktionen sind freiwillige Leistungen der Polizei

Die Beteiligung an Medienproduktionen, die nicht der presserechtlichen Auskunftspflicht unterliegen, stellt immer eine freiwillige Leistung der Polizei dar. »Die Berichterstattung im Rahmen einer Dokumentation oder einer anderen Form der Sachberichterstattung ist durchaus erwünscht, wenn hierbei die sachliche und seriöse Information über die Arbeit der Polizei im Vordergrund steht«, sagt Ocansey. Dazu gehören insbesondere Beiträge, die die polizeiliche Präventionsarbeit, also Verkehrsunfall- oder Kriminalitätsbekämpfung zeigen oder die geeignet sind, das Interesse am Polizeiberuf zu wecken und zu fördern. »Allerdings muss im Einzelfall genau geprüft werden, was im Vordergrund des Medienproduktes steht und ob die Polizei überhaupt personell und sachlich in der Lage ist, die angefragte, freiwillige Produktionsbeteiligung zu ermöglichen, denn die Bewältigung der originären Polizeiarbeit genießt absolute Priorität«, erläutert der Pressesprecher des LAFP NRW.

Nichts ohne Regelwerk, sorgfältige Prüfung und klare Verträge: Medienerlass regelt polizeiliche Beteiligungen

Das landeszentrale Genehmigungsverfahren »Medien« ist beim LAFP NRW eigens in der Stabsstelle für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zusammengeführt worden, denn hier sind die notwendigen Fachsynergien gebündelt. Die Expertise aus den Bereichen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ist beim Analysieren, Bewerten, Planen, Begleiten und Umsetzen von Medienprojekten gefragt. Außerdem hält die Stabs- bzw. Pressestelle an jedem Arbeitstag direkten Kontakt zur Behördenleitung und zum Ministerium des Innern. Das bedeutet kurze Wege, die Bearbeitungs- und Entscheidungsprozesse sind dadurch effektiver und effizienter.

Der Genehmigungsverfahrensweg: Medium – Polizeibehörde – LAFP NRW – IM NRW

In der Regel fragen Medienvertreterinnen und -vertreter bei den Polizeibehörden des Landes an und bitten um Unterstützung bei einem Medienprojekt (z. B. Einsatzbegleitung durch ein Kamerateam). Die Initiierung eines Genehmigungsverfahrens erfolgt grundsätzlich seitens der konkret angefragten Behörde, die das avisierte Projekt gegebenenfalls umsetzen möchte – nicht durch die Produktionsfirmen oder Sender selbst. Die Grundlage für das weitere Prüfverfahren des LAFP NRW ist der standardisierte Antrag der jeweiligen Behörde. Sind mehrere Polizeibehörden betroffen und/oder ist ein komplexeres Koordinierungserfordernis erkennbar, übernimmt federführend das LAFP NRW das weitere Bearbeitungs- und Abstimmungsverfahren mit den anfragenden Polizeibehörden und Medienvertretern/Medienvertreterinnen in Gänze.

Entschieden wird nach den Vorgaben, die im sogenannten »Medienerlass« (Runderlass des Ministeriums für Inneres und Kommunales vom 15.11. 2011, Az. 401 - 58.02.05 zur Zusammenarbeit zwischen Medien und der Polizei in Nordrhein-Westfalen) festgelegt sind.

Dort ist das Verfahren für das Medienmanagement und sind die Kriterien festgeschrieben, mit denen alle Anfragen geprüft werden. »Der Prozess ist standardisiert, transparent und nachvollziehbar«, erläutert der Leiter der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit beim LAFP NRW. »Wir prüfen jede Anfrage nach diesen Kriterien. Danach geht sie mit unserem Votum zur finalen Entscheidung direkt ans Ministerium des Inneren NRW in Düsseldorf.« Von dort kommt anschließend die Zustimmung für die Unterstützung und Mitwirkung oder eine Ablehnung.

Die Zahl der Anfragen von öffentlich-rechtlichen Sendern und von privaten Produktionsfirmen liegt jährlich bei rund 150 bis 200 – Tendenz steigend. Die Bandbreite reicht von klassischen Informationssendungen und Magazinen mit Berichten und Reportagen, über fiktionale Formate wie Fernsehspiele a la »Tatort« und »Polizeiruf 110« bis hin zu verschiedenen Reality-Formaten, die Mischformen darstellen. Alle Anfragen werden einer vertieften Prüfung unterzogen.

Keine Beteiligung der NRW-Polizei an Scripted Reality & Co.

Für den Umgang mit den Unterstützungsanfragen zu Fernsehspielen und Serienkrimis gibt es eine klare Regelung. »Eine Zusammenarbeit findet nicht statt, auch wenn das dem Fernsehzuschauer oftmals suggeriert wird«, erklärt Ocansey. Reale Medienberichterstattungen jedoch sind zur Information der Bevölkerung sehr sinnvoll und notwendig. »Das Genre des Scripted-Reality-TV hingegen, in dem die Dokumentation realer Ereignisse wie zum Beispiel Polizeieinsätze vorgetäuscht wird, schließt eine Beteiligung der Polizei aus, ergänzt der Public Relations-Verantwortliche des LAFP NRW. Die Zuschauerinnen und Zuschauer erkennen in der Regel nicht, dass es sich bei den ausgestrahlten Inhalten um »unechte Polizeiarbeit« handelt. Die Szenen werden dabei von Schauspielern (meist Laiendarstellern) nach Regieanweisung (Skript) gespielt. Diverse Fernsehsender machen sich das voyeuristische Interesse der Zuschauerinnen und Zuschauer zunutze. Die Skripte folgen daher nicht selten einer Dramaturgie und Dynamik, die nicht der Wirklichkeit entsprechen und oftmals auch nicht den ethischen, rechtsstaatlichen und gesetzlichen Richtlinien des realen Polizeidienstes. Bestenfalls unternimmt man den Versuch, Handlungen daran anzulehnen, ohne aber den gewünschten Unterhaltungswert aus dem Blick zu verlieren.

Die Produktionsfirmen haben die gewachsene Zurückhaltung und die aktuelle Ablehnung der Polizei in Nordrhein-Westfalen registriert und versuchen deshalb mitunter über Umwege an dokumentarisches Material zu kommen. »Deswegen müssen wir bei unseren Prüfungen gut aufpassen«, erklärt der Pressesprecher des LAFP NRW. »Wir müssen es ausschließen, dass Material, das mit unserer Hilfe gedreht worden ist, in anderen Zusammenhängen und anderen Formaten wieder auftaucht und genutzt wird.« Per Vertrag wird das Nutzungsrecht der Videoaufnahmen klar definiert. Damit wird ausgeschlossen, dass von Produktionsfirmen ihr Material an Dritte weiterverkaufen. »Die verantwortlichen Produzenten müssen uns dies garantieren«, unterstreicht Ocansey.

Wenn das Ministerium des Inneren NRW eine Anfrage positiv beschieden hat und sich die Polizei an einer Medienproduktion

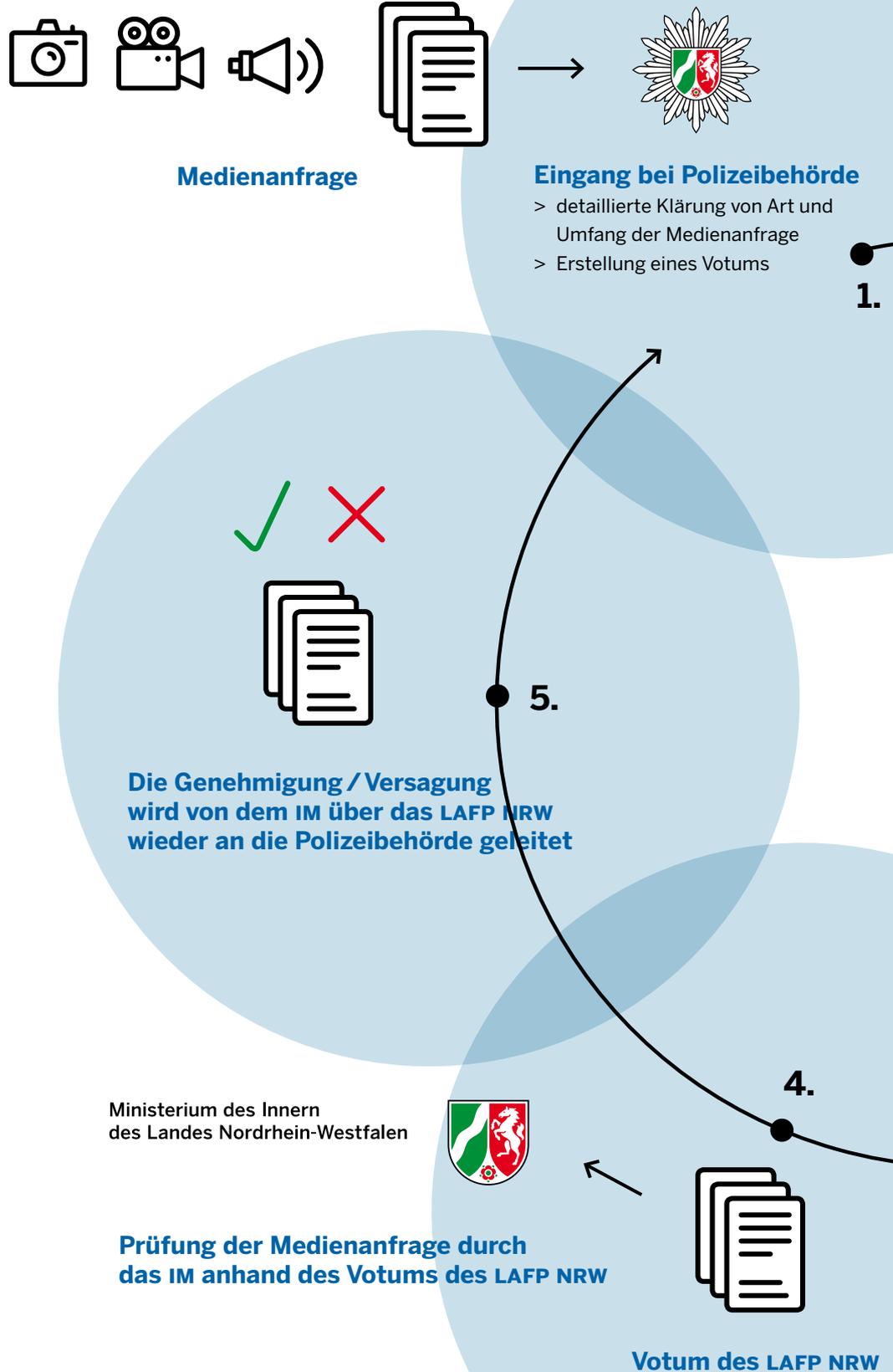
beteiligt, dann werden vorab mehrere Verträge geschlossen. Sie regeln im Detail die Zusammenarbeit. Dabei wird unter anderem das Nutzungsrecht der Aufnahmen festgelegt.

Hinzu kommen die Verzichtserklärungen mitfahrender Journalisten, Fotografen und Reporter auf Schadenersatzansprüche. »Die Mitfahrer in einem Streifenwagen müssen erklären, dass ihnen bekannt ist, dass die Mitfahrt mit einem erhöhten Risiko verbunden ist und im Falle eines Falles auf Schadenersatzansprüche verzichten«, erläutert Ocansey. »Dieses erhöhte Risiko ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass Polizeifahrzeuge bei Einsatzfahrten in Unfälle verwickelt werden können und dass beispielsweise auf frischer Tat angetroffene Straftäter erfahrungsgemäß oft mit Gewalt gegen Einsatzfahrzeuge der Polizei und deren Besatzung vorgehen. Polizeiarbeit ist nicht immer vorhersehbar – sie ist oftmals gefahrenvoll!«

Der Schutz der Persönlichkeitsrechte aller Beteiligten ist uns wichtig

Journalisten und Reporter werden auf die Persönlichkeitsrechte aller Beteiligter hingewiesen, gerade auch von Opfern, aber auch Verdächtigen oder Tätern. Wenn sie Polizistinnen und Polizisten bei der Arbeit begleiten, müssen diese sich beispielsweise an das Recht am eigenen Bild sowie an den Vertrauensschutz persönlicher Informationen betroffener Bürgerinnen und Bürger ausnahmslos halten. Bevor etwa gedreht wird, müssen die an der Produktion beteiligten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten entsprechende Belehrungen vornehmen und Genehmigungen einholen. Erst dann darf ein Medienteam überhaupt tätig werden und drehen oder fotografieren! Der Persönlichkeitsschutz »unfreiwilliger Protagonistinnen und Protagonisten« im realen Polizeieinsatz bzw. bei der behördlichen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ist so wichtig wie alternativlos: »Datenschutz- und strafrechtliche Bestimmungen sind stets unbedingt einzuhalten! Daher messen wir bereits im Genehmigungsverfahren auch dem Datenschutz eine ganz besondere Bedeutung bei«, erklärt Victor Ocansey. Dabei ist es unerheblich, ob es sich um Bürgerinnen und Bürger oder Polizeibeamtinnen und -beamte handelt. Nicht alle wollen weder unmittelbar noch mittelbar bzw. in erster oder zweiter Reihe u. a. im Fernsehen zu erkennen sein. Im Übrigen gerade dann nicht, wenn man im Straßenverkehr oder anderswo etwas falsch gemacht hat und unmittelbar oder mittelbar in den Fokus polizeilicher Arbeit gerät. Das Einverständnis aller Mitwirkenden zu Film-, Audio- oder Fototaufnahmen muss im Vorfeld erklärt werden. Es reicht beispielsweise nicht aus, das Gesicht durch einen schwarzen Balken oder eine sogenannte Verpixelung unkenntlich zu machen. Kein Einverständnis bedeutet keinerlei Aufnahmen unter mitverantwortlicher Beteiligung der NRW-Polizei! »Einerseits erschließen wir den an einem Einsatz beteiligten Journalisten und Reportern Bilder und Informationen, die sie normalerweise nicht bekommen würden, andererseits vertrauen die Bürgerinnen und Bürger zu Recht darauf, dass die Polizei dafür Sorge trägt, dass die Persönlichkeitsrechte gewahrt bleiben, wenn solche Aufnahmen mit unserer Unterstützung ermöglicht werden. >

Landeszentrales Genehmigungsverfahren Medien Medienerlass vom 15.11.2011



Je nach Art und Komplexität der Anfrage können die Prozessschritte 1 bis 5 mehrere Wochen in Anspruch nehmen.



Votum der Polizeibehörde



2.



POLIZEI

Nordrhein-Westfalen
Landesamt für Ausbildung,
Fortbildung und
Personalangelegenheiten



3.

Votum des LAFP NRW

> prüfen, bewerten, votieren



POLIZEI

Nordrhein-Westfalen
Landesamt für Ausbildung,
Fortbildung und
Personalangelegenheiten

TITEL

Daher müssen Medienvertreterinnen und -vertreter erklären, dass sie auf die Veröffentlichung vertraulicher Informationen verzichten.« Dazu gehören neben der Wahrung von Persönlichkeitsrechten selbstverständlich auch alle Informationen, die aus polizeitaktischen Erwägungen die weitere Arbeit der Polizei behindern könnten.

»Auch wenn wir es im Interesse der Unfallverhütung begrüßen, wenn für einen Magazinbeitrag ein Kamerateam beispielsweise eine Geschwindigkeitskontrolle oder die verbotene Handynutzung beobachtet, haben wir es in jedem Einzelfall mit Fragen des Datenschutzes und den Persönlichkeitsrechten zu tun«, weist Ocansey auf die Rechtslage hin. »So etwas zu fotografieren oder zu filmen ist nicht einfach durch das Presserecht gedeckt.« Um rechtliche Frage unmittelbar zu klären, Grenzen aufzuzeigen und um Missverständnisse zu vermeiden, sollen derartige Medienproduktionen von einem erfahrenen Pressesprecher begleitet werden. Schließlich ergeben sich aus der Einsatzbegleitung große Chancen für die Öffentlichkeitsarbeit – aber auch Risiken, die unbedingt begrenzt, besser ausgeschlossen werden müssen.

/// Dr. Jörg Bockow

WAS TUN BEI MEDIENANFRAGEN?

Ihnen liegt eine genehmigungspflichtige Medienanfrage vor, die Sie gerne in Ihrer Polizeibehörde umsetzen möchten? Möglicherweise sind von Ihrer Anfrage auch mehrere Polizeibehörden betroffen. Über die Intranet-Themenseite »Zentrales Medienmanagement« des LAFP NRW im IntraPol gelangen Sie u. a. zu einer Checkliste und dem Handout zum aktuellen Genehmigungsverfahren. Sie können sich aber auch gerne telefonisch an die Presse- und Öffentlichkeitsarbeitsstelle des LAFP NRW wenden und sich informieren:

Polizeihauptkommissar Victor Ocansey
(Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit)
Telefon: +49 2592 68-6230

Polizeihauptkommissarin Sevinc Coskuneren
(Sachbearbeitung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit)
Telefon: +49 2592 68-6231

Polizeioberkommissar Kai Schinkler
(Sachbearbeitung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit)
Telefon: +49 2592 68-6234

Junge Polizistin stirbt bei Einsatz auf A 61

Die Polizei NRW trauert

Im Rahmen einer Fahndung auf der A 61 hat am 27. Dezember 2017 ein betrunkenen Lkw-Fahrer einen Funkstreifenwagen gerammt. Dabei wurde die 23-jährige Polizeikommissarin Yvonne Nienhaus getötet.

Yvonne Nienhaus stand seit September 2013 im Dienst der Polizei NRW. Seit September 2016 war sie bei der Kreispolizeibehörde in Viersen tätig und wurde dort bis zu ihrem Tod in der Polizeiwa- che Viersen eingesetzt. Stets freundlich und allseits beliebt, trauern ihre Kolleginnen und Kollegen nun um sie. Am 6. Januar wurde sie in ihrer Heimat in Gronau-Epe beigesetzt.

Der Hergang

Am Mittwoch nach Weihnachten fuhr ein Sattelzug mit ukrainischem Kennzeichen in Schlangenlinien auf der A 61 aus den Niederlanden kommend in Richtung Koblenz. An der gegen 20.45 Uhr ausgelösten Fahndung beteiligten sich neben Streifenwagen der Autobahnpolizei Düsseldorf auch Fahrzeuge der Polizei Viersen. Eine Streifenwagenbesatzung (48-jährige Fahrerin, 22-jähriger Beifahrer, 23-Jährige auf der Rückbank) befand sich etwa 700 Meter hinter der Anschlussstelle Viersen mit eingeschaltetem Blaulicht und Warnblinkanlage auf dem Seitenstreifen. Ein Zeuge, der den verdächtigen

Lkw gemeldet hatte und sich nach wie vor hinter dem 40-Tonner befand, konnte etwa gegen 21 Uhr beobachten, wie der Sattelzug in Höhe des Streifenwagens plötzlich von links bis auf den Seitenstreifen zog und dort den Funkstreifenwagen rammte. Durch die Wucht des Aufpralls wurde Yvonne Nienhaus auf der Rückbank des Streifenwagens getötet. Ihre beiden Kollegen erlitten schwerste Verletzungen. Der 48-jährige ukrainische Lkw-Fahrer wurde festgenommen. Ein Alkoholvortest ergab einen Wert von mehr als zwei Promille.

Minister Reul spricht Beileid aus

NRW-Innenminister Herbert Reul sagte, ihn habe die Nachricht von diesem schrecklichen Ereignis zutiefst getroffen. Seine Gedanken seien bei den Angehörigen der Getöteten. »Mit nur 23 Jahren wurde sie plötzlich und unerwartet aus dem Leben gerissen«, so Reul. »Dieser schreckliche Vorfall zeigt einmal mehr, welchen Gefahren unsere Polizeibeamten Tag für Tag ausgesetzt sind.« Zum Gedenken an die Unfallopfer ordnete das NRW-Innenministerium an, dass alle Streifenwagen einige Tage mit Trauerflor fuhren. Zahlreiche Menschen drückten den Kolleginnen und Kollegen von Yvonne Nienhaus persönlich oder über die Sozialen Medien ihre Anteilnahme aus.

/// Redaktion Streife

*Manchmal reichen
Worte nicht.*

WENN WORTE MANCHMAL NICHT REICHEN

Bestürzt, betroffen und fassunglos. Gestern abend erreichte uns die Nachricht, dass eine Kollegin getötet wurde und zwei Kollegen schwer verletzt wurden. Sie gehören unserer Nachbarbehörde Viersen an und waren im Einsatz.

Wir trauern um unsere unerwartet und viel zu jung verstorbene Kollegin. Wir hoffen für den schwer verletzten Kollegen und die schwerst verletzte Kollegin. Wir sind in Gedanken und mit unserem Mitgefühl bei den Familien, Freunden und Kollegen.

Manchmal reichen Worte nicht.

(Facebook-Eintrag der Polizei Mönchengladbach vom 28.12.2017)

Dienst in El Fasher und Niamey

Zwei NRW-Polizisten auf »Mission« im Sudan und in Niger



Was machen eine Polizistin aus Recklinghausen im Sudan und ein Polizist aus Heinsberg in Niger? Das erläutern für die »Streife« Kriminaloberkommissarin Nina Stier und Polizeihauptkommissar Christoph Weiß. Sie sind vor Ort für die Polizei NRW im Einsatz für den Frieden.



Die Stärkung der Polizei und die Unterstützung einer bürgernahen Polizeiarbeit gehört zu den Aufgaben von Nina Stier im Sudan.

Einsatzbericht zur UN Mission im Sudan

Nina Stier über ihre Erfahrungen im Sudan

»Be bold. Think big – for it yields big results. And that is why, again, we need people like you. People who understand that the world is over-armed and that peace is under-funded. People who understand that the time for change is now.« Ban Ki-Moon, Generalsekretär der Vereinten Nationen

Genau das ist es, was mich antreibt. Wir brauchen eine Veränderung. Rein logisch betrachtet lässt sich eine Verbesserung nur erreichen, indem man den Problemen dort begegnet, wo sie entstehen. Alles andere sind kosmetische Reparaturmaßnahmen. Probleme gibt es auf dieser Welt wahrlich genug, also hat sich mir eigentlich nur die Frage gestellt, wo ich zuerst anfangen.

»Nicht reden, tun«

Dieses Motto hat mich mein ganzes Leben begleitet. Als ich, Nina Stier, Kriminaloberkommissarin und Sachbearbeiterin im Fachkommissariat für Sexualdelikte im KK 12 des Polizeipräsidiums Recklinghausen, zum ersten Mal von der Möglichkeit erfuhr, an einer internationalen Friedensmission im Sudan teilzunehmen, hat mich dieser Gedanke nicht mehr losgelassen. Bis heute habe ich es nicht eine einzige Sekunde bereut – im Gegenteil.

Mission in einem fremden Land

Die Republik Sudan liegt in Nordost-Afrika. Der Sudan ist das drittgrößte Land Afrikas, fünf Mal so groß wie Deutschland und wichtiges Transitland für afrikanische Flüchtlinge, um über Ägypten nach Europa zu gelangen. Vorherrschende Rechtsordnung ist die auf dem Islam basierende Scharia.

Auf Ehebruch steht die Steinigung bis zum Tode, auf den Konsum von Alkohol bis zu drei Monate Gefängnis. Gegen den Staatspräsidenten und Regierungschef in der Hauptstadt Khartum, Omar Hassan Ahmad al-Bashir, liegen im Zusammenhang mit dem Darfur-Konflikt zwei Haftbefehle des internationalen Strafgerichtes wegen Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord vor. Im Jahr 2003 kam es zu einem Bürgerkrieg zwischen der Regierung und ihren Milizen auf der einen und verschiedenen Rebellen Gruppen auf der anderen Seite. Mitglieder der von der Regierung mit Waffen und Geldern unterstützten, arabischen Reitermiliz »Janjaweed« haben in dieser Zeit über 5.000 Dörfer in Darfur zerstört und die dort lebenden Männer, Frauen, Kinder und Babys brutal ermordet. Die ohnehin spärlichen Strohhütten, die in den heftigen Regenzeiten kaum Schutz bieten, wurden niedergebrannt. Die Janjaweed haben in einem Interview offen zugegeben, diese Morde auf Befehl der Regierung und gegen Bezahlung ausgeführt zu haben. Der Bürgerkrieg führte zu einer der weltweit größten humanitären Katastrophen, in der über 300.000 Menschen getötet wurden und bis heute etwa zwei bis sechs Millionen Menschen auf der Flucht sind.

Nach Bekanntwerden dieser Gräueltaten wurde 2008 die gemeinsame Mission der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen, kurz UNAMID, ins Leben gerufen. Das Mandat von UNAMID umfasst die Überwachung des Friedensabkommens, den Schutz der Zivilbevölkerung, Gewährleistung humanitärer Hilfe, Stärkung der Polizei und die Unterstützung einer bürgernahen Polizeiarbeit. >



Im direkten Gespräch mit den Menschen in Darfur wird Vertrauen im Umgang mit den Sicherheitsbehörden aufgebaut.

Dienstlicher Alltag nach strengem Reglement

Gearbeitet wird täglich, ohne Unterbrechung. Innerhalb der Außenstandorte, der sogenannten «team sites», gehen Dienst und Freizeit fast fließend ineinander über, da man mit dem gesamten Team auf engem Raum zusammenlebt. Jeder Tag beginnt morgens um acht Uhr mit einer Funküberprüfung, dem »radio check«, einer morgendlichen Besprechung mit den Commandern der Polizei und des Militärs und dem gesamten Team und anschließender Streifenfahrt, aufgeteilt im Schichtbetrieb. Regelmäßige Meetings mit der örtlichen Polizei, verantwortlichen Stammesvertretern und Besuchen von Gefängnissen und dem Hospital stehen ebenfalls auf der Agenda zur konkreten Umsetzung des Mandats in Bezug auf die Überwachung der Einhaltung von Menschenrechten, Vertrauensaufbau zwischen der UN Police und der örtlichen Polizei sowie deren Schulung und die Stärkung des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung.

Nah an den Menschen, um zu helfen

Während meiner ersten sechs Monate als Peacekeeper in Darfur habe ich, bis auf einen kurzen Zeitraum, in welchem ich als Trainerin internationale Standards im Bereich der Bearbeitung sexueller Gewaltdelikte vermittelt habe, fast ausschließlich operativ gearbeitet, indem ich zum Schutz der Zivilbevölkerung Patrouillen durch die Wüstenregion im Süden von Darfur gefahren bin. In der Realität heißt das unter anderem, dass man mit seinem Konvoi durch die weite, sengend heiße Steppe fährt, in der die Sonne erbarmungslos auf der Haut glüht, die Augen aufgrund des grellen Lichts schmerzen und in der die staubigen Straßen nur durch Reifenspuren im Sand angedeutet sind. Mein Hauptfokus lag hier immer auf dem engen Kontakt zu den Dorfbewohnern, um ihr Vertrauen in die Polizei zu stärken. Gemeinsam mit meiner Dolmetscherin habe ich hierzu Gelegenheiten für die Dorfbewohnerinnen geschaffen, um ungestört von Frau zu Frau sprechen zu können, um ihnen zuzuhören, wenn sie mir über das berichteten, was sie erlebt haben. Weitere Ziele waren die Steigerung der Bereitschaft

zur Anzeige von Fällen häuslicher Gewalt und sexuell motivierter Gewaltdelikte, Selbstbewusstsein zu stärken und die Wichtigkeit von Bildung für Kinder hervorzuheben. Viele Kinder besuchen nicht die Schule und arbeiten auf dem Feld oder hüten die Tiere, um die Familie mitzuernähren. Auf einer dieser Patrouillen traf ich mit meinem Team auf ein etwa sechs Jahre altes Mädchen, das allein mit einer Herde Ziegen unterwegs war, um diese nach etwas Essbarem suchen zu lassen. Als Ermittlerin für Sexualdelikte und aufgrund meiner Erfahrung hier in Darfur schrillten dabei sämtliche Alarmglocken und erinnerten mich an den Bericht eines anderen Mädchens.

Die Neunjährige, war mit ihrer vierjährigen Schwester auf einem Esel unterwegs, um die Großeltern im Flüchtlingscamp zu besuchen. Zwei bewaffnete Männer ergriffen das Mädchen und befahlen ihr, von dem Esel zu steigen. Als das Mädchen sich weigerte, prügeln sie sie mit Stöcken von dem Esel und vergewaltigen sie in einem Busch vor den Augen der vierjährigen Schwester. Dies ist nur ein Beispiel und immer noch grausame Realität in Darfur.

Die Täter gehören zu einer Reihe von Nomaden, welche für eine Vielzahl von Morden, Raubüberfällen und brutale Vergewaltigungen verantwortlich sind.

Obwohl die Zeit »on Patrol in the deep field«, wie es hier heißt, für mich eine intensive und erlebnisreiche Zeit mit engem Kontakt zur Bevölkerung und der örtlichen Polizei war, habe ich mich nach dem Prinzip des lebenslangen Lernens und der Weiterentwicklung dazu entschlossen, mich innerhalb der UN auf eine ausgeschriebene Stelle im Office für »Reform & Restructuring« als »Community Programme Coordination Officer« zu bewerben. 70 Prozent der administrativen Polizeiarbeit der Mission laufen über diese Einrichtung. Dort war ich unter anderem zuständig für die Koordinierung gesellschaftlicher Belange, unserer Büros für sudanesischer Polizei und der »Gender Unit«, also aller Themen, die mit der gesellschaftlichen Rollenverteilung zu tun haben. Telefon- und Videokonferenzen mit unserem Frauennetzwerk und mit sämtlichen anderen UN-Missionen, ausgehend vom UN-Hauptquartier in New York mit dem gemeinsamen Ziel, Stigmatisierung aufzuheben und gemeinsam Frauenrechte zu stärken, gehörten ebenfalls zu meinen Aufgaben.



Fotos (4): Nina Stier

Peacekeeper in der Region Darfur.



Nina Stier arbeitet Hand in Hand mit ihren sudanesischen Kollegen.

Das Training macht sich bezahlt

Für einen derartigen Einsatz in einem Krisengebiet muss man körperlich und mental gut vorbereitet sein. Bildlich vor Augen habe ich auch eine Situation, als wir nach einer längeren Patrouille auf dem Rückweg in unser Camp waren. Ein Mann in einem weißen, traditionellen Gewandt sprang plötzlich direkt vor unseren Wagen auf die Straße. Die pure Verzweiflung stand ihm ins sonnengegerbte Gesicht geschrieben. In einer Mischung aus wütendem Schimpfen und verzweifelterm Flehen schrie er uns förmlich an, wir müssten endlich etwas tun, er brauche Geld und Materialien, um sein Haus für die kommende Regensaison zu präparieren. Seine Frau sei gestorben und er sei allein für seine Kinder verantwortlich. Seine Herde Kühe sei ihm gestohlen worden und nun bliebe ihm nichts mehr, um seine Familie zu ernähren.

In diesem Moment erinnerte ich mich an ein Vorbereitungsseminar in Brühl, in dem wir genau solche Szenen durchgespielt haben. Das Dezernat 13 des Landesamtes für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten (LAFP NRW) in Brühl ist das einzige Fortbildungsinstitut weltweit, das für seine Trainings von der EU und der UN zertifiziert ist. Während des gesamten Auswahl- und Vorbereitungsverfahrens wird ein hoher Qualitätsstandard sowohl verlangt als auch vermittelt.

Mit dem Nötigsten versorgt

Wir wohnen in einfachen, garagenartigen Containern und verpflegen uns eigenständig. Während man im Missionshauptquartier in El Fasher den Luxus einer eigenen Nasszelle mit Dusche und WC genießt und die Möglichkeit hat, sich in einem Shop mit Nahrungsmitteln einzudecken und in einer Kantine zu essen, ist man auf den »team sites« ganz auf sich gestellt. Einmal pro Woche müssen wir uns auf dem lokalen Markt mit den nötigsten Dingen des täglichen Bedarfs eindecken. Angeboten werden begrenzte Sorten Gemüse und Obst sowie lebende und bereits geschlachtete Ziegen und Hühner. Das Schlachten von Tieren innerhalb der »team sites« ist durchaus üblich. Gegrillt wird dann auf einem Stück Metallzaun auf einem Loch in der Erde. Wer nicht über eine eigene Herdplatte zum Kochen verfügt, kann die Gemeinschaftsküche nutzen. Allerdings muss man als durchschnittlicher Mitteleuropäer schon hartgesotten sein, denn die hygienischen Bedingungen sind teilweise schon bedenklich.

In meiner Freizeit habe ich mich regelmäßig mit Laufen fit gehalten, war mit dem Reinigen meiner Unterkunft beschäftigt, welche durch den feinen, roten Sand ständig zugestaubt

wurde und habe mit meinen internationalen Kollegen gemeinsam gekocht, zusammen gegessen, Kaffee getrunken und mit ihnen geplaudert. In dieser Einfachheit sind viele Freundschaften entstanden und ich bin überzeugt, einige Kollegen irgendwo auf der Welt wiederzutreffen. Die UN steht für mich nicht nur für den Dienst am Menschen während der Dienstzeit, sondern für ein Brückenbauen zwischen den Nationen und den Aufbau eines weltweiten Netzwerks unterschiedlichster Kulturen über den dienstlichen Alltag hinaus. Hier werden belastbare internationale Bande geknüpft. Natürlich darf dabei so mancher »Trikottausch« von unseren dienstlichen Hemden und Dienstwappen als ewiges Andenken an unsere gemeinsame Zeit als Peacekeeper in Darfur nicht fehlen.

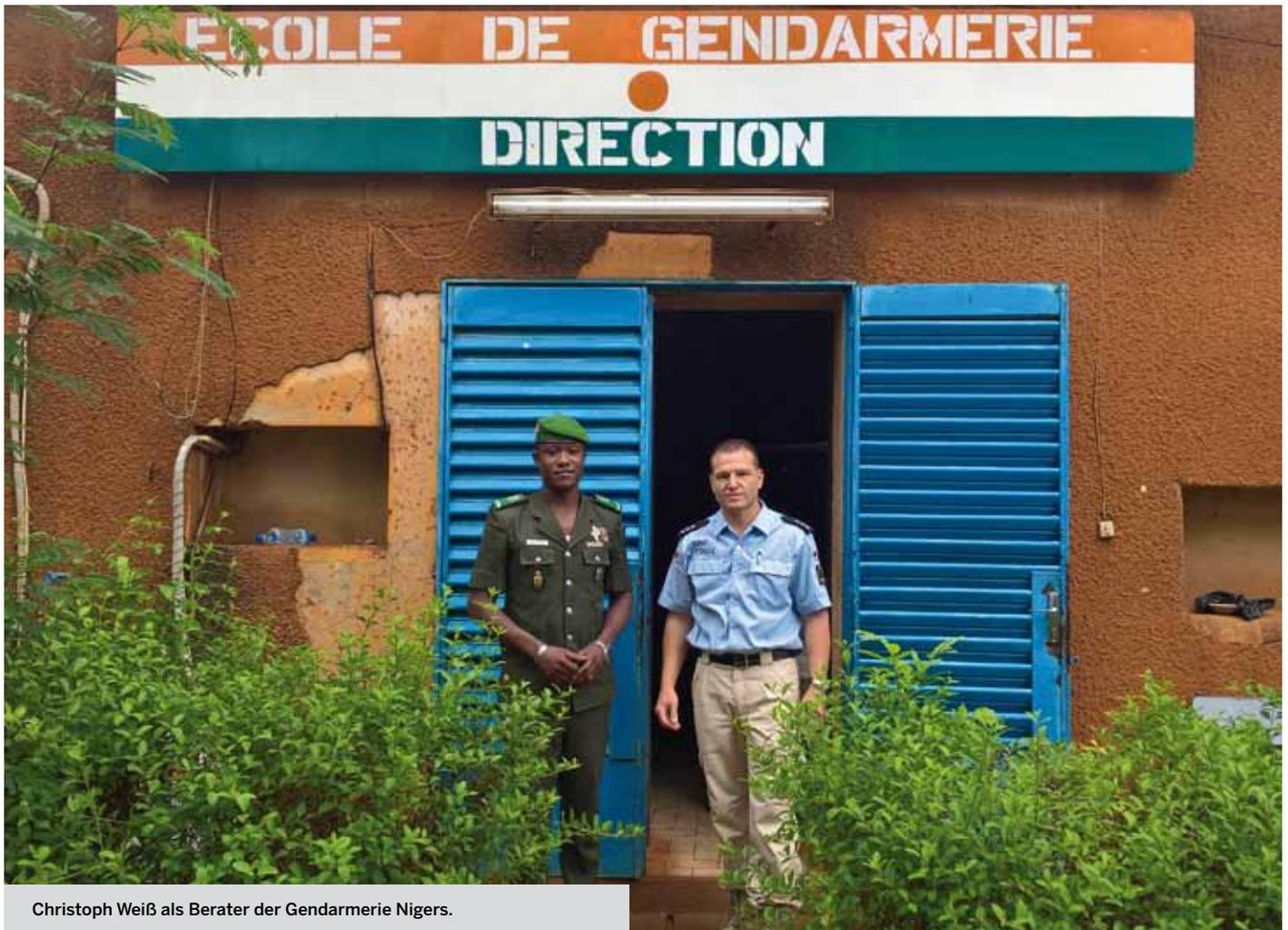
Diese gelebte, internationale Zusammenarbeit motiviert mich auch weiterhin, einen wichtigen Dienst am Menschen zu leisten. Auch wenn nicht alles mit deutschen Maßstäben vergleichbar ist, können wir immer nur voneinander lernen und uns dafür einsetzen, dass Menschenrechte wie die Gleichberechtigung von Mann und Frau, die Möglichkeit zur Bildung und Arbeit sowie ein Leben ohne Krieg und Flucht nicht nur theoretisch verankert sind, sondern gelebte Realität werden. // Nina Stier



Nina Stier setzt sich für Menschenrechte und ein Leben ohne Krieg und Flucht im Sudan ein.

UNAMID SUDAN

Die Mission ist eine sogenannte »Hybrid Mission« der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen im Sudan, mit dem Ziel die Neuorganisation und Ausbildung der sudanesischen Polizei in Darfur zu unterstützen. Deutschland beteiligt sich seit Ende 2007 an der Mission. Aktuell befinden sich sechs Polizeivollzugsbeamte aus Deutschland in der Mission, davon drei aus NRW.



Christoph Weiß als Berater der Gendarmerie Nigers.

Wie kommt man vom Landrat Heinsberg in den Niger? Christoph Weiß über seine EU Mission in Niger (EUCAP Niger)

Bereits 2012 hat die Europäische Union im Rahmen ihrer Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) die zivile Unterstützungsmission »European Capacity Building Sahel Niger«, kurz Eucap Sahel Niger, ins Leben gerufen. Niger war und ist ein Transitland für mehr als 70 Prozent der afrikanischen Flüchtlinge in Richtung Europa. Hier entwickelte sich ein Netzwerk von Menschenhändlern, aus dem sich viele weitere Kriminalitätsformen entwickelten. Der nigerianische Staat steht im Human Development Index auf dem vorletzten Platz (187 von 188) und war in den letzten Jahren auch durch die Ausbreitung des radikalen Islamismus auf internationale Hilfe angewiesen. Deutschland hat bereits 2016 den Weg für die Beteiligung deutscher Polizeibeamter an dieser Mission freigemacht.

Ich bin mit über 30 Jahren Dienst erfahrung Angehöriger des Wach- und Wechseldienstes des Landrats Heinsberg, habe viele Jahre als Dienstgruppenleiter und Wachdienstführer gearbeitet und bin seit mehreren Jahren als Rater (bewertendes Mitglied) bei Auswahlkommissionen tätig. Ausländer erfahrung konnte ich in Afghanistan und Mali sammeln.

Mein Erfahrungsschatz sowie meine Sprachkenntnisse in Französisch sollten nicht ungenutzt bleiben und eine weitere Bewerbung für einen französischsprachigen Einsatzraum folgte. Im Rahmen eines Sprachkurses beim Dezernat 13 wurde ich dann mit der Frage konfrontiert, ob ich auch für eine Verwendung bei EUCAP im Rahmen der zivilen Mission der Europäischen Union zur Unterstützung der Inneren Sicherheit in Niger bereit sei.



Fotos (2): Christoph Weiß

Christoph Weiß kümmert sich in Niamey um die Ausbildung und Beratung der lokalen Polizei und die Stärkung des inneren Sicherheitssektors.

Nigrische Gastfreundschaft und sprachliche Hürden

Ich arbeite jetzt als Berater der Gendarmerie Nigers täglich von 8 Uhr bis 18.15 Uhr im weit gefassten Bereich der »Human Resources«. Tätigkeitsfelder sind Bestandsaufnahmen der Organisation, Hilfe bei der Umsetzung von strukturellen Veränderungen (Projektbetreuung), Koordination mit weiteren Hilfsorganisationen, aber auch die Unterrichtung in Fragen von Menschenrechten. Langfristig gilt es, die hiesigen Sicherheitsstrukturen nachhaltig zu stärken, um Krisen autonom und effektiv zu bewältigen. Das einhergehende Berichtswesen nach Brüssel stellt einen großen Teil meiner Arbeit dar.

Persönlich schätzen gelernt habe ich die Gastfreundschaft vieler nigrischer Kollegen. Ich wurde etwa ganztägig zum muslimischen Opferfest eingeladen oder unversehens wurde mir die Rolle als Ehrengast bei einer lokalen Sportveranstaltung zuteil, bei der ich die Medaillen an die Sportler verleihen durfte.

Sportliche Freizeitaktivitäten wie das Lauftraining im örtlichen Nationalstadion müssen in Absprache mit Kollegen und unter Beachtung der Sicherheitslage selbst geplant werden ...sofern man bei Temperaturen deutlich jenseits der 30 Grad Celsius noch Bedürfnis dazu verspürt.

In der Hauptstadt Niamey werden von der EU angemietete Gebäude bereitgestellt, die von Zivilisten und Polizeibeamtinnen und -beamten aus derzeit 15 verschiedenen EU-Nationen bewohnt werden. Auch hier ist interkulturelle Kompetenz gefragt, denn auch wenn jeder sein eigenes Zimmer besitzt, werden Küche und Wohnraum geteilt. Für die täglichen Mahlzeiten, Einkäufe oder Kleiderreinigung ist jeder selbst verantwortlich. Man versucht sich bestmöglich zu organisieren oder wie der Franzose sagt: »On applique le système »D« – on se débrouille!« (man beißt sich durch).

Eine weitere Schwierigkeit ergibt sich beim Thema Sprache: Niger gehört zum frankophonen Sprachraum und außer lokalen Sprachen wie Hausa oder Zarma wird ausschließlich Französisch gesprochen. Für mich ist dies die größte Herausforderung, da afrikanische Dialekte das Gehörte stark verzerren können, kein Übersetzer zur Verfügung steht und weil jeglicher Schriftverkehr auf Französisch stattfindet. Hin und wieder darf ich mir den eigenen Frust nicht anmerken lassen, wenn der französische Kollege seinen Bericht in wenigen Minuten in feinstem Amtsfranzösisch abliefern und ich selbst »etwas zeitintensiver« beschäftigt bin. Mut machen mir die französischen Kollegen, die in der Kaffeepause immer wieder geduldig dem »Allemand« die mir



Gruppenfoto mit Missionsflagge und Abschlusszertifikaten: Die Sicherheitskräfte aus Niger und ihre Ausbilder sind stolz auf das Erreichte.

entgangene Pointe eines Witzes erklären. Selbstverständlich darf auch hier im Niger gelacht werden.

Mein Dank gilt dem Landrat Heinsberg, der trotz knapper Personalressourcen das Erfordernis der Auslandsmissionen trägt und meine Abordnung befürwortete, aber auch dem Dezernat 13 in Brühl für das entgegengebrachte Vertrauen und die förderliche Begleitung durch das gesamte Team im Rahmen der Vorbereitung sowie der Geschäftsstelle Internationale Polizeimissionen in Potsdam für die verlässliche Missionsbetreuung von Deutschland aus.

Zuletzt ein herzliches »Merci« an die Familie in der Heimat, die ebenfalls die Herausforderungen einer Auslandsmission auf sich nimmt. Wie bereits zuvor fiel die grundsätzliche Entscheidung, eine erneute Mission mit Ziel Niger zu wagen, im engsten Familienkreis.

Es würde mich freuen, wenn ich im Laufe der mir verbleibenden neun Monate weitere deutsche Kolleginnen und Kollegen hier in Niamey begrüßen dürfte. Genügend Arbeit ist hier jedenfalls vorhanden.

Alors, on vous attend nombreux (Also, man erwartet Euch)...
Bien à vous (Euch alles Gute) /// **Christoph Weiß**

EUCAP SAHEL NIGER

Das Ziel der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union in Niger ist die Ausbildung und Beratung der lokalen Polizei und die Stärkung des Inneren Sicherheitssektors.

Die Beteiligung Deutschlands an der Mission ist relativ neu. Der Kabinettsbeschluss von November 2016 sieht bis zu 20 Polizistinnen und Polizisten vor. Zurzeit befinden sich zwei deutsche Polizisten in Niger, davon einer aus NRW. Die Missionsprache ist Französisch.

NRW-Beteiligung an internationalen Polizeimissionen Zahlen und Fakten

Gegenwärtig beteiligt sich Deutschland mit 236 Polizei- und Zollbeamtinnen und -beamten (PVB) an internationalen Polizeimissionen (IPM). Davon kommen 31 aus NRW. Drei PVB sind in die Schaltzentren der Vereinten Nationen in New York und der Europäischen Union in Brüssel entsandt.

Deutsche PVB beteiligen sich seit 1989 an Missionen. Während in den Anfangsjahren ausschließlich PVB des damaligen Bundesgrenzschutzes eingesetzt wurden, beteiligen sich die Bundesländer seit 1994 an IPM. Von Anfang an wurden PVB aus NRW entsandt und nahmen auch von der ersten Mission an Führungsfunktionen wahr. Bisher versahen die Beamtinnen und Beamten Dienst unter den Mandaten der Vereinten Nationen (VN), der Europäischen Union (EU), der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und der Westeuropäischen Union (WEU).

Typische Aufgaben in den Missionsgebieten sind:

- > Aus- und Fortbildung der lokalen Polizei
- > Beratung beim Aufbau der lokalen Polizei
- > Überwachung multinationaler Vereinbarungen
- > Strategische Beratung der polizeilichen Führungsebene
- > Beratung auf ministerieller Ebene
- > Beratung bei der Kriminalitäts- und Verkehrsunfallbekämpfung
- > Exekutive Maßnahmen

PVB aus NRW sind derzeit an Missionen im Kosovo, im Sudan, in Mali, in Somalia, in Niger, in Palästina, in der Ukraine, in Georgien und in Afghanistan beteiligt. Unter dem Mandat von Frontex befinden sich PVB aus NRW in Griechenland, Italien und Bulgarien.

Die Vorbereitung der PVB wurde im Laufe der Jahre immer weiter optimiert. Von der ersten Idee zur Teilnahme an einer IPM bis zur Entsendung in die Mission vergeht in der Regel ein Jahr.

Wichtige Anforderungen an Missionsbewerber sind:

- > die gesundheitliche Eignung, auch in einem schwierigen Umfeld Dienst zu versehen (dieser Punkt wird oft unterschätzt)
- > ausgeprägte Fremdsprachenkenntnisse (Englisch bzw. Französisch)
- > eine Mindestdienstzeit von acht Jahren (einschl. Ausbildung)
- > ausgeprägte Kommunikations- und Teamfähigkeit

Das Auswahlverfahren wird beim LAFP am Standort in Brühl, Dezernat Auslandsverwendungen, durchgeführt. Es gliedert sich in einen Sprachtest, einen Sporttest und ein strukturiertes Interview. Nach der Feststellung der medizinischen Eignung erfolgt die zweiwöchige englischsprachige Basisvorbereitung, gefolgt von der ein- bis vierwöchigen missionsspezifischen Einsatzvorbereitung.

Rechtsgrundlagen für den Einsatz nordrhein-westfälischer PVB sind ein Beschluss des Mandatgebers (VN, EU, OSZE), der Kabinettsbeschluss der Bundesregierung und die Zustimmung zur Länderbeteiligung durch die Innenministerkonferenz.

Von Beginn an hat NRW eine herausragende Rolle im Vergleich der Bundesländer wahrgenommen. So stellt NRW durchgängig das personalstärkste Kontingent der Länder. PVB aus NRW nehmen häufig elementare Funktionen in den Missionen wahr. Das Dezernat Auslandsverwendungen des LAFP ist durch die VN und die EU zertifiziert und bereitet zunehmend auch internationale PVB auf den Auslandseinsatz vor.

Während in den Anfangsjahren der IPM noch der Balkan im Mittelpunkt stand, hat sich der Schwerpunkt der Missionsbeteiligungen zunehmend auf Afrika verlagert. Dies bedeutet auch, dass die Missionssprache nicht mehr – wie in den vergangenen Jahrzehnten – ausschließlich Englisch ist, sondern zunehmend Französisch.

In den letzten Jahren hat das Spannungsfeld zwischen dem Personalbedarf in NRW zur Bewältigung der veränderten Sicherheitslage vor Ort und dem Bedarf, qualifizierte PVB in internationalen Polizeimissionen einzusetzen, massiv zugenommen. Hervorzuheben ist, dass im Durchschnitt nur 0,8 Promille der nordrhein-westfälischen Polizeikräfte in Missionen eingesetzt wird.

/// Achim Raupach, LAFP NRW

Fünftes »Südschientreffen« in Selm-Bork

Expertenaustausch zu Terrorismus, Extremismus und Hochrisikolagen



Terroristische Anschläge stellen die Einsatzkräfte der Polizei in Deutschland und Europa vor besondere Herausforderungen. In Nordrhein-Westfalen bereitet das Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten (LAFP NRW) die Polizistinnen und Polizisten mit der Fortbildungskonzeption AMOK-Terrorismus/Extremismus (AMOK-TE) in Selm-Bork zielgerichtet auf gefährliche Einsatzlagen vor. Doch wie machen es die Polizeien in anderen Ländern und in den europäischen Nachbarstaaten? Was haben sie aus bisherigen Einsätzen gelernt? Welche Trainingsinhalte wurden entwickelt? Experten der Polizeien aller Länder und aus England, den Niederlanden und der Schweiz waren Ende Oktober nach Selm-Bork gereist, um sich beim fünften Südschientreffen »Einsatztraining« im LAFP NRW fachlich auszutauschen.

Das »Südschientreffen« war ursprünglich eine Initiative der Länder Bayern, Hessen, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und des

Saarlands. Längst hat sich das Expertentreffen der Polizeien einiger Länder zu einer Veranstaltung mit bundesweiter Bedeutung entwickelt, an der auch die Bundespolizei und Vertreter von Polizeien aus dem Ausland teilnehmen. Nordrhein-Westfalen beteiligt sich seit 2015 und war in diesem Jahr Ausrichter des Südschientreffens. Das dreitägige Veranstaltungsprogramm im LAFP NRW am Standort Selm-Bork stand 2017 ganz im Zeichen des Leitthemas »Terrorismus, Extremismus und Hochrisikolagen«. Die Anschläge in Madrid, London, Paris, Brüssel, Berlin und Barcelona haben die akute Gefahr durch Terrorismus verdeutlicht. Konzepte für die Aus- und Fortbildung müssen an die komplexer gewordenen Einsatzszenarien angepasst werden. Das Südschientreffen bietet den Fachleuten einen perfekten Rahmen, um bestehende Konzepte zu vergleichen und zu verbessern. Durch Referate und Workshops wird ein fachlicher Austausch rund um das Thema Einsatztraining ermöglicht.

Eine Herausforderung unserer Zeit

Zum Auftakt begrüßten Michael Frücht, Direktor des LAFP NRW und Leitender Polizeidirektor (LPD) Uwe Thieme, Leiter der Abteilung 1 im LAFP NRW, die angereisten Gäste. Frücht forderte die Fachleute in seinem Grußwort dazu auf, kontrovers zu diskutieren: »Terrorismus ist eine der großen Herausforderungen unserer Zeit.« Daher sei es selbstverständlich, über alle technischen, taktischen und ethischen Fragen miteinander zu sprechen. Thieme freute sich besonders, die aus dem Ausland angereisten Vertreter der Polizeien aus England, der Schweiz und aus den Niederlanden begrüßen zu dürfen: »Es sind gefährliche Zeiten und Lösungen können nur durch intensive Kommunikation gefunden werden.«

Nach dem Empfang startete das Programm mit einem ersten Fachvortrag über Ursachen und Gründe des islamistischen Terrorismus. Elmar Theveßen, international anerkannter Terrorexperte, Buchautor und stellvertretender Chefredakteur beim ZDF, gewährte den Zuhörenden

interessante Einblicke in seine Recherchen und Beobachtungen der letzten 25 Jahre und zur jüngsten Entwicklung der Islamisierungszone in Europa. Er erläuterte, wie sich das Vorgehen der Terroristen seit den großen Anschlägen vom 11. September 2001 gewandelt hat zu einer Strategie der vielen kleinen Nadelstiche. Es sind in den letzten Jahren vor allem kleinere Attacken mit Alltagsgegenständen, die als Waffe missbraucht werden, und Anschläge mit selbstgebaute Bomben verübt worden. Immer wieder lassen sich vor allem junge Westeuropäer von der islamistischen Propaganda vereinnahmen. Die Gründe hierfür sieht Theveßen in den Lebensläufen der Jugendlichen. Etwa bei Daniel Martin Schneider, der nach einem hervorragenden Schulabschluss die Scheidung seiner Eltern nicht verkraftete und sich nach weiteren Schicksalsschlägen von der Gesellschaft im Stich gelassen fühlte. Er reiste nach Ägypten und konvertierte dort zum Islam, wo er eine besonders extreme Lehre des Korans studierte. Nach Deutschland zurückgekehrt, schloss er sich der sogenannten

»Sauerland-Gruppe« an. Die Islamisten gaben ihm ein Gemeinschaftsgefühl und füllten seinen Alltag mit strengen Regeln. Bald erhielten er und seine Freunde den Auftrag, eine Bombe zu bauen. Sie planten einen Anschlag, doch die GSG 9 der Bundespolizei schritt im September 2007 ein und nahm die Gruppe fest.

Die terroristische Bedrohungslage habe zu einer Polarisierung in den Gesellschaften des Westens geführt, so Theveßen. Das zeige sich an den öffentlichen Kundgebungen von PEGIDA und den Wahlerfolgen der AfD. Rechtsextreme instrumentalisieren demnach die Ideologie der Islamisten und propagieren ihrerseits einen Kampf zur Rettung des Christentums. »Deshalb müssen wir die Ideologie der Islamisten bekämpfen und ihnen den fruchtbaren Boden abgraben. Gleichgültigkeit wäre ein falsches Signal. Es braucht harte Strafen und eine einheitliche Linie der Justiz«, appelliert Theveßen.

Trainingskonzepte auf dem Prüfstand

Kriminaloberrat (KOR) Paul Albers zeigte sich mit dem gelungenen Auftakt des Südchientreffens sehr zufrieden. Der fachliche Austausch zwischen den Polizeien der Länder sei immens wichtig und das LAFP NRW biete mit seinem neuen AMOKTE-Trainingszentrum am Standort Selm-Bork perfekte Voraussetzungen, um die Polizistinnen und Polizisten auf gefährliche Einsätze vorzubereiten. »Ich glaube, dass wir in den letzten Jahren in allen Bereichen des Einsatztrainings viel geleistet haben. Dennoch wollen wir selbstverständlich Neues dazulernen und unsere Erfahrungen mit den anderen Polizeibehörden austauschen.« LPD Uwe Thieme stimmte dem zu und fügte an: »Dieses Treffen bietet uns auch die Gelegenheit, unser bisheriges Vorgehen auf den Prüfstand zu stellen.« Der fachliche Austausch soll neue Aspekte und Anregungen in die bestehenden Konzepte einfließen lassen. »Das betrifft die Ausrüstungsteile genauso wie die didaktischen Aspekte. Fortbildung ist kein Selbstzweck, sondern dient dazu, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter besser zu machen«, so Thieme. »Wenn wir es zudem schaffen, ein Netzwerk über diese Veranstaltung hinaus aufzubauen, mit dem wir dringende Fragen schneller klären können, dann haben wir viel für die Zukunft erreicht«, ergänzte Albers.

Auf alle Einsatzlagen vorbereitet

Im weiteren Programmablauf folgte ein fachlicher Beitrag der Vertreter der niederländischen Polizei. Sie zeigten auf, wie die Polizei mit ihren 20 Trainingsstandorten und 355 nationalen Polizeitrainern in den Niederlanden aufgestellt ist. Henk Poortier betonte: »Nichts zu tun, ist keine Option.« Die Polizistinnen und Polizisten können bei terroristischen Anschlägen als »first responder« nicht auf ein Spezialeinsatzkommando warten, sondern müssen im Ernstfall selbst Maßnahmen zur Gefahreneindämmung ergreifen, Zivilisten beschützen und den Bereich sichern. In NRW wären es die Kolleginnen und Kollegen des Wachdienstes, die im Falle eines terroristischen Anschlags die ersten Einsatzkräfte vor Ort sind. Den Beamtinnen und Beamten der niederländischen Polizei



Fotos (2): Medienstelle LAFP NRW

Elmar Theveßen erklärt, aus welchen Motiven und Gründen sich junge Westeuropäer islamistischen Gruppen anschließen.



Für das sogenannte »Südschientreffen« kamen Polizistinnen und Polizisten aus Deutschland, England, der Schweiz und den Niederlanden nach Selm-Bork.

stehen standardmäßig Ausrüstungsteile wie Schlagstock, Handschellen, Einsatzweste, Handfeuerwaffe und Pfefferspray zur Verfügung. In den Niederlanden wird lebhaft darüber diskutiert, ob die Polizeikräfte für besondere Einsatzlagen wie Amoktaten und Terroranschläge hinreichend ausgestattet sind. Auch über den Einsatz von Maschinenpistolen im Streifenwagen wird diskutiert. Im Training werden die »first responder« auf das taktische Vorgehen bei komplexen Einsätzen vorbereitet. Bei vielen Amoktaten oder Terrorlagen ist das Motiv des Täters erst nach dem Einsatz bekannt. Die Beamtinnen und Beamten müssen damit rechnen, dass der Täter unter Umständen mit extremer Gewalt gegen Polizisten vorgeht. Deshalb lernen die Polizeikräfte die Lage zu analysieren und ihr Vorgehen daran anzupassen. Im Austausch mit der deutschen Polizei haben die Niederländer auch neue Konzepte zum Selbstschutz der Einsatzkräfte übernommen. Etwa, wie sich die Polizeikräfte bei gefährlichen Situationen gegenseitig Rückendeckung geben.



Selbstironisch warb der Workshop 3 mit Yoda, dem Jedi aus den Star-Wars-Filmen, denn im Workshop ging es um die mentale Vorbereitung auf Einsätze.

Neue Anforderungen durch veränderte Einsatzlagen

Am zweiten Programmtag trafen sich die Teilnehmer zu drei thematisch eng verzahnten Workshops, in denen die Fachbereiche »Technik«, »Taktik« und »Training« abgedeckt wurden. Polizeihauptkommissar (PHK) Wjan Werner, Einsatztrainer und Angehöriger des Sachgebiets 11.1 beim LAFP NRW, leitete den »Taktik«-Workshop und erklärte, wie sich die taktischen Anforderungen durch terroristische Anschläge gewandelt haben. Früher seien die Einsatzkräfte vor allem in geschlossenen Räumen und nicht im offenen Gelände tätig gewesen. Bei Amoktaten an Schulen wie dem am Gutenberg-Gymnasium in Erfurt bewegte sich der Täter fast ausschließlich innerhalb des Gebäudes. Terroristen agieren dagegen häufig im urbanen Raum, können aber auch ins Innere von Gebäuden eindringen. »Die Anschläge in Paris haben uns vor Augen geführt, dass wir unsere Fortbildungskonzeption auf diese neuen Einsatzlagen anpassen müssen«, erklärte Werner. Ein anderer Schwerpunkt ist der Umgang mit Verletzten und Toten.

Beispielsweise wenn die Kollegin oder der Kollege im Feuergefecht plötzlich verletzt liegen bleibt oder Zivilisten verwundet werden. »In den letzten Jahren haben wir durch AMOK-TE bewußt auch die mentale Vorbereitung ins Training mit aufgenommen«, betonte PHK Sven Koch, der den Workshop »Training« leitete. Sich bereits im Training gedanklich mit solchen Erlebnissen auseinanderzusetzen, könne den Umgang mit Extremsituationen erleichtern und mentale Stabilität bringen: »In situativen Lage-Trainings simulieren wir beispielsweise den Kontakt mit dem Täter und sprechen hinterher darüber, damit die Kolleginnen und Kollegen sich mit dem, was passiert ist, auseinandersetzen.«

Die technische Ausstattung der NRW-Polizei ist ein weiterer elementarer Bestandteil des Einsatztrainings. Terroristen sind meist schwer bewaffnet und der direkte Kontakt mit dem Täter stellt eine besondere Gefahr für Leib und Leben dar. Deshalb muss die Ausrüstung der Polizeikräfte höheren Anforderungen entsprechen.

Im Anschluss an den Workshop-Vormittag unternahmen die Teilnehmenden noch eine Exkursion zum Signal-Iduna-Park in Dortmund, um das Stadion unter polizeitaktischen Aspekten zu beleuchten. Dort behandelten sie Fragen zu den bestehenden Möglichkeiten der Videotechnik und den taktischen Vorgehensweisen innerhalb des Stadions. Zudem wurden der Aufbau der Leitstelle und die Grundstruktur der Besonderen Aufbauorganisation (BAO) genauer betrachtet. Im Anschluss stand ein Abendprogramm mit westfälischem Buffet an, bei dem sich die Gäste näher kennenlernten und die neu gewonnenen Erkenntnisse austauschen konnten.

»Wegrennen, in Sicherheit bringen, kommunizieren«

Am dritten Programmtag stellten die Vertreter der britischen Polizei ihre Strategien bei komplexen Einsätzen im öffentlichen Raum vor. Wie die niederländischen Kollegen konzentrierten sich auch die Briten in ihrem Referat auf die Ausbildung und Anleitung der »first responder«. Diese Einsatzkräfte sind unbewaffnet und sollen sich an einen konkreten Ablaufplan halten.



Fotos (3): Mediendienste-LAFP NRW

Die »Streife« im Gespräch mit Workshopleitern des Südschienentreffens.

Es gilt zunächst zu klären, was genau passiert ist. Wo hält sich der Täter auf? Ist er oder die Tätergruppe bewaffnet? Gibt es Opfer? Nach einer kurzen Beschreibung des Vorfalls bringen sich die »first responder« in Sicherheit, beobachten die Lage und können Erste-Hilfe-Maßnahmen einleiten. In Fernsehen, Radio und sozialen Netzwerken verbreitet die britische Polizei zudem mit dem Slogan »Run – Hide – Tell« Informationen über das korrekte Verhalten bei Amoktaten und Terrorattacken, um die Öffentlichkeit zu sensibilisieren. Aufgrund der steigenden Zahl terroristischer Handlungen in Großbritannien setzt man neuerdings auf ein Projekt mit der Bezeichnung »Projekt Servator«. Es umfasst neue Taktiken und innovative Schulungen für Polizeikräfte, die zur Aufklärung von böswilligen und feindlichen Absichten beitragen. Personenkontrollen erfolgen beispielsweise anhand bestimmter Indikatoren. Die gezielte Beobachtung von Menschen, Orten und Fahrzeugen mit dem Ziel, Informationen zu sammeln und einen möglicherweise geplanten Angriff zu verhindern, sind ebenfalls Bestandteil des Projekts.

Nach einer ersten Pilotphase ist es seit Februar 2014 aktiv. Die britische Polizei möchte zudem die Nähe zur Bevölkerung intensivieren. In Shoppingcentern und in der Innenstadt zeigen Polizeistreifen verstärkte Präsenz. Die Sicherheit und der Schutz der Bevölkerung stehen demonstراتiv im Vordergrund.

Gegen Mittag neigte sich das fünfte Südschienentreffen in Selm-Bork dem Ende entgegen. Alle Beteiligten signalisierten die Bereitschaft, den fachlichen Austausch mit den anderen nationalen und internationalen Kräften zu intensivieren und eine stärkere Vernetzung von allen Polizeibehörden aktiv voranzutreiben.

/// Alexander Lorber

Hauptkurs »Mittleuropäische Polizeiakademie« (MEPA) 25 Jahre internationale Fortbildung



Die MEPA führt Kriminalbeamte in Deutschland, Tschechien, Slowenien, Ungarn, Österreich, der Schweiz und der Slowakei zusammen.

In sieben Ländern findet innerhalb von sieben Wochen jedes Jahr der Hauptkurs der Mittleuroäischen Polizeiakademie (MEPA) statt. 2017 kamen insgesamt 26 Teilnehmer aus verschiedenen europäischen Mitgliedstaaten zusammen, um Kontakte zu knüpfen und sich über ihre Erfahrungen aus der Ermittlungsarbeit im Bereich Organisierte Kriminalität (OK) auszutauschen.

Andre Zimmermann, KHK, LKA NRW, Abt. 1, Dez. 11, Organisierte Kriminalität, berichtet für die »Streife« von seinen Erlebnissen bei der Fortbildung.

Überblick über die europäische Polizeiarbeit

Bevor es losging, fand im Januar noch ein Auswahlverfahren an der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol) in Münster-Hiltrup statt, bei dem die sechs Teilnehmer der deutschen Delegation ausgewählt wurden. Dies war zugleich die erste Möglichkeit, um sich näher kennenzulernen, Kontakte auszutauschen und vor allem erste Infos darüber zu erhalten, was uns erwarten würde.

Das Angebot des MEPA-Hauptkurses richtet sich an kriminalpolizeiliche Praktiker mit mindestens fünfjähriger Dienst- und Führungserfahrung im Bereich der Kriminalpolizei. Innerhalb von sieben Wochen beschäftigen sich die insgesamt 26 Teilnehmenden aus sieben Ländern mit vielen Fragen zur Prävention

DIE MITTELEUROPÄISCHE POLIZEIAKADEMIE (MEPA)

Ganz ehrlich: Als ich gefragt wurde, ob ich Interesse an einer Teilnahme am 25. MEPA-Hauptkurs habe, war ich nicht nur überrascht, ich wusste auch zunächst nichts damit anzufangen. Nach einer kurzen Erklärung willigte ich ein und wurde nicht enttäuscht. Hinter dem MEPA-Hauptkurs verbirgt sich die wahrscheinlich großartigste Fortbildungsveranstaltung, die sich Kriminalbeamte in Deutschland, Tschechien, Slowenien, Ungarn, Österreich, der Schweiz und der Slowakei vorstellen können. Diese sieben Staaten betreiben und finanzieren die Mittleuropäische Polizeiakademie (MEPA). Sie versteht sich als Bildungseinrichtung der Polizeien dieser Staaten und bietet seit ihrer Gründung 1992 eine Vielzahl von Lehrveranstaltungen zur grenzüberschreitenden Kriminalität an, darunter auch den MEPA-Hauptkurs.



Fotos (2): Hessische Polizeirundschau und Andre Zimmermann

Eine Fallstudie zum Thema »Joint-Investigation-Team« war das Herzstück des Hauptkurses.

und Bekämpfung von relevanter internationaler Kriminalität. Jede Woche fand das Treffen an verschiedenen Standorten statt: Mainz-Budenheim (Deutschland), Wien (Österreich), Prag (Tschechien), Bratislava (Slowakei), Ljubljana (Slowenien), Biel (Schweiz) und Budapest (Ungarn). Die gemeinsame MEPA-Sprache ist Deutsch. Auf der Agenda stehen Präventions- und Bekämpfungsstrategien, bekannte Phänomene der Organisierten Kriminalität (OK) in allen beteiligten Staaten sowie die aktuellen rechtlichen und organisatorischen Bedingungen.

Straffes Programm mit regem Austausch

Am 3. April ging es dann endlich los. Die 26 Teilnehmer trafen sich zum ersten Mal in Mainz-Budenheim. Nach anfänglicher polizeitypischer Verhaltenheit wuchs der Kurs schnell zusammen. Dies war auch geboten, denn vor uns lagen nicht nur sieben spannende, sondern auch anstrengende Wochen, in denen vor allem kollektives Arbeiten gefragt war.

Uns erwartete ein straffes Programm mit vielen interessanten Vorträgen zu Themen wie Polizeiaufbau und Rechtslage in den jeweiligen Staaten, internationaler Rauschgifthandel, Prostitution, Menschenhandel, Zeugenschutz, verdeckte Ermittlungen, Kunstraub, Phishing und das Darknet. Die Themen wurden teilweise anhand von praktischen Beispielen aus konkreten

Ermittlungen dargestellt. In sogenannten »Round Table«-Gesprächen ergab sich für die Teilnehmer die Möglichkeit, die Inhalte zu vertiefen und sich mit den Kollegen aus den anderen Ländern auszutauschen.

Gemeinsame operative Fallstudie

Parallel zu dem Veranstaltungsprogramm bearbeiteten die Kurs Teilnehmer eine operative Fallstudie zum Thema »Joint-Investigation-Team« (JIT), auch Gemeinsame Ermittlungsgruppe (GEG) genannt.

Diese Fallstudie könnte man auch als »Herzstück« des Hauptkurses bezeichnen. Drei Arbeitsgruppen setzten sich mit unterschiedlichen Voraussetzungen und Umsetzungsthematiken eines JIT auseinander. Während eine Arbeitsgruppe die Rechts- und Vertragsgrundlagen der verschiedenen beteiligten Staaten erarbeitete, wurden durch die anderen beiden Arbeitsgruppen die taktischen- und die operativen Möglichkeiten bei der Umsetzung eines JIT zusammengefasst, abgestimmt auf den vorgegebenen Sachverhalt, der die international organisierte Wohnungseinbruchskriminalität zum Thema hatte. Eine Thematik, die nicht nur in Deutschland kriminalpolitische Brisanz aufweist. Ein besonderes Augenmerk wurde in den drei Arbeitsgruppen darauf gelegt, dass alle Nationalitäten gemischt zusammen arbeiteten, >

KRIMINALITÄT



Der Abschlussbericht wurde nach sieben Wochen gemeinsamer Arbeit in Budapest vorgestellt.



Es gab spannende Vorträge zu Themen wie Menschenhandel, Zeugenschutz und verdeckte Ermittlungen.



Fotos (5): Hessische Polizeiarbeit und Andre Zimmermann

Weitere Vortragsthemen: Internationaler Rauschgifthandel, Prostitution sowie Phishing und das Darknet.

ähnlich wie in einem realen JIT. Auch dort ermitteln die Kollegen der verschiedenen Staaten gemeinsam. Die international zusammenarbeitenden Polizeibeamten müssen im Bilde über die Möglichkeiten sein, die in den beteiligten Staaten bestehen; man muss zu gemeinsamen Ergebnissen kommen. Genau diese Zielsetzung war bei der Fallstudie, der wir den Namen »Goldfinger« gaben, vorgegeben. Wir mussten innerhalb der sieben Wochen zu einem Ergebnis kommen und dieses auch entsprechend präsentieren. Herausgekommen ist eine 111 Seiten starke Dokumentation, die wir am Ende des Hauptkurses im ungarischen Innenministerium einem 150-köpfigen internationalen Fachpublikum vorgestellt haben. Diese Dokumentation soll aber nicht in der Schublade verschwinden, sondern den Kolleginnen und Kollegen sowie



Schießübung im Rahmen des MEPA-Hauptkurses.



Zum Abschluss des MEPA-Hauptkurses präsentierten sich die Teilnehmenden vor der prächtigen Kulisse des Parlaments in Budapest.

Staatsanwaltschaften als Orientierungshilfe dienen und aufzeigen wie ein JIT funktioniert. Uns Teilnehmern hat die Erarbeitung dieser Fallstudie aufgezeigt wie sinnvoll in der Bekämpfung der internationalen Kriminalität ein JIT sein kann und viele bürokratische Hürden, die mit der herkömmlichen internationalen Rechts Hilfe verbunden sind, vermieden werden können. Ein Einblick in die Fallstudie ist über die MEPA möglich.

Ein vielfältiges Rahmenprogramm mit Jubiläumsfeier

Ein weiterer Höhepunkt waren die Feierlichkeiten zum 25. Jubiläum des MEPA-Hauptkurses. Hierzu wurden in Budapest alle Register gezogen. Der gesamte Hauptkurs wurde mit insgesamt 150 geladenen Gästen, die auch bei der Präsentation der Fallstudie am folgenden Tag geladen waren, im prächtigen Festsaal des ungarischen Parlaments zum Essen empfangen.

Über den Tellerrand hinausblicken

Es ist immer noch ein tolles Gefühl, all das miterlebt zu haben. Ich gebe zu, dass ich noch einige Zeit gebraucht habe, um wieder zurück in den gewöhnlichen Alltag zu finden. Was habe ich von den sieben Wochen mitgenommen? Sicherlich waren es die vielen interessanten Fachvorträge sowie das gemeinsame Arbeiten mit den Kollegen unterschiedlichster Nationalität an unserer Fallstudie, aus der ein respektables Nachschlagewerk hervorgegangen ist. Wenn man aber fragt, was für mich das Herausragendste

gewesen ist, dann sicherlich die einzigartige Gelegenheit, Einblicke in die Arbeit anderer Polizeien zu bekommen und die Kolleginnen und Kollegen aus diesen Ländern aus einem ganz neuen Blickwinkel kennenzulernen. Ich denke, dass so vielleicht auch das eine oder andere bestehende Vorurteil, und zwar bei Teilnehmern aus allen Ländern, ausgeräumt werden konnte. Wir deutschen Muttersprachler waren beeindruckt, wie lebhaft sich die Kollegen aus den anderen Mitgliedsstaaten in die teils trockene und komplizierte Thematik bei der Erarbeitung der Fallstudie einbrachten.

Auch fand ich es sehr interessant, wie wir im Ausland als deutsche Polizisten wahrgenommen werden. Ich war erstaunt, wie positiv wir und unsere Arbeit beurteilt wurden. Das stärkt nicht nur das Selbstwertgefühl, sondern ist auch wichtig für den Umgang mit Kolleginnen und Kollegen aus anderen Ländern. Einer der wichtigsten und nachhaltigsten Aspekte ist für mich aber, dass ich während dieser Zeit erleben durfte, wie der Hauptkurs zu einem Teil der MEPA-Familie zusammengewachsen ist. Es sind europaweit persönliche Kontakte entstanden. Daraus ergibt sich für Ermittler im OK-Bereich ein wichtiges Netzwerk, in dem man sich schnell gegenseitig unterstützen und dringend benötigte Informationen ohne bürokratischen Aufwand im dienstlich möglichen Rahmen übermitteln kann. Mein abschließendes Fazit: Der MEPA-Hauptkurs ist unbedingt empfehlenswert.

/// Andre Zimmermann, KHK; LKA NRW

Studierende entwickeln neue Ideen für »Kurve kriegen« Genau in die Zielgruppe hineingedacht



Die Arbeit der Initiative »Kurve kriegen« soll künftig noch zielgruppengerechter kommuniziert werden.

Unter der Leitung von Professor Kristian Wolf vom Studiengang für Mediendesign an der Universität Wuppertal haben 16 Studierende Ideen entwickelt, wie man die Kommunikation rund um »Kurve kriegen« noch verbessern kann. Jetzt haben sie NRW-Innenminister Herbert Reul und den Initiatoren von »Kurve kriegen« ihre Arbeitsergebnisse vorgestellt. Die Initiative des NRW-Innenministeriums bewahrt Minderjährige nachweislich davor, in die Kriminalität abzurutschen.

Mehr als 400 kriminalitätsgefährdete Kinder und junge Jugendliche nehmen aktuell in 19 Kreispolizeibehörden an »Kurve kriegen« teil – seit dem Start im Jahr 2011 waren es insgesamt über 1.000. Eine echte Erfolgsgeschichte. Doch es geht nicht nur darum, erfolgreich zu sein, sondern insbesondere darum, erfolgreich zu bleiben und »Kurve kriegen« weiterzuentwickeln. Da ist Kommunikation auch für 2018 ein wichtiges Thema. »Jugendliche, Eltern, Sozialarbeiter, Polizei – bei einer Initiative wie »Kurve kriegen« gibt es viele Akteure, die gemeinsam zum Erfolg beitragen«, erklärt Jörg Unkrig, Leiter der Stabsstelle Prävention Jugendkriminalität im Innenministerium NRW. »Deshalb ist es uns ein Anliegen,

unsere Kommunikation zu überprüfen und ich freue mich ganz besonders, dass wir dabei Unterstützung durch die Bergische Universität Wuppertal erhalten haben.«

Praxistaugliche Ergebnisse

Die Bandbreite der Ideen war groß – von eindrucksvollen Plakatserien und Zeichnungen über verschiedenste Apps bis hin zur Neugestaltung von Logo des Internetauftritts. »Faszinierend fand ich vor allem, wie sich die Studierenden intensiv in die Zielgruppe hineingedacht und genau die Probleme der Jugendlichen erkannt haben«, sagt Unkrig. So hat Eliane Diur ein Buch mit selbst gezeichneten Bildern entworfen, in denen sie die Stimmungen und Situationen, in denen sich die jungen



Kinder und Jugendliche durchleben unterschiedliche Gefühle.



Melanie Kramm stellte Plakatentwürfe mit sogenannten »Wendesätzen« vor.

Menschen oftmals befinden, authentisch wiedergibt. »Tolles Arbeitsmaterial, um im Rahmen von Gruppenarbeit über das schwierige Thema »Gefühle« zu sprechen«, so Ralf Zentis, einer der pädagogischen Fachkräfte der Initiative, der die Präsentation begeistert verfolgte.

»Ich scheiß auf DEIN LEBEN ist was wert«
Recht düster fotografierte junge Menschen und ein Spruch, der es in sich hat – das zeigt eine Plakatserie, die zum Nachdenken anregt. Man muss schon zweimal hinsehen, um die Botschaft der sogenannten Wendesätze zu erfassen. Melanie Kramm entwarf diese Serie, die sehr deutlich auf die Unterschiede zwischen Eigen- und Fremdwahrnehmung aufmerksam

macht und dabei die Brücke zur Initiative »Kurve kriegen« schlägt. Für viele der jungen Menschen kann die Initiative tatsächlich zu einem Wendepunkt in ihrem Leben werden.

Vorbild sein!

Juliane Geyer setzt in ihrer Konzeption unter anderem auf positive Rollenvorbilder: Charismatische Typen, die die Zielgruppe ansprechen, denen junge Menschen vertrauen und die sie zum Vorbild nehmen. >



Fotos (2): Wolfgang Wendelmann

NRW-Innenminister Herbert Reul besuchte die Bergische Universität Wuppertal, um sich über die Ideen der Studierenden zur Kommunikation von »Kurve kriegen« zu informieren.

»»Kurve kriegen« setzt Maßstäbe in der Kriminalprävention und der Verhinderung von Jugendkriminalität. Ob mit dem innovativen Ansatz, pädagogische Fachkräfte in die Teams der Polizei einzubinden oder individuell auf die Ursachen für Kriminalität zu schauen oder mit der wissenschaftlich attestierten Wirksamkeit und Effizienz.«

Minister Herbert Reul



Fotos (3): Wolfgang Wendelmann

NRW-Innenminister Herbert Reul verfolgte aufmerksam die Präsentation der Ideen der Studierenden.

Die Sache mit dem Logo und dem dicken Zeh

Kurt Weidemann, ein bekannter Grafikdesigner, hat einmal gesagt: »Ein Logo ist dann gut, wenn man es mit dem dicken Zeh in den Sand kratzen kann.«

Das Logo der Initiative ist gut, aber auch sehr komplex, so die Meinung der Studierenden. Es enthält sehr viele Informationen, die es schwierig machen, es schnell zu erfassen und abzuspeichern – und die Sache mit dem dicken Zeh wird auch schwierig. Daher entwarfen sie ausdrucksstarke und auf das Wesentliche reduzierte Darstellungen mit hohem Wiedererkennungswert.

Auch der Minister zeigte sich begeistert von den vielen Ideen, die frischen Wind in das Thema Kommunikation bringen können. »Die Studierenden haben unglaublich viel Kreativität bewiesen. Jetzt ist es an uns, zu prüfen, was wir davon realisieren können.«

Wie geht es weiter?

Die Stabsstelle Prävention Jugendkriminalität hat die Vorschläge ausgewertet und auf ihre Umsetzbarkeit geprüft. Danach besteht viel Potential, »Kurve kriegen« in 2018 wieder ein gutes Stück nach vorn zu bringen.

/// Wolfgang Wendelmann, IM NRW



NRW-Innenminister Herbert Reul im Gespräch mit Studentinnen der Bergischen Universität Wuppertal.



Foto: Jochen Tack

Neue Erkenntnisse zum Wohnungseinbruchdiebstahl Was Tatortinformationen über Tätertypen verraten

Seit 2008 stiegen die Fallzahlen des Wohnungseinbruchdiebstahls (WED) in Nordrhein-Westfalen stark an und erreichten 2015 einen Höchststand von 62.362 Fällen. Dieser Anstieg und die ständige Präsenz des Themas in den Medien sorgten für eine zunehmende Verunsicherung in der Bevölkerung. Die Erwartungen an die Polizei sind klar: Die Fallanstiege müssen sinken und die unbefriedigende Aufklärungsquote von weniger als 20 Prozent muss verbessert werden.

Im Fokus stand die Entwicklung strategischer Bekämpfungskonzeptionen für das Massendelikt Wohnungseinbruchdiebstahl (WED). Dabei stellte sich die Frage, wer für die steigenden Fallzahlen in erster Linie verantwortlich ist. Örtliche Betäubungsmittelabhängige? Jugendliche? Reisende professionelle

Tätergruppen aus Osteuropa? Aufgrund der niedrigen Aufklärungsquote konnten diese Fragen nicht direkt beantwortet werden. Ein Rückschluss von wenigen geklärten auf eine Mehrheit von ungeklärten Fällen ist nur eingeschränkt möglich.

Auf der Suche nach stichhaltigen Tätermerkmalen

Es mangelte an phänomenologischem Wissen, das für die Beantwortung der Frage nach den Tätern notwendig ist. Zu diesem Zeitpunkt vorliegende Studien basierten auf der Analyse der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS). So konnten anhand einer Strukturanalyse des nordrhein-westfälischen Landeskriminalamtes (LKA NRW) aus dem Jahr 2012 erste Hinweise gewonnen werden, dass der Anstieg der Fälle während der dunklen Jahreszeit auf das Auftreten professioneller Täter zurückzuführen ist. Aufgrund

der begrenzten Aussagefähigkeit der PKS waren die Ergebnisse jedoch nicht ausreichend belastbar. Beispielsweise fehlen Angaben zum Modus Operandi oder zur Struktur der Beute. Des Weiteren wird bei versuchten Taten in der PKS nicht zwischen einem Scheitern beim Eindringen oder der fehlenden Beute differenziert. Vor diesem Hintergrund war eine phänomenologische Analyse des WED zwingend geboten.

Beim LKA NRW wurde daher von 2014 bis 2016 das bis dahin umfangreichste Forschungsprojekt zum WED in Europa durchgeführt. Zentrale Forschungsfrage war, ob aus den Merkmalen am Tatort eines WED auf Merkmale der Täter geschlossen werden kann. Im Fokus des Forschungsprojekts standen vor allem Indikatoren, anhand derer professionell agierende Täter von Tätern mit schlichten Begehungsweisen unterschieden werden können. Welche Rolle spielt die Autobahnnähe bei der Tatobjektauswahl? Haben bestimmte Tatorte eine hohe Anziehungskraft? Was wird gestohlen? Diese und weitere Einzelfragen wurden ebenfalls untersucht.

Aufschlussreiche Ergebnisse

Zur Beantwortung der Forschungsfragen wurden mehr als 7.500 staatsanwaltschaftliche Ermittlungsakten (Zufallsauswahl geklärt und ungeklärt Fälle) des WED aus den Jahren 2011 und 2012 quantitativ ausgewertet, sodass die Ergebnisse repräsentativ für den WED in NRW sind. Mithilfe statistischer Verfahren wurden Informationen zu Tatorten, die prinzipiell an jedem Tatort vorliegen und in Tatbefundberichten dokumentiert wurden, mit Daten zu den Tatverdächtigen systematisch in Beziehung gesetzt.

Die Ergebnisse erlauben differenzierte Aussagen zu Taten und Tätern, die weit über bisher vorhandene Erkenntnisse hinausgehen. Dabei wurde deutlich, dass die immer noch sehr hohen Fallzahlen tendenziell auf professionell agierende Täter zurückzuführen sind. In einem umfassenden Basisbericht werden die Ergebnisse der Studie dargelegt. Für die Prävention, die statistischen Erfassungsregeln, die Priorisierung von Ermittlungen und für gesetzgeberische Maßnahmen wurden Handlungsempfehlungen abgeleitet, die ebenfalls in diesem Bericht zu finden sind. Wesentliche Ergebnisse wurden zudem in einer Broschüre zusammengefasst, die dieser Ausgabe der »Streife« beiliegt.

/// Prof. Dr. Sonja Willing und Prof. Dr. Stefan Kersting, FHÖV NRW



ANSPRECHPARTNER IM LKA NRW

Dr. Maike Meyer
Teildezernat 32.4 – Kriminalistisch-Kriminologische
Forschungsstelle
Völklinger Str. 49, 40221 Düsseldorf
Telefon +49 211 939-3240, CNPol 07-224-3240
Telefax +49 211 939-193240
maike.meyer@polizei.nrw.de
kkf@polizei.nrw.de
<https://lka.polizei.nrw>

ZUM DETAILLIERTEN NACHLESEN:

Den Basisbericht zum Forschungsprojekt WED sowie die Broschüre mit wesentlichen Ergebnissen finden Sie im Intrapol oder im Internet unter: url.nrw/kkf

Start der 5. landesweiten Aktionswoche »Riegel vor! Sicher ist sicherer.« »Wählen Sie bei verdächtigen Wahrnehmungen die 110!«



Polizeipräsident Rainer Furth und Innenminister Herbert Reul sagen zwei mutigen Zeuginnen »Danke«.

Zum Auftakt der landesweiten Aktionswoche »Riegel vor! Sicher ist sicherer« wandte sich NRW-Innenminister Herbert Reul im Polizeipräsidium (PP) Krefeld an die Öffentlichkeit, um über die aktuellen Entwicklungen beim Wohnungseinbruch zu informieren und um Zeuginnen und Zeugen, die entscheidende Ermittlungshinweise über die 110 an die Polizei meldeten, zu danken. Gemeinsam mit Polizeipräsident Rainer Furth und geladenen Gästen besichtigte der Innenminister die Leitstelle und suchte anschließend das persönliche Gespräch mit den Zeuginnen und Zeugen.

Bei seinem ersten Besuch im Krefelder Polizeipräsidium betont der NRW-Innenminister, wie wichtig ihm das Thema Wohnungseinbruch ist. »Jeder Einzelne kann etwas tun, damit Einbrechern der Riegel vorgeschoben wird«, sagt Reul zu Beginn. Die Bekämpfung der Einbruchskriminalität habe für die nordrhein-westfälische Polizei eine hohe Bedeutung. »Im ersten Halbjahr 2017 hatten wir landesweit 28,4 Prozent weniger Einbrüche. Dieser Rückgang ist gut, aber wir dürfen uns darauf nicht ausruhen. Einbrüche sind für die Opfer besonders belastend, weil ganz massiv in die Privat- und Intimsphäre eingegriffen wird«, so Reul. Unzufrieden zeigt sich der Minister mit der niedrigen Aufklärungsquote. Sie lag im ersten Halbjahr 2017 bei 14,6 Prozent und damit nur knapp über der Quote der ersten

sechs Monate des Vorjahres. »Das ist zu wenig«, erklärt der Innenminister. Die neue Landesregierung werde den Druck auf die Täter konsequent weiter erhöhen.

Besser sind die Zahlen in Krefeld, wo in der ersten Jahreshälfte gegenüber dem Landesschnitt bereits knapp zehn Prozent mehr Fälle aufgeklärt wurden. Polizeipräsident Rainer Furth erläutert, weshalb er das Thema Wohnungseinbruch bereits sehr frühzeitig zur Chefsache gemacht hat: »Wenn man sich um ein Schwerpunktthema kümmern will, muss man auch Schwerpunkte setzen.« Deshalb habe man eine Ermittlungsgruppe (EG) »Dämmerung« zur Bekämpfung des Wohnungseinbruchs eingerichtet, in der uniformierte und zivile Beamte Hand in Hand arbeiten: »Ob routinemäßige Verkehrskontrollen, gezielte Präsenzstreifen, Aufsuchen der An- und

Verkaufsstellen, Bürgergespräche, Prävention oder Öffentlichkeitsarbeit. Alle Beteiligten sprechen miteinander, die Aktionen sind aufeinander abgestimmt.« Furth bekräftigt aber auch, wie wichtig die Aufmerksamkeit der Bürgerinnen und Bürger für die Ermittlungsarbeit der Polizei sei. Innenminister Reul verweist auf die Doppelstrategie der Polizei NRW, die mit der Kampagne »Riegel vor« und dem Fachkonzept »Mobile Täter im Visier« intensive Präventionsarbeit neben der Strafverfolgung vorsehe.

Keine Scheu, die 110 zu wählen

Dann kommen die Bürgerinnen und Bürger zu Wort, die Zeugen von Wohnungseinbrüchen geworden sind und diese der Polizei gemeldet haben. Einer von ihnen ist Ingo Rausch, der aus dem Krefelder Stadtteil Königshof stammt. Er berichtet, wie er im September dieses Jahres zufällig aus dem Fenster einen Mann beobachtet, der sich auffällig vor seiner Haustür umschaute und anschließend das Grundstück der Nachbarin betritt. Rausch fragt den Mann, was er suchen würde und ruft sofort die Polizei. Kurz darauf trifft ein Streifenwagen ein und die Beamten übernehmen den Verdächtigen. Plötzlich kommt eine zweite Zeugin hinzu. Die Nachbarin Stefanie Reinhold hat den Unbekannten bereits wenige Minuten zuvor mit Ihrem Mann vor ihrer offenen Terrassentür angetroffen. Als der 20-Jährige danach fluchtartig ihr Grundstück verließ, machte Reinhold mit ihrem Handy heimlich Fotos von dem Verdächtigen. In dem Moment, als die Handschellen klicken, wird der Zeugin Stefanie Reinhold erstmalig klar, was bei dem Aufeinandertreffen mit dem Einbrecher alles hätte passieren können, wenn sie alleine im Haus gewesen wäre. Thomas Grießbach, Ermittler in der »EG Dämmerung«, empfiehlt, den Kontakt zum Einbrecher zu vermeiden:



Zeugen berichten von ihren positiven Erfahrungen im Zeugencafe.

INNOVATIV – DAS KREFELDER ZEUGENCAFE

Das »Krefelder Zeugencafé« wurde im vergangenen Jahr vom Polizeipräsidium Krefeld ins Leben gerufen. Dahinter steht die Idee, diejenigen Menschen einzuladen und erzählen zu lassen, die dem Rat der Polizei gefolgt sind und im Ernstfall keine Scheu gezeigt haben, die 110 zu wählen und die Polizei zu rufen. Die Veranstaltung gibt Zeuginnen und Zeugen die Möglichkeit, von ihren Erfahrungen zu berichten und andere Bürgerinnen und Bürger zu motivieren, ihrem guten Beispiel zu folgen.

»Halten Sie Abstand zu verdächtigen Personen und vermeiden Sie nach Möglichkeit den direkten Kontakt. Bringen Sie sich nicht selbst in Gefahr.«

Einen weiteren Fall schildert die Zeugin Janine Kremers. Sie und ihr Ehemann wohnen in einem Mehrfamilienhaus in Krefeld und werden am Rosenmontag dieses Jahres gegen Abend durch ein Poltern in einer benachbarten Wohnung aufgeschreckt. Sie sehen, dass ein Stockwerk tiefer die Fenster nicht geschlossen sind. Da die Kremers wissen, dass ihre Nachbarn nicht zu Hause sind, greifen sie zum Hörer und rufen die 110. Zwei Tatverdächtige verlassen wenig später mit vollgepackten Taschen das Wohnhaus. Während Frau Kremers die Polizei informiert, verfolgt ihr Mann spontan die beiden Einbrecher. Janine Kremers nimmt ihr zweites Telefon in die Hand und hält >

zeitgleich Kontakt zu ihrem Mann und der Leitstelle. So kann sie der Polizei fortlaufend den Standort der flüchtenden Personen durchgeben. »Ich war natürlich sehr aufgeregt, aber der Kollege vom Notruf war sehr nett und hat mich wieder beruhigt.« Schließlich gelingt es den Polizeibeamten, einen der Täter erfolgreich festzunehmen. Der zweite Täter kann zu einem späteren Zeitpunkt ermittelt werden.

Die Leitstelle ist rund um die Uhr erreichbar

Was passiert, wenn die Bürgerinnen und Bürger im entscheidenden Moment die 110 wählen, zeigt Polizeisprecher Wolfgang Weidner bei einem Rundgang durch die Krefelder Leitstelle. Weidner erläutert den Besuchern die Aufgaben und Abläufe in der Leitstelle. Er demonstriert, welche Arbeitsabläufe nach einem eingehenden Notruf erfolgen. Die Mitarbeiter der Leitstelle erfragen die wichtigsten Informationen, und entsenden zeitgleich einen Streifenwagen zum Tatort. Der Besuch bei der

Leitstelle verdeutlicht allen Besuchern, mit welcher Professionalität und Empathie auf einen Notruf reagiert wird.

Minister Reul sucht das persönliche Gespräch

Abschließend kommen NRW-Innenminister Herbert Reul, Polizeipräsident Rainer Furth, die Zeuginnen und Zeugen sowie einige Ermittler aus der EG Dämmerung zusammen, um sich persönlich auszutauschen. Innenminister Reul mischt sich unter die Hinweisgeber, hört sich ihre Erfahrungen zum Thema Wohnungseinbruch an und beantwortet Fragen. Mit am Tisch sitzen auch einige Ermittler aus der »EG Dämmerung« wie Thomas Griebach: »Es besteht selten die Möglichkeit, sich nach aufgeklärten Fällen nochmal mit den Hinweisgebern zu treffen und ihr Engagement zu würdigen.« Diese Gelegenheit haben die Besucher beim Krefelder Zeugencafé zum Auftakt der Aktionswoche gegen Wohnungseinbrüche genutzt.

/// Alexander Lorber



Minister Herbert Reul und Tatortzeugen bekommen den Fortlauf »ihres« Notrufs in der örtlichen Leitstelle erklärt.

DIE AKTIONSWOCHE »RIEGEL VOR! SICHER IST SICHERER«

Das Polizeipräsidium Krefeld beteiligte sich mit einem umfangreichen Programm an der diesjährigen Aktionswoche gegen Wohnungseinbruch. Neben dem Zeugencafé führten Experten der Polizei Krefeld gemeinsam mit Krefelder Unternehmen für Sicherheitstechnik Beratungsgespräche in der Mediothek Krefeld am Theaterplatz durch. Auf der Facebook-Seite der Polizei Krefeld konnten die Bürgerinnen und Bürger in einer Internet-Sprechstunde ihre Fragen rund um das Thema Einbruchsschutz stellen. Mit einer Fachausstellung zeigte die Polizei Krefeld in den Räumen des Kriminalkommissariats Kriminalprävention und Opferschutz in der Hansastrasse 25 die neusten Trends im Schutz gegen Einbrecher. Natürlich verstärkte die Polizei in Krefeld zur Aktionswoche auch die Kontrollen, um repressiv gegen Einbrecher vorzugehen. Alle anderen Kreispolizeibehörden in NRW beteiligten sich ebenfalls an dieser Aktionswoche.

Tatort-Kommissar unterstützt die »Riegel vor«-Kampagne

Martin Brambach ist ein prominenter Unterstützer der Aktionswoche

Mit Martin Brambach konnte das Polizeipräsidium Recklinghausen einen Prominenten als Botschafter für die Aktionswoche »Riegel vor! Sicher ist sicherer« gewinnen. Brambach ist bundesweit durch zahlreiche Fernsehproduktionen bekannt und hat durch seine Rolle als »Kommissariatsleiter Peter Michael Schnabel« beim MDR-»Tatort« aus Dresden auch einen Bezug zur Polizeiarbeit. Der viel beschäftigte Schauspieler wohnt in Recklinghausen.

Ausgangspunkt für die Unterstützung des Tatort-Darstellers war die Frage, wie die öffentliche Aufmerksamkeit für die Aktionswoche erhöht werden kann. Bei der praktischen Umsetzung spielten zwei Aspekte eine besondere Rolle: Der prominente Unterstützer der Kampagne sollte einen örtlichen Bezug zum Polizeipräsidium Recklinghausen haben. Außerdem sollte es einen Zusammenhang zwischen der Tätigkeit des Prominenten und den zentralen Botschaften von »Riegel vor!« geben. Martin Brambach bot spontan seine Unterstützung an und stand gerne sowohl für Foto- und Filmaufnahmen als auch für einen Pressetermin zur Verfügung.

Engagierte Prominenz für die Kampagne

Um die Bekanntheit der Aktionswoche gegen Wohnungseinbrüche zu steigern, erstellte das Polizeipräsidium Recklinghausen zwei unterschiedliche Plakate mit jeweils einer zentralen Kampagnenbotschaft. Die Plakate werden sowohl an belebten Orten im städtischen Bereich als auch als Einblendung auf Monitoren in vielen Linienbussen zu sehen sein. Für die Social Media-Kanäle der Polizei sind zudem zwei Videoclips mit Martin Brambach erstellt worden, um die Bürgerinnen



und Bürger auf die Gefahr von Wohnungseinbrüchen aufmerksam zu machen. »Bereits in den letzten Jahren haben wir die Menschen für das Deliktsfeld sensibilisieren können. Sowohl die Zahl der Beratungsgespräche als auch das Hinweisaufkommen sind deutlich angestiegen.

Diese positive Entwicklung soll sich in diesem Jahr fortsetzen – auch mithilfe von Tatort-Kommissar Martin Brambach«, sagte die Recklinghäuser Polizeipräsidentin Friederike Zurhausen. // **Andreas Wilming-Weber, PP Recklinghausen**

Verfahren zur Identifikation von Unfallhäufungsstellen und -linien verbessert

Der neue Gemeinsame Runderlass »Aufgaben der Unfallkommission in Nordrhein-Westfalen«



Foto: Jochen Tack

Bei ihrer Arbeit müssen die Unfallkommissionen Risiken abwägen und die beste Lösung zur Entschärfung eines Unfallschwerpunkts finden.

An einer Kreuzung kommt es immer wieder zu Unfällen. Auf einem mehr oder weniger kurzen Landstraßenabschnitt verunglücken innerhalb kurzer Zeit mehrere Pkw-Fahrer tödlich. Unfallkommissionen können aufklären, warum das so ist. Sie haben die Aufgabe, Unfallhäufungen zu erkennen, zu bewerten und Maßnahmen zur Beseitigung zu beschließen. Die Unfallkommission muss auch sicherstellen, dass die beschlossenen Maßnahmen umgesetzt werden und eine Wirkungskontrolle erfolgt.

Bisher war der Gemeinsame Runderlass »Aufgaben der Unfallkommission in Nordrhein-Westfalen« vom 11. März 2008 die Grundlage für ihre Arbeit. Die praktischen Erfahrungen machten jedoch eine Aktualisierung dieses Runderlasses notwendig. Dabei galt es, vor allem drei Aspekte neu zu regeln:

netzweite Untersuchungen auf Außerortsstraßen, Aussagen zur Rechtsverbindlichkeit von Unfallkommissionsbeschlüssen sowie Neuregelungen beim Zusammenwirken der örtlichen Unfallkommissionen mit den Aufsichtsbehörden.

Neutrale Bewertung des bisherigen Verfahrens

Eine Arbeitsgruppe der Verkehrsingenieurbesprechung (VIB) übernahm unter Federführung des Ministeriums für Verkehr mit engem Schulterschluss zur Fachabteilung des Ministeriums des Innern des Landes NRW die Überarbeitung des Gemeinsamen Runderlasses. Die VIB ist eine Expertenrunde des Ministeriums für Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen sowie von Verkehrsingenieuren der Bezirksregierungen und des Landesbetriebs Straßen.NRW.

Zentrale Aufgabe der Arbeitsgruppe war zunächst eine vorurteilsfreie Bewertung des Verfahrens zur Identifikation von Unfallhäufungsstellen und -linien gemäß Anlage 3 des Gemeinsamen Runderlasses im Abgleich mit dem im Jahr 2012 von der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV) veröffentlichten »Merkblatt zur Örtlichen Unfalluntersuchung in Unfallkommissionen« (M Uko). Das Merkblatt beschreibt dezidiert die Grundlagen und die Methodik einer systematischen Unfallkommissionsarbeit und ist als Kompendium sowie als Entscheidungshilfe für die Verkehrssicherheitsarbeit von besonderer Bedeutung. Gleichwohl enthält das M Uko in Kapitel 3 teils deutlich andere Kriterien zur Identifikation von Unfallhäufungsstellen und -linien.

Beide Verfahren wurden unter großem Aufwand mit den tatsächlichen Unfallsituationen abgeglichen. Die Auswertung ergab, dass sowohl auf Autobahnen als auch auf Straßen innerhalb und außerhalb geschlossener Ortschaften das komplexe und ohne IT-technische Unterstützung kaum handhabbare Verfahren nach dem M Uko bei der Identifikation und Behandlung von Unfallhäufungsstellen keinen höheren Sicherheitsgewinn erwarten lässt. Die komplexe und sehr kleinteilige Betrachtung hat aber gleichzeitig zur Folge, dass weitaus mehr Unfallhäufungsstellen und -linien ausgewiesen werden. Deren Bearbeitung würde einen viel höheren personellen Aufwand der in den örtlich zuständigen Unfallkommissionen vertretenen Behörden bedeuten, insbesondere in der kommunalen Verwaltung. Allein die Auswertungen einer vergleichenden Drei-Jahres-Unfallbetrachtung der Jahre 2012 bis 2014 für das Stadtgebiet Düsseldorf, bei der nach dem M Uko mit insgesamt 312 gegenüber 59 Unfallhäufungsstellen nach geltender Erlasslage eine etwa 5-fach höhere Anzahl festgestellt wurde, wecken Zweifel an der Angemessenheit und Zweckdienlichkeit des Verfahrens zur Identifikation von Unfallhäufungsstellen und -linien nach dem M Uko. Dies verdeutlichten auch durch das Polizeipräsidium Düsseldorf durchgeführte stichprobenartige Überprüfungen.

Mehraufwände sollen vermieden werden

Der Gemeinsame Runderlass hingegen lenkt die Sicht der Unfallkommission zuverlässig auf die besonderen Gefahrenstellen im Straßennetz, die einer vordringlichen Behandlung und Maßnahmenfindung bedürfen. Darüber hinaus erlaubt er eine präventive Behandlung aller unfallauffälligen Bereiche, die nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Ressourcen bearbeitet werden können. Deshalb wurden bei der Überarbeitung des Gemeinsamen

Runderlasses die landesweit bewährten Kriterien und Richtwerte weitestgehend unverändert übernommen.

Im aktualisierten Erlass werden jedoch die Verfahrens- und Handlungsabläufe der Unfallkommissionen konkretisiert. Darüber hinaus finden sich darin Festlegungen zur Durchführung von Straßennetzweiten Untersuchungen, um das Augenmerk der Unfallkommissionen auf Unfälle zu lenken, die in Verbindung mit einem Sondermerkmal eine besondere Unfallsauffälligkeit außerorts offenbaren können. Hierzu gehören:

- > Sonderuntersuchungen nach den Empfehlungen zum Schutz vor Unfällen mit Aufprall auf Bäume (ESAB),
- > Sonderuntersuchungen nach dem Merkblatt zur Verbesserung der Verkehrssicherheit auf Motorradstrecken (MV Mot) sowie
- > Sonderuntersuchungen für Unfälle in Kurven (Kurve).

Die Wirkung der Unfallkommissionsarbeit wird vergleichbar

Solche Sonderuntersuchungen sind alle drei Jahre durchzuführen und mit den bereits identifizierten Unfallschwerpunkten der Vorjahre abzugleichen.

Eine wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Unfallkommissionsarbeit sind spezifische Fachkenntnisse. Daher sind die betreffenden Behörden gehalten, ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Teilnahme an regelmäßig angebotenen Seminaren zur Ausbildung der Unfallkommissionsmitglieder zu ermöglichen.

Eine weitere wesentliche Änderung des Gemeinsamen Runderlasses betrifft die Regelungen zum Controlling. Es dient sowohl der wirksamen Überprüfung durchgeführter Maßnahmen als auch der Einhaltung der Aufgaben der örtlich zuständigen Unfallkommission. Die jeweils zuständige Straßenverkehrsbehörde ist als Vorsitzende der Unfallkommission zur Qualitätssicherung der örtlichen Unfallkommissionsarbeit verpflichtet. Durch das Verfahren zum Controlling wird die Unfallkommissionsarbeit landesweit vergleichbar. */// Jasmin Epping, Referat 414*

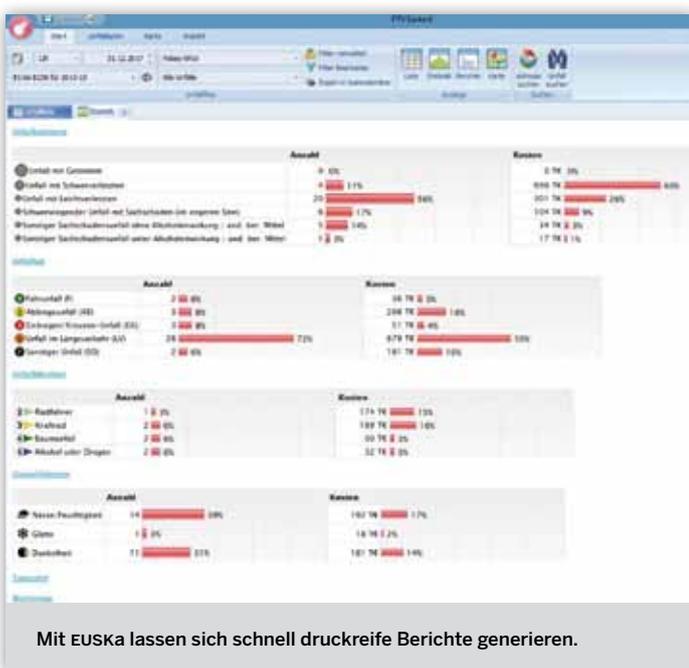
EUSKa – die Elektronische Unfalltypen-Steckkarte

Der neue Gemeinsame Runderlass »Aufgaben der Unfallkommission in Nordrhein-Westfalen«

EUSKa ist ein unverzichtbarer Bestandteil der Unfallkommissionsarbeit und somit ein wichtiges Instrument der Verkehrssicherheitsarbeit. Die Polizei in Nordrhein-Westfalen verwendet EUSKa bereits seit dem Jahr 2006. Das Programm wird in insgesamt elf Bundesländern eingesetzt. Selbst Ingenieurbüros und Forschungseinrichtungen nutzen es für ihre Aufgaben. Der am 16. Juni 2017 bekanntgegebene Erlass 414 - 61.05.03 des Ministerium des Innern (IM) NRW fordert alle Kreispolizeibehörden in unserem Bundesland dazu auf, EUSKa ab dem 1. Januar 2018 verpflichtend anzuwenden.

Mithilfe der EUSKa-Software kann die Polizei auf statistisch relevante Unfalldaten zugreifen und diese Daten schnell und effizient auswerten und bearbeiten. Digitale Straßenkarten erlauben eine grafische Übersicht und es besteht die Möglichkeit, nach zahlreichen Unfallmerkmalen zu filtern.

Das Programm wird fortlaufend weiterentwickelt. Momentan kommt die Version EUSKa 8 zum Einsatz. Die Funktionalität geht inzwischen weit über die einer klassischen Unfalltypen-Steckkarte hinaus. Mit der Software lassen sich sehr schnell druckreife Berichte erzeugen, beispielsweise in Form eines bundeseinheitlichen Unfalllagebildes.



Die »Heat-Map«-Funktion zeigt Unfalldaten farblich an.

Darüber hinaus wurde ein neues Import- und Export-Modul implementiert. Importierte Daten werden zwecks Qualitätssicherung nach den Regeln des Statistischen Bundesamtes in einer Plausibilitätskontrolle überprüft. Eingabemängel werden jetzt als Fehlermeldung angezeigt.

EUSKa 8 besteht bislang aus einem Grundprogramm und einem Auswertungsbereich. Die Oberfläche ist intuitiv erfassbar und lässt sich komfortabel bedienen. Die Nutzer können sogar in das Kartenmaterial hineinzoomen. Zusätzlich lassen sich mithilfe der neuen »Heat-Map«-Funktion Unfalldaten farblich darstellen.

Die Version EUSKa 9 steht bereits in den Startlöchern. Neben einer modernisierten Kartendarstellung wird es nur noch eine Anwendung geben, die Auswertefunktionalitäten werden in das Grundprogramm integriert.

Das Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten (LAFP NRW) beabsichtigt, im Jahr 2018 jeweils vier Termine für die Fortbildungen EUSKa I und EUSKa II anzubieten.

/// Timm Petry, LZPD NRW, Dezernat 44

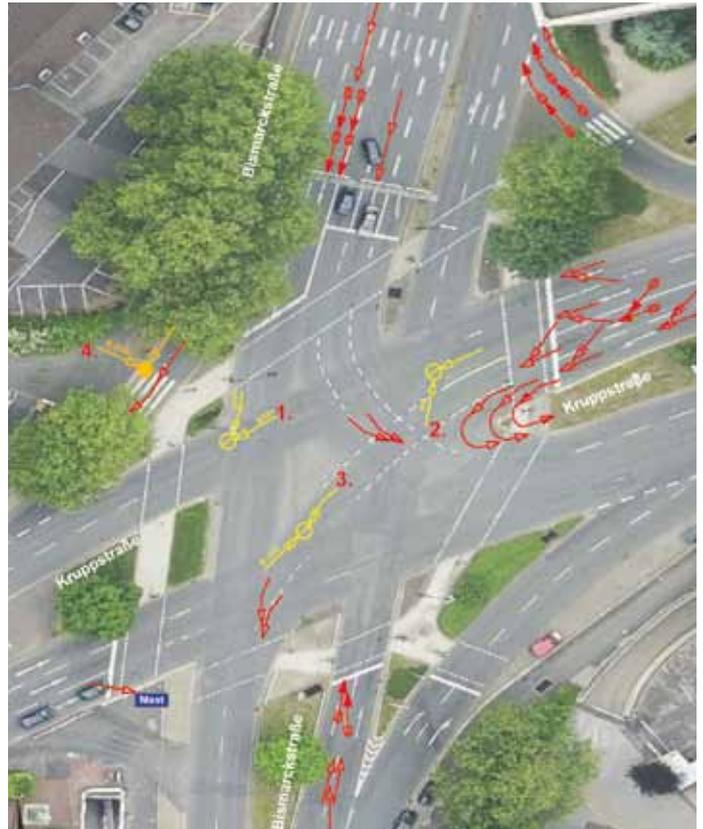
HINTERGRUND: DIE ARBEIT DER UNFALLKOMMISSIONEN

Die rund 500 Unfallkommissionen (UKs) in Deutschland retten Jahr für Jahr Menschenleben – ohne in die Schlagzeilen zu kommen. Denn mit ihrer Arbeit sorgen die »interdisziplinären Eingreiftruppen« dafür, dass so mancher Verkehrsunfall gar nicht erst passiert.

In Unfallkommissionen arbeiten ausgewiesene Experten aus unterschiedlichen Disziplinen zusammen: Vertreter von Polizei, Straßenverkehrs- und Straßenbaubehörden ergänzen gegenseitig ihr Fachwissen. Falls erforderlich, zieht die »interdisziplinäre Eingreiftruppe« weitere Institutionen wie Schulen, Stadtplanungsämter oder Verkehrsbetriebe zu Rate. Wo sich Unfälle häufen, suchen die UK nach Lösungen. Im bundesweiten Straßennetz gibt es zahlreiche Stellen, an denen es regelmäßig zu Crashes kommt, sogenannte Unfallhäufungsstellen. Aus scheinbar unerklärlichen Gründen kracht es etwa an einer Kreuzung häufiger als an anderen. Oder eine scharfe Kurve wird Motorradfahrern immer wieder zum Verhängnis. Aufgabe der Unfallkommission ist es, solche Gefahrenstellen zu ermitteln und durch geeignete Maßnahmen zu entschärfen. Diese reichen von einer neuen Beschilderung bis hin zu baulichen Veränderungen. Um herauszufinden, wo Gefahrenschwerpunkte sind, werden laufend elektronische »Unfalltypen-Karten« geführt. Die Polizei markiert auf diesen Karten genau den Punkt, an dem sich ein Unfall ereignet hat.

Die aufbereiteten Unterlagen werden in regelmäßigen Abständen in den zuständigen Unfallkommissionen beraten. Crashes mit Todesfolge untersuchen sie hingegen sofort: Sind Schilder defekt oder verdeckt? Wird die Sicht auf Einmündungen oder Kreuzungen blockiert? Kann etwas verbessert werden, ordnet die Unfallkommission es an.

(Quelle: <https://www.runtervomgas.de/>)



Die Unfallkommissionen analysieren die Unfallhäufungsstellen und suchen nach geeigneten Maßnahmen, um diese zu entschärfen.

Diese Zeichen und Symbole benutzen die Unfallkommissionen

Unfallhäufungsstellen (UHS)

- 1 jährige Betrachtung 3 vu Kat 1–4, gleicher Typ (1–7)
- 3 jährige Betrachtung 3 vu Kat 1–2, Typ ist egal
- 5 vu Kat 1–3, nur Fußgänger und/oder Radfahrer

Unfalltypen

- Typ 1 ● Fahr Unfall
- Typ 2 ● Abbiegeunfall (AB)
- Typ 3 ● Einbiegen/Kreuzen (EK)
- Typ 4 ○ Überschreiten – Unfall (Üs)
- Typ 5 ● Unfall durch ruhenden Verkehr (RV)
- Typ 6 ● Unfall im Längsverkehr (LV)
- Typ 7 ● Sonstiger Unfall (so)

Unfallumstände

- ▲ Fußgänger
- ▲ Radfahrer
- ▲ Krad
- ▲ Baum
- ▲ Alkohol
- ▲ Überholen
- ▲ Wild



Eine detaillierte und umfassende Betrachtung der Situation vor Ort führt dazu, das man die richtigen Gegenmaßnahmen ergreift.

Unfallhäufungsstellen (UHS)

	Personenkraftwagen
	sonstiges Fahrzeug *)
	Radfahrer (Alter)
	Fußgänger (Alter)
	Tier/Wild
	mittelbar Beteiligter *)

Lichtverhältnisse

	Tageslicht
	Dämmerung
	Dunkelheit

Fahrtrichtung

	Linksabbieger
	Geradeausfahrer
	Rechtsabbieger

Besondere Fahrzustände

	Rückwärtsfahren
	Bremsen
	Beschleunigen
	Schleudern
	Halten (verkehrsbedingt)
	Halten / Parken

Schwerste Unfallfolge

	Person getötet
	Person schwer verletzt
	Person leicht verletzt
	hoher Sachschade (KAT 4)
	Sachschade (KAT 5)

Schwerste Unfallfolge

	LZA außer Betrieb
	Rot, Rot + Gelb, Gelb
	Wartepflicht erkannt
	Wartepflicht nicht erkannt
	Alkohol
	Gegenstand auf / neben Fahrbahn
	Straßenbeleuchtung an

Straßenzustand

	trocken
	nass
	Glatteis / Schneeglätte

Unfälle aufklären mit digitalen Fahrzeugdaten

Expertentreffen zum Projekt »Pro Digi« in Duisburg

Das Projekt »Sicherung digitaler Fahrzeugspuren zur Verkehrsunfallaufnahme« im Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste (LZPD NRW) treibt die Sicherung digitaler Fahrzeugspuren bei der Verkehrsunfallaufnahme voran.

Im LZPD NRW kamen am 19. September die Projektbeteiligten und als Referenten Fachleute aus Forschung und Wirtschaft im LZPD NRW zusammen, um sich beim Expertentag des Projektes »Sicherung digitaler Fahrzeugspuren zur Verkehrsunfallaufnahme durch die Polizei NRW« (»Pro Digi«) auszutauschen. »Die Möglichkeiten zu schaffen, diese Daten zu sichern und auszuwerten, um sie dann in einem Strafverfahren als Beweismittel einbringen zu können, ist in

der heutigen Zeit alternativlos«, erklärte Rainer Pannenbäcker, der Direktor des LZPD NRW, in seiner Begrüßungsrede.

»Alle schauen erwartungsvoll nach NRW«, so Pannenbäcker. Die nordrhein-westfälische Polizei ist mit dem Projekt »Pro Digi« in der Vorreiter bei der digitalen Auswertung von Fahrzeugspuren in Deutschland.

Konkretere Gesetze gefordert

In modernen Pkw befinden sich heutzutage etwa 50 bis 100 Steuergeräte. An unterschiedlichsten Stellen erheben diese zahlreichen Sensoren permanent Daten für die Fahrerassistenzsysteme. Peter Schlanstein von der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW ging auf die rechtlichen Fragen bei der polizeilichen

Kfz-Datennutzung ein: »Die heutigen Autos sind Datenkraken und kompliziert vernetzt«, erklärte der Polizeibeamte. Bis jetzt existieren in Deutschland keine speziellen gesetzlichen Bestimmungen oder gerichtlichen Entscheidungen, die explizit die Voraussetzung für die Verwendung von digitalen Fahrzeugdaten zur Unfallrekonstruktion regeln.

Die Österreicher machen es vor

»Pro Digi«-Projektleiterin Mareike de Valck schilderte ihre Eindrücke von einem Besuch bei den Kolleginnen und Kollegen des österreichischen Bundeskriminalamtes in Wien. Dort gibt es seit 2014 das Projekt »Forensische Untersuchung von IT-Systemen und Datenspeichern in Kraftfahrzeugen zur Klärung von Straftaten« beim Cybercrime-Competence-Center. Die österreichischen Kolleginnen und Kollegen zeigten, dass bis zu zehn Gigabyte an Daten pro Stunde aus einem Kfz ausgelesen werden können. Solche Massen an Daten sind jedoch nicht alle bei der Verkehrsunfallaufnahme und Beweissicherung relevant. Welche Daten jedoch von Bedeutung sein können, wollen die Beteiligten der Projektgruppe »Pro Digi« als ein Teilziel ihrer gemeinsamen Arbeit herausfinden.



Fotos (3): Jochen Taack



»Pro Digi«-Projektleiterin Mareike de Valck



Rainer Pannenbäcker (Direktor LZPD - r.) und weitere Teilnehmer der Veranstaltung

Diagnose von Nutzfahrzeugen

Deutschlandweit ist »Pro Digi« das erste Projekt, das sich mit der Sicherung digitaler Fahrzeugspuren in dieser Intensität beschäftigt. Dennoch gibt es bereits einige Behörden, in denen digitale Fahrzeugdaten ausgelesen werden. Sascha Teja Liebmann, Polizeibeamter beim »Verkehrsdienst Autobahn« des Polizeipräsidiums Dortmund, zeigte den rund 40 Mitgliedern der Projektgruppe ein Beispiel aus der Praxis: Das Auslesen und Auswerten der Daten eines Lastkraftwagens mit Anhänger. Liebmann und seine Kolleginnen und Kollegen können mithilfe eines Auslesegerätes erfolgreich Manipulationen an Kontrollgeräten oder technische Mängel an Nutzfahrzeugen aufdecken. Das Gerät wird unter anderem an das Bremsensteuergerät des Sattelaufhängers angeschlossen. So können zum Beispiel die Fahrzeiten des Sattelaufhängers nachgewiesen und mit den Daten aus den Kontrollgeräten abgeglichen werden.

Schärferes Urteil dank digitaler Daten

Dr. Michael Weyde, Sachverständiger für Straßenverkehrsunfälle und Auswertung von Unfalldatenspeichern aus Berlin, berichtete über den Verkehrsunfall vom Jahresbeginn 2016 in Berlin, der anschließend unter der Schlagzeile »Gericht verurteilt Raser erstmals wegen Mordes« Aufsehen erregte. Dieser Präzedenzfall in der Rechtsprechung wurde in erheblichem Maße durch ausgelesene digitale Fahrzeugspuren ermöglicht. Michael Weyde rekonstruierte den Unfall anhand herkömmlicher analoger Fahrzeugspuren und bekräftigte seine Ergebnisse anschließend mit der exakten Unfallreproduktion durch die digitalen Spuren. Diese erlauben eine kleinteilige und dadurch viel genauere Rekonstruktion der Ereignisse. »Man erzielt Genauigkeiten, die mit der klassischen Verkehrsunfallaufnahme nicht zu erzielen sind«, erklärte der Gutachter beim Expertentag.

Fragen zum Datenschutz

Dr. Richard Jansen, Jurist einer weltweit tätigen Kanzlei, die Autokonzerne in allen Angelegenheiten des Datenschutzes berät, erläuterte die Probleme der Wirtschaftsunternehmen, wenn staatliche Organe die Auswertung der Daten fordern. Nach dem Vortrag diskutierten die Projektmitglieder angeregt darüber, wer die Daten in den Fahrzeugen eigentlich besitzt und dass es für Ermittlungsbehörden generell notwendig sei, Einsicht in diese Daten zu nehmen.

Es referierten noch weitere Experten über Daten, digitale Unfallspuren und die Auswertungsmöglichkeiten.

Projektleiterin Mareike de Valck freute sich darüber, dass es nach der Einfindungsphase in das Projekt nun richtig losgehen kann. »Dieses Thema wird immer weiter und immer größer, und wir müssen uns jetzt fokussieren«, erklärte die Dezernentin aus dem LZPD NRW das weitere Vorgehen. Die Komplexität hat dennoch ihren Preis: Der Abschlussbericht der Projektgruppe ist voraussichtlich nicht vor Ende Juni 2019 zu erwarten.

/// Claudia Franken, LZPD NRW

Polizei als größte Menschenrechtsschutzorganisation »Tag der Menschenrechte« an der FHÖV NRW



Fotos (2): - lochen Tack

Wie kann man bei einer Eingriffssituation einerseits seinen polizeilichen Pflichten nachkommen und andererseits die Menschenrechte der in Gewahrsam genommenen Person achten?

Zum »Tag der Menschenrechte« kamen im November an allen Standorten der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen (FHÖV NRW) Experten, Polizistinnen und Polizisten, Vertreter von Hilfsorganisationen und Studierende zusammen, um über das Thema Menschenrechtsschutz zu diskutieren. Workshops, Podiumsdiskussionen und andere Angebote gewährten Einblicke in die wichtigsten Streitthemen, ermöglichten einen Perspektivwechsel und thematisierten auch die Anforderungen an das polizeiliche Handeln. Prof. Dr. Tobias Trappe, Ethik-Dozent an der FHÖV NRW, fasst für die »Streife« den Verlauf des Menschenrechtstags zusammen. Dabei geht er auch auf die Frage ein, warum der Menschenrechtsschutz gerade für die Polizei so wichtig ist.

Welche Organisation zum Schutz der Menschenrechte ist die größte: Amnesty International oder Human Rights Watch? Keine von beiden. Es ist die Polizei. Polizeiarbeit ist Menschenrechtsschutz – nicht nur als Programm, sondern auch ganz praktisch: Angefangen von der einsatzbegleitenden Kommunikation über den wertschätzenden Umgang mit hilflosen Personen bis hin zu lebensgefährlichen Einsätzen bei Amoklagen oder Terroranschlägen. Deswegen gehört Menschenrechtsbildung für eine rechtsstaatliche Polizei zu den fest etablierten Bestandteilen der Ausbildung in Theorie, Training und Praxis und zieht sich wie ein roter Faden durch das gesamte Studium.

Was bedeutet Menschenrechtsbildung?

Nicht zuletzt unter dem Eindruck der 2011 veröffentlichten »UN-Declaration on Human Rights Education and Training« (UNDHRET) wurde die Menschenrechtsbildung im neuen Studiengang Polizeivollzugsdienst noch weiter ausgebaut. Dem liegt ein weit gefasstes Verständnis von Menschenrechtsbildung zugrunde. Vermittelt wird nicht nur das Wissen über Menschenrechte, ihre Entstehung, relevante Dokumente, Institutionen und Verfahren auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene. Menschenrechtsbildung will darüber hinaus auch eine positive Haltung gegenüber der Würde des Menschen und den darin begründeten Menschenrechten stärken sowie solche Fähigkeiten ausbilden und fördern, durch die die grundlegenden Rechte eines jeden Menschen geachtet, geschützt und gewährleistet werden. Für jeden Polizeibeamten und jede Polizeibeamtin lässt sich daher der Auftrag der Menschenrechtsbildung in die folgende Formel des Politikwissenschaftlers Karl-Peter Fritzsche bringen: »Kenne und achte die Menschenrechte deiner »Klientel« und erfülle die sich aus deiner Position und Profession ergebenden menschenrechtlichen Verpflichtungen!«



Wie geht man mit delinquenten Personen im öffentlichen Raum so um, dass man sein Ziel erreicht, ohne die Menschenrechte des anderen aus den Augen zu verlieren?

Menschenrechtsschutz ist nicht einfach

So richtig diese Forderung, so leicht sie sich erheben lässt und so klar sie im Selbstverständnis der Polizei verankert ist, so schwierig bleibt doch bisweilen ihre Umsetzung unter den konkreten Bedingungen der polizeilichen Arbeit. Sie ist schwer,

- > weil der Schutz von Menschenrechten oftmals mit einem Eingriff in Menschenrechte einhergeht, also schon in sich eine hochkomplexe Leistung darstellt
- > weil Achtung und Schutz von Menschenrechten gerade in konfliktbeladenen Situationen oder in konfliktbelasteten Gebieten, aber auch gegenüber besonders verletzlichen Gruppen (»vulnerable groups«) von den einzelnen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten hohe emotionale und soziale Fähigkeiten (etwa den Perspektivwechsel) verlangen
- > weil der Schutz von Menschenrechten anderer von dem Polizeibeamten und der Polizeibeamtin die prinzipielle Bereitschaft einschließt, in den jeweils eigenen Menschenrechten eventuell verletzt zu werden
- > weil der alltäglich praktizierte Menschenrechtsschutz der Polizei regelmäßig als weiter nicht erwähnenswerte Selbstverständlichkeit unsichtbar bleibt, wogegen etwa menschenrechtlich problematische Einsätze schnell zu medial inszenierten oder politisch instrumentalisierten Skandalen führen können
- > weil Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte bisweilen in einen wahren Abgrund individueller, sozialer und gesellschaftlicher Deformationen und Degenerationen blicken, in dem die universalen und unteilbaren Menschenrechte immer wieder neu verhöhnt, missachtet und verletzt werden
- > weil Menschenrechtsschutz schließlich auch von der Organisation Polizei verlangt, sich regelmäßig und offen mit kritischen Fragen und Forderungen von zivilgesellschaftlicher Seite auseinanderzusetzen, etwa nach strukturellen oder institutionellen Veränderungen. >

Ein »Tag der Menschenrechte« an der FHÖV NRW

Angesichts dieser und anderer Herausforderungen fand jetzt erstmals landesweit der neu geschaffene »Tag der Menschenrechte« an der FHÖV NRW statt. An diesem von den Dozenten frei gestaltbaren Tag konnten die komplexen Verpflichtungen der Polizei für den Schutz der Menschenrechte an den einzelnen Standorten der Hochschule in besonderer Weise sichtbar gemacht werden. Gemeinsames Ziel der zahlreichen und vielfältigen Veranstaltungen war es, einerseits die positive Einstellung der Studierenden gegenüber der Würde und den grundlegenden Rechten eines jeden Menschen zu stärken und andererseits die Bedeutung der Menschenrechte für den Einzelnen, für besonders verletzte Gruppen sowie für das Zusammenleben der Menschen insgesamt hervorzuheben.

Kontroverse Themen

Dass bei dem schwierigen Thema kritische Fragen zur Polizeiarbeit nicht ausbleiben, wurde bereits zum Auftakt in der Zentrale der FHÖV NRW in Gelsenkirchen deutlich. Neben dem ehemaligen nordrhein-westfälischen Justizminister Thomas Kutschaty hatten die Veranstalter um Prof. Dr. Christoph Giersch und Marcus Freitag auch Alexander Bosch von Amnesty International als Gastredner eingeladen. Seine teilweise provokativ vorgetragenen Thesen zu einer Kennzeichnungspflicht der Polizeibeamtinnen und -beamten führten zu intensiven und kontroversen Diskussionen, die ein Spannungsverhältnis zwischen Nichtregierungsorganisationen wie Amnesty International und der Polizei deutlich werden ließen. Darüber hinaus bot der Menschenrechtstag den Studierenden in Gelsenkirchen die Gelegenheit, sich in mehreren Workshops mit einer Reihe von »Grenzproblemen« des Menschenrechtsschutzes auseinanderzusetzen, etwa mit der Wirklichkeit von Armut, dem Problem der Abschiebung, den Herausforderungen des politischen Extremismus oder mit der Gewalt gegen Polizeibeamte.

Historische Dimensionen und aktuelle Herausforderungen

Dass das Themenfeld »Polizei und Menschenrechte« nur angemessen behandelt werden kann, wenn auch historische Hintergründe ausgeleuchtet werden, war ein besonderes Merkmal der durch Claudia Kaup und Dr. Christoph Riederer koordinierten Veranstaltungen in Münster. So wurde in einem von Referenten der Gedenkstätte Villa ten Hompel gestalteten Workshop deutlich, wie sehr die nationalsozialistische Diktatur auch auf eine funktionierende Polizei angewiesen war. Im Workshop wurde nicht nur der Beitrag des Polizeiapparates zum mörderischen Tun des NS-Staates in den Blick genommen, sondern es wurde auch über Motive und Handlungsspielräume der polizeilichen Täter diskutiert.

Dabei wurde allerdings auch deutlich, dass im Rahmen der polizeilichen Menschenrechtsbildung immer wieder neue tragfähige Antworten auf die Frage gefunden werden müssen, warum solche historischen Erkenntnisse die Polizeibeamtinnen und -beamten auch heute noch etwas angehen. Ergänzt wurde dieser Workshop durch Angebote, in denen das Problem des Rassismus bzw. rassistischer Einstellungen und Praktiken in der Gesellschaft, aber auch in der Polizeiarbeit (»racial profiling«) thematisiert wurden. Über die Frage, welche strukturellen und institutionellen Konsequenzen möglicherweise aus dem Vorwurf diskriminierender Polizeikontrollen gezogen werden müssen (etwa durch unabhängige Beschwerdestellen), wurde an den Studienorten Münster und Bielefeld intensiv diskutiert. Dieter Schmidt, der ehemalige Direktor des LAFP, machte darauf aufmerksam, dass nur eine offene Fehlerkultur und eine fortlaufende Auseinandersetzung mit dem eigenen polizeilichen Handeln ein menschenrechtskonformes Auftreten der Polizei sicherstellen könne. Ein besonderes Kennzeichen der von Pia Winkler und Michael Borowski konzipierten und organisierten und von Prof. Dr. Malte Schophaus sowie Prof. Dr. Jonas Grutzpalk moderierten Veranstaltung war die Konfrontation des Menschenrechtsschutzes mit der Herausforderung durch den Fundamentalismus. Hier gelang es der Islamwissenschaftlerin Prof. Dr. Christine Schirrmacher, das thematische Dickicht von Islam, Islamismus, Migration, Unterdrückung und Terror zu lichten und den Studierenden einen klaren Blick auf die Menschenrechtslage im Nahen Osten sowie in Europa zu ermöglichen. Schnell entzündete sich eine intensive Diskussion darüber, aus welchem Grund junge Mädchen in Europa sich salafistischen Gruppen anschließen und weshalb islamistische Prediger auf große Resonanz gerade bei sozial randständigen jungen Männern stoßen.

Heiligt der Zweck jedes Mittel?

Beim Menschenrechtstag in Köln unter der Leitung von Prof. Dr. Eike Bohlken erwartete die Teilnehmenden mit dem »Fall Daschner« ein ungewöhnlicher Programmpunkt. In Form einer fiktionalen und interaktiven Gerichtsverhandlung, bei der Studierende eigene Plädoyers ausarbeiteten, ging es um die umstrittene Frage, ob ein guter Zweck wirklich jedes Mittel legitimiert. Ob man etwa, wie 2002 der damalige stellvertretende Frankfurter Polizeipräsident Wolfgang Daschner es anordnete, einem Verdächtigen Folter androhen darf, um das Versteck eines entführten Kindes zu erfahren. Das Programm enthielt weitere Großveranstaltungen mit bis zu 450 Teilnehmerinnen und Teilnehmern wie die Vorführung und Diskussion des Films »Der Rassist in uns« und eine Podiumsdiskussion zum Thema »Human abschieben?«. Kleinere Formate behandelten polizeiliche Präventionsprojekte wie »Kurve kriegen«



Foto: Jochen Trück

Durch das Aufsetzen einer Rauschbrille konnten sich Auszubildende in die Lage einer volltrunkenen Person versetzen. So lernten sie, deren körperliche Reaktionen besser einzuschätzen.

und »Klar kommen«, thematisierten den Wandel der Volkspolizei zu einer rechtsstaatlich-demokratischen Polizei und widmeten sich dem Erlebnisbericht eines syrischen Flüchtlings. Fragen des Menschenrechtsschutzes wurden zudem anhand von Präsentationen sozialpsychologischer Experimente diskutiert sowie anhand einer von Studierenden vorbereiteten Installation zu den Erlebnisperspektiven von Polizistinnen und Polizisten und Demonstranten auf dem G20-Gipfel in Hamburg. Einen solchen Perspektivwechsel ermöglichte auch eine Führung rund um den Kölner Dom durch einen ehemaligen Wohnungslosen. Hier öffnete sich für viele junge Polizeibeamte und Polizeibeamtinnen wohl erstmals die Möglichkeit, in die Lebenswelt von Wohnungslosen einzutauchen und Tageseinrichtungen wie die OASE oder das Gulliver kennenzulernen, die für ein Überleben auf der Straße wichtig sind. Ergänzt wurde das Programm durch die Ausstellung »Ordnung und Vernichtung. Die Polizei im NS-Staat« sowie Informationsstände von Amnesty International, des Weißen Rings, der Christlichen Polizeivereinigung und der Opferschutzbeauftragten des Polizeipräsidiums (PP) Köln.

Perspektiven wechseln, Vorurteile abbauen

Zentrales Thema des von Judith Palm und Holger Engels organisierten Dortmunder Menschenrechtstages waren die Probleme von Menschen, die auf der Schattenseite unserer Gesellschaft leben. Hier bekamen die Studierenden die Möglichkeit, unterschiedliche Einrichtungen näher kennenzulernen, die sich um Menschen am Rande der Würde wie Obdachlose, Arme bzw. von Armut bedrohte oder delinquente Jugendliche kümmern. Der Besuch dieser Einrichtungen wie der Mitternachtsmission oder der Frauen-Übernachtungsstelle sowie das gemeinsame Gespräch über die neuen Erfahrungen war für beide Seiten ein besonderer Gewinn. Die Studierenden bekamen ein authentisches Gefühl für die soziale Realität und die existenzielle Bedeutung von Armut, während die besuchten Einrichtungen ihrerseits dankbar waren für die Chance, ihre Arbeit den künftigen Polizeibeamten und -beamtinnen näher bringen zu können. Solche Begegnungen helfen dabei, wechselseitige Vorbehalte und Vorurteile abzubauen oder gar nicht erst entstehen zu lassen. >



Beim »Tag der Menschenrechte« wurde unter den Fachleuten kontrovers diskutiert.

Gemeinsam über Menschenrechte sprechen

Am Studienort Hagen dominierte vor allem der Versuch, eine breite Diskussion menschenrechtsrelevanter Fragen in Gang zu setzen und damit Menschenrechte sowie ihren Schutz zu einem öffentlichen Thema innerhalb der Polizei zu machen. Unter der Leitung von Prof. Dr. Thorsten Müller, Prof. Dr. Thorben Winter,

Sabine Ney, Matthias Stascheit und Thomas Hammermeister-Kruse konnten sich die Studierenden in wechselnden Gruppen mit Fragen einer menschenrechtskonformen Haltung, der Geschichte der Menschenrechte, ihrer internationalen Missachtung und Verletzung oder mit kriminalistischen Aspekten des Menschenrechtsschutzes auseinandersetzen.



Fotos (4): Jochen Tack

Viele Statements brachten die angehenden Polizistinnen und Polizisten ins Nachdenken darüber, welche Verantwortung für die Einhaltung der Menschenrechte mit ihrer künftigen Arbeit bei der Polizei NRW verbunden ist.



Wichtig ist, sich in die anderen hineinversetzen zu können. Das gilt auch für den späteren Umgang im Polizeivollzugsdienst mit Menschen mit körperlichen Handicaps.

begleitet, darunter eine Podiumsdiskussion mit Dr. Anja Bienert von Amnesty International (Niederlande), dem Kriminologen Prof. Dr. Tobias Singelstein, Volker Huß (GdP NRW) sowie Reinhard Mokros, dem Präsidenten der FHÖV NRW.

Ein neues Gefühl für den Wert der Polizeiarbeit

Der »Tag der Menschenrechte« ist nur ein einzelner Tag. Die Polizei hingegen ist der Alltag des Menschenrechtsschutzes. Eben dieser Alltag ist die eigentliche Herausforderung. Denn wie jeder Alltag so ist auch der Alltag des Menschenrechtsschutzes oft grau und unspektakulär, sodass sich schnell das Gefühl dafür verliert, dass gerade in diesem alltäglichen Schutz der Menschenrechte der eigentliche Wert und die Würde der polizeilichen Arbeit liegt.

/// Prof. Dr. Tobias Trappe, FHÖV NRW

Theorie, Training und Praxis des Menschenrechtsschutzes

Eine besondere Vielfalt an Themen und Fragestellungen zum Menschenrechtstag der FHÖV NRW boten auch die Angebote der Abteilung Duisburg. Gemeinsam mit Vertretern aus der Praxis hatten die Organisatoren Prof. Dr. Dorothee Dienstbühl und Prof. Dr. Tobias Trappe zahlreiche externe Gäste aus Arbeitsfeldern und Organisationen eingeladen, die für den polizeilichen Menschenrechtsschutz zuständig sind. So hatten die Studierenden die Möglichkeit, im Gespräch mit Vertretern der »Initiative Schwarze Menschen in Deutschland« (ISD) oder der »Frauenberatungsstelle Düsseldorf« eine Außenperspektive auf ihre Arbeit zu erhalten. Einen ersten inhaltlichen Schwerpunkt bildete dabei die Begegnung mit Flüchtlingen bzw. Flüchtlingsberatern vom Psychosozialen Zentrum (PSZ) in Düsseldorf. Ein weiteres zentrales Thema war die Auseinandersetzung mit dem sogenannten Freiheitsentzug, worüber sowohl beim Gewahrsamsdienst des PP Düsseldorf als auch in mehreren Workshops mit Vertretern der »Nationalen Stelle zur Verhütung von Folter« in Wiesbaden diskutiert wurde. Im Mittelpunkt von zahlreichen Workshops und einem Erlebnisparkours, bei dem die Studierenden Erfahrungen aus Sicht von Behinderten sammeln konnten, standen zudem die Konsequenzen der UN-Behindertenrechtskonvention – nicht zuletzt auch für den Umgang mit nach einem Dienstunfall behinderten Polizistinnen und Polizisten. Einen weiteren Schwerpunkt bildeten Trainings zum Thema »Menschenrechte und Eingriffstechniken«. Solche praktischen Dimensionen des Menschenrechtsschutzes wurden von zahlreichen Workshops und Veranstaltungen



Abteilung 4 – Ausbildung Bachelor des LAFP NRW Aus vier mach eins: Ausbildung neu organisiert und aus einer Hand

Seit Juni 2017 ist die Bachelor-Ausbildung beim Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei NRW (LAFP NRW) in einer Abteilung mit Sitz und Leitung in Selm organisiert. Die bislang in vier verschiedenen Abteilungen wahrgenommenen Aufgaben des LAFP NRW im Rahmen der nordrhein-westfälischen Polizeiausbildung wurden in der neuen Abteilung 4 – Ausbildung Bachelor gebündelt. Von hier aus erfolgen die Koordination der Abteilung und der Trainings sowie die Abstimmungen mit den anderen Bildungsträgern des Bachelor-Studiums »Polizeivollzugsdienst«. Die jüngste ist zugleich die größte Abteilung des Landesamtes. Über 400 Mitarbeitende bereiten die angehenden Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärter auf ihre künftigen Aufgaben im Polizeidienst vor.

Warum eine Abteilung »Ausbildung Bachelor«? »Wir müssen uns verändern, damit es bleibt wie es ist.« Mit diesen Worten gab Michael Frücht, Direktor des LAFP NRW, im Herbst 2016 den Anstoß zu umfassenden Organisationsanpassungen der eigenen Behörde. »Wir alle werden tagtäglich mit neuen Phänomenen und Herausforderungen konfrontiert, auf die wir als Gesamtorganisation Polizei angemessen reagieren müssen. So kommen auf uns als LAFP NRW neue Aufgaben zu, andere Aufgaben müssen angepasst werden. Gemeinsam werden wir dazu Bewährtes weiterentwickeln und zugleich die notwendigen organisatorischen Anpassungen vornehmen, um die hohe Qualität unserer Aufgabenerfüllung langfristig und effizient zu sichern«, so Frücht. Neben Entwicklungen beim E-Government der Polizei NRW, der Einführungsfortbildung – Kriminalpolizeiliche

Sachbearbeitung, der behördlichen und landeszentralen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie bei der Fortbildung im Bereich Technik und Cybercrime erforderte insbesondere die Ausbildung aufbauorganisatorische Anpassungen des polizeilichen Bildungsträgers.

So stieg die Zahl der Auszubildenden bei der Polizei NRW kontinuierlich von 500 auf mittlerweile 2.300 Studierende jährlich. Durch Änderungen des Studienverlaufs im Jahre 2016 erhöhten sich die jährlichen Trainingszeiträume im LAFP NRW von 31 auf künftig 50 Wochen. Ebenso wurden Veränderungen der Studieninhalte vorgenommen. Mit dem Zusammenlegen der Ausbildungsbereiche wird die hohe Qualität der Aufgabenerfüllung langfristig und effizient gesichert und das LAFP NRW zukunftssicher ausgerichtet. Kriminaloberrat Lothar Sandkühler, verantwortlich für die Koordination der Neuorganisation



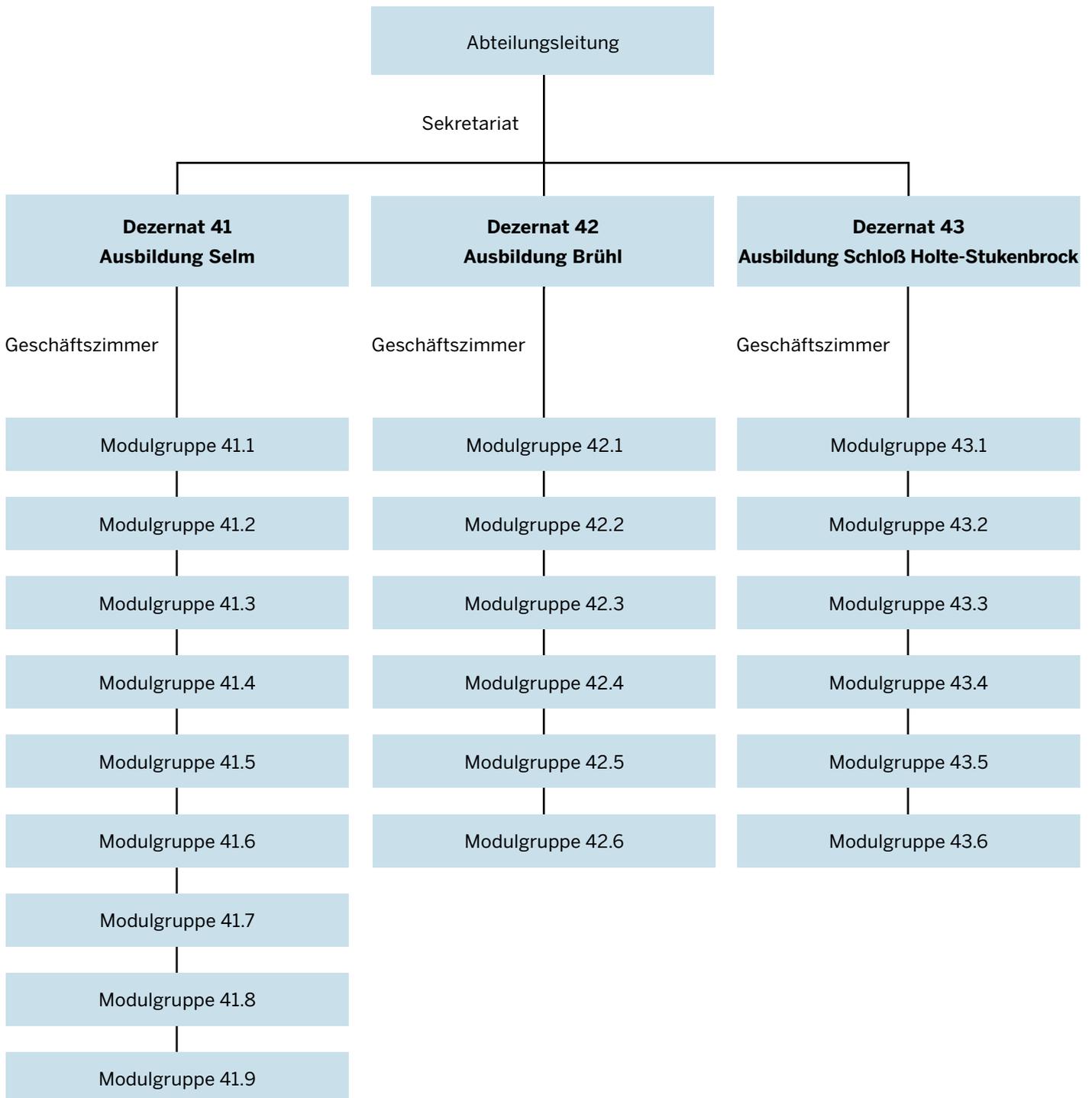
Foto: David Roßberg

Begrüßung der neuen Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärter im LAFP NRW Standort Selm-Bork

des LAFP NRW, wird konkret: »Konzentration der Themenverantwortung nach innen und außen, Verringerung von Schnittstellen, gebündelte Zusammenarbeit mit den weiteren Bildungsträgern der Polizeiausbildung NRW, der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung (FHöV) NRW und den

Einstellungs- und Ausbildungsbehörden, Synergien im Bereich Trainings- und Personalplanung und Ressourcen, mehr Flexibilität – alles das sind Aspekte gewesen, die eindeutig für die Abteilung Ausbildung sprachen.« >

Abteilung 4 – Ausbildung Bachelor



Klare Verhältnisse mit der Ausbildung aus einer Hand

Pünktlich zum 2. Juni 2017 war es soweit: Die neue Abteilung 4 – Ausbildung Bachelor hatte ihre Arbeit aufgenommen. Seitdem sind alle Organisationsbereiche der Bachelor-Ausbildung im LAFP NRW in einer Abteilung zusammengeführt – Training, Koordinierung und Grundsatzfragen der Ausbildung erfolgen zukünftig aus einer Hand. Die bisher in vier Abteilungen wahrgenommenen Aufgaben des LAFP NRW im Rahmen der Bachelor-Ausbildung sind seitdem gemeinsam unter einem Dach in einer neuen Abteilung zusammengeführt. Die Abteilungsleitung befindet sich zusammen mit dem Sekretariat am Sitz des LAFP NRW in Selm. Das fachpraktische Training in den Ausbildungsdezernaten wird weiterhin unverändert an den Standorten Selm, Brühl und Schloß Holte-Stukenbrock durchgeführt. Die Mitarbeiter des bisherigen Bereichs »Grundsatzfragen und Koordinierung der Ausbildung« verstärken mit ihrer Fachexpertise das neue Sekretariat der Ausbildungsabteilung. »Mit der formalen Umsetzung der Neuorganisation war sie allerdings für uns bei weitem nicht abgeschlossen«, erinnert sich Polizeidirektorin Ursula Holz, Leiterin des Dezernats 41 – Ausbildung Selm und stellvertretende Leiterin der neuen Abteilung. Ging es doch in der Folge darum, die abteilungsinternen Prozesse zu entwickeln oder anzupassen. Welche Aufgaben und Tätigkeiten werden zentral wahrgenommen, welche dezentral, wie ist der Vorgangslauf, wann findet welche Besprechung statt, wer hat welche Themenverantwortung, wer vertritt das LAFP in den Gremien der FHÖV NRW und den Einstellungs- und Ausbildungsbehörden und viele weitere Fragen zu Geschäftsverteilung und Ablauforganisation standen zur Beratung und Entscheidung an. Daneben galt es für alle Beteiligten, sich in die neue Abteilung »einzufinden« – Rollen- und Teamfindungen, Aktuelle Stunden und Führungsworkshops standen genauso auf dem Programm wie die Einführung neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Und ganz nebenbei lief das qualitativ hochwertige Training im LAFP NRW unvermindert weiter.



Foto: David Roßberg

»2.300 Einstellungen – so viel wie noch nie. 2.300 junge Menschen zum Polizeibeamten auszubilden stellt eine große Herausforderung dar. Alle Kolleginnen und Kollegen der Ausbildungsabteilung sind hochmotiviert. Sie leisten mit großem Engagement und persönlichem Einsatz einen wesentlichen Beitrag dafür, dass die Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärter das Ausbildungsziel erreichen und künftig die Polizeibehörden verstärken.«

Michael Stein, Leitender Polizeidirektor (LPD)

Bürgerorientierte, einsatzkompetente und aktuelle Polizeiausbildung

Die künftigen Polizistinnen und Polizisten trainieren im dreijährigen Bachelor-Studium insgesamt 25 Wochen intensiv unter Anleitung von didaktisch und fachlich besonders qualifizierten Lehrenden. Studieninhalte wie z. B. Verkehrsunfallaufnahme, Ordnungsstörungen oder Schieß- und Fahrtrainings befähigen die Studierenden, Aufgaben des Wachdienstes zu erfüllen. Neben den täglichen Polizeieinsätzen sind Kenntnisse der Kriminalitätssachbearbeitung, der Verkehrssicherheitsarbeit und Handlungsabläufe in besonderen polizeilichen Lagen wichtige Themen der verschiedenen Trainingsmodule. Realitätsnahe Übungen fördern die Einsatzkompetenz der Auszubildenden genauso wie einen professionellen Umgang mit den Bürgerinnen und Bürgern. Die bürgerorientierte, einsatzkompetente und stets aktuelle Polizeiausbildung ist dem Leitenden Polizeidirektor (LPD) Michael Stein ganz besonders wichtig.

Der erfahrene Stabs- und Einsatzmann leitet die neue Abteilung 4 - Ausbildung Bachelor des LAFP NRW: »Wichtiges Ziel und durchgängiger Themenschwerpunkt ist die hohe Einsatzkompetenz der angehenden Polizisten. Die Gewalt gegen Polizeivollzugsbeamte nimmt zu. Daher legen wir auf Eigensicherung ganz besonderen Wert.« In bewährter Zusammenarbeit mit der FHÖV NRW, den zehn Einstellungs- und Ausbildungsbehörden sowie den Fachabteilungen des LAFP NRW entwickelt die Ausbildungsabteilung den Studiengang in diesem Sinne stetig fort.

Neue Aufgaben und Herausforderungen

»Absolute Priorität hat die unverändert hochqualifizierte dreijährige Ausbildung von bis zu 6.900 Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärtern in drei Einstellungsjahrgängen«, bringt LAFP-Direktor Frücht die klare Richtung und zugleich große Herausforderung der Polizeiausbildung in NRW auf den Punkt. Und auch intern steht die Abteilung 4 – Ausbildung

Bachelor vor weiteren Aufgaben: Schwerpunkt ist zum einen, die Trainings in den drei Ausbildungsstandorten qualitätsorientiert weiterzuentwickeln. Bedingt durch die Studienreform ist zum anderen die fachliche und didaktische Vorbereitung der Lehrenden fortzuentwickeln – Inhalte sind neu zu konzipieren, Qualifizierungszeiten parallel zum Training zu planen, ebenso wie die Urlaubszeiten. »Die Personalplanung muss infolge veränderter Rahmenbedingungen rund um die Ausbildung angepasst werden. Wir müssen sorgfältig prüfen, an welchen Stellschrauben wir drehen können. Dabei werden wir die hohe Qualität unserer Ausbildung stets im Blick behalten und auch in Zukunft sicherstellen«, so Abteilungsleiter Stein.

/// Andre Niewöhner, LAFP NRW



Foto: Jochen Tack

Im Ausbildungszentrum werden die Polizisten auf schwierige Einsatzlagen vorbereitet.



Foto: Jochen Tack

LPD Andreas Lezgus

Bundesweites Programm »Polizei 2020« Polizist aus NRW übernimmt die Leitung

Der Leitende Polizeidirektor (LPD) Andreas Lezgus wird im vierten Quartal des Jahres 2017 das Landesamt für zentrale polizeiliche Dienste (LZPD) in Duisburg verlassen – er übernimmt beim Bundeskriminalamt in Wiesbaden die Leitung des Programms »Polizei 2020«, einer Initiative des Bundesinnenministeriums zur Verbesserung des Informationsaustausches der Polizeien von Bund und Ländern.

Lezgus hat die polizeiliche IT-Entwicklung in NRW von Beginn an begleitet. Als er 1981 bei der Polizei anfang, standen dort noch Schreibmaschinen in den Büros. Die ersten Dienstrechner kamen zehn Jahre später. Zunächst gab es nur Einzelplatz-PCs, dann entstanden behördenweite Netzwerke, die später zu landesweiten Netzwerken ausgebaut wurden. Heute sind bei der Polizei NRW mehr als 100 Fachanwendungen im Einsatz. Für die Abteilung 1 des LZPD arbeiten aktuell 140 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie etwa 60 externe Berater. Ihr Chef heißt seit fünf Jahren Andreas Lezgus. In seiner aktuellen Position ist er schon jetzt viel in Bund und Ländern unterwegs: »Wo macht es gemeinsam Sinn zu kooperieren und investieren? Wie ist die strategische Produktentwicklung der häufig weltweit agierenden IT-Firmen? Welche Geschäftsmodelle verändern sich in Zeiten der zunehmenden Digitalisierung? Diese Kenntnisse sind besonders wichtig, damit wir das IT-Budget der Polizei NRW möglichst langfristig sinnvoll ausgeben.« Dabei muss Lezgus immer auf polizeiliche Besonderheiten Rücksicht nehmen: »Das betrifft vor allem rechtliche Vorgaben sowie unterschiedlich gewachsene Datenstrukturen.« Das Ergebnis ist bislang stets eine hoch komplexe IT-Anwendungslandschaft bei den Polizeien von Bund und Ländern.

Agile Apps statt komplexer Individualsysteme

In Zukunft wird die Polizei nicht mehr die Zeit für die Entwicklung von komplexen Individualsoftwarelösungen in mehreren Ländern haben, die jeden möglichen Sachverhalt abdecken, meint Andreas Lezgus: »Wir werden in den nächsten Jahren viele kleinere Fachanwendungen auf intelligenten zentralen technischen Plattformen gestalten, die sich noch mehr am praktischen Bedarf der Polizeibeamtinnen und -beamten orientieren. Diese IT-Lösungen müssen sie schneller erreichen. Die Kolleginnen und Kollegen sammeln dann erste Erfahrungen und anschließend muss die Anwendung mit ihnen im Dialog optimiert werden. Wenn wir weiter auf große Individualsysteme setzen, bei denen wir in einem Jahr Spezifikationen und Fachkonzepte schreiben, im nächsten Jahr entwickeln und erst im dritten Jahr an die Kollegen rangehen, werden wir von der enorm schnellen technischen Entwicklung überholt.«

DIE AUFGABEN DER ABTEILUNG 1 »POLIZEILICHE IT-ANWENDUNGEN« IM LZPD

- > Unterstützung der Kreispolizeibehörden in allen IT-Fragen
- > Informationssicherheit und IT-Risikomanagement
- > Entwicklung und Betreuung von etwa 100 Fachanwendungen
- > Zentrale Softwareentwicklung für die Polizei NRW

Klare Vorstellungen für die neue Aufgabe

Mit dieser Vision tritt Andreas Lezgos jetzt auch sein neues Amt in Wiesbaden an. Er übernimmt die Leitung des Programms »Polizei 2020«, einer Initiative des Bundesinnenministeriums zur Verbesserung des Informationsaustausches der Polizeien von Bund und Ländern. »Wesentliche polizeiliche IT-Systeme sollen künftig zentral beim BKA einheitlich und auf modernen Plattformen betrieben werden. Dadurch soll die Mehrfachentwicklung von Software für eigentlich vergleichbare polizeiliche Fachaufgaben reduziert werden«, erklärt der künftige Leiter des Programms. Die Aufgabe lautet: Aufbau einer zentralen digitalen Plattform, auf der eine Vielzahl von einheitlichen IT-Lösungen für Bund und Länderpolizeien betrieben werden können. Diese Standardlösungen müssen so flexibel sein, dass Länder mit regionalen Besonderheiten einzelne standardisierte Module für eigene Anwendungsszenarien nutzen können, ohne die zentrale Datenqualität zu gefährden.

Erste Projekte wie etwa ein einheitliches Fallbearbeitungssystem und ein polizeilicher Analyse- und Auswerteverbund wurden bereits im Rahmen des Programms »Polizei 2020« gestartet. »Diese Einzelprojekte sind jetzt in ein strategisches Programm überführt worden und das werde ich in den nächsten Jahren leiten«, erläutert Lezgos. Am Ende wird auf Augenhöhe mit den aktuellen technischen Entwicklungen eine »intelligente digitale polizeiliche Plattform« stehen, die die Polizeiarbeit in Deutschland besser, schneller und damit auch erfolgreicher machen soll.

Im Bundeshaushalt stehen für das Programm »Polizei 2020« etwa 200 bis 300 Millionen Euro Budget bereit. Aktuell gibt es in Wiesbaden einen IT-Stab mit etwa 25 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Diese Gruppe soll in naher Zukunft auf etwa 70 Personen erweitert werden, um die entsprechenden Entwicklungen zu planen. Das BKA in Wiesbaden wird dadurch zu einem zentralen polizeilichen IT-Dienstleister – es wird also in etwa dieselbe Funktion auf Bundesebene übernehmen, die das LZPD auf Landesebene innehat. »Die neue Aufgabe ist somit die logische Fortsetzung meiner bisherigen Tätigkeit«, betont Lezgos.

»Wir ersetzen die bisherige polizeiliche Datenlandschaft als Teil eines groß angelegten Modernisierungsprojektes durch ein übergreifendes Informationssystem beim BKA.«

Thomas de Maizière, Bundesinnenminister

Daten nur noch einmal erfassen

Der Weg zu einer noch engeren Zusammenarbeit zwischen Bundes- und Landesbehörden auf IT-Ebene wird lang und nicht einfach. Das ist Andreas Lezgos klar: »Es gehört eine Menge Mut dazu, wenn man in einem großen föderalen System vereinheitlichen will. Dies geht nicht durch einen einfachen Kauf einer neuen Lösung, sondern hier müssen die Länder mitgestalten und auch verkraftbar ihre Prozesse harmonisieren können. Aber mein Eindruck ist, dass die Landesinnenminister vor dem Hintergrund der terroristischen Bedrohung festgestellt haben, dass sie etwas verändern müssen. Einheitliche zentrale IT-Lösungen sind heute in Zeiten der zunehmenden Digitalisierung ein sehr wichtiger Baustein dazu. Das betrifft beispielsweise die Erfassung von Personeninformationen für die Fahndung. Wir müssen diese Daten künftig nur noch einmal erfassen und nicht in jedem Bundesland neu und in unterschiedlicher Form.«

Veränderungen geschehen zu langsam

Die IT-Strukturen der Polizei in Deutschland steht nach seiner Überzeugung vor vielen großen Herausforderungen. Die bestehende Anwendungslandschaft in Bund und Ländern ist zu komplex geworden und die Abstimmung mit einer Vielzahl von Gremien gestaltet sich äußerst schwierig: »So gibt es etwa einen Planungsverbund »Personen- und Sachfahndung«. Aber dort schaffen wir im Jahr nur wenige Änderungen, und das in einem sehr aufwändigen Verfahren.« Auch angesichts des Drucks der Harmonisierung auf europäischer Ebene muss die Polizei in Deutschland künftig sehr viel schneller reagieren. Zukunftschancen für die Optimierung der Polizeiarbeit sieht Lezgos beispielsweise in neuen digitalen Spurensicherungsmöglichkeiten und dem Einsatz von künstlicher Intelligenz bei der Auswertung von umfangreichen Massendaten. Die Gestaltung eines modernen und mobilen polizeilichen Arbeitsplatzes, der es in Echtzeit ermöglicht mit dem Bürger und allen Partnern der Inneren Sicherheit gut zusammenzuarbeiten. Ein Punkt ist ihm dabei besonders wichtig: »Wir haben uns in der Vergangenheit häufig bei der IT-Unterstützung nur auf die Automatisierung bestehender Prozesse und Strukturen auf lokaler Ebene konzentriert, ohne diese grundlegend in Frage zu stellen. Mit den neuen digitalen Möglichkeiten muss es jedoch gelingen, vorhandene Prozesse auch länderübergreifend ganz neu zu gestalten und zu verschlanken.«

Persönlich wird Lezgos seinen Wohnort weiter in Steinfurt im Münsterland beibehalten. Kurzfristig wird er im Gästehaus des BKA unterkommen und sich von dort aus ein Appartement oder eine kleine Wohnung in Wiesbaden suchen: »Ich habe mich für diese neue Herausforderung gemeinsam mit meiner Frau entschieden. Sie freut sich auch schon darauf, Wiesbaden kennenzulernen.« // *Walter Liedtke*

Polizeistiftung NRW hilft in Notfällen

Unbürokratische Hilfe für Polizeibeschäftigte

Der Polizeiberuf führt immer wieder zu Gefahren für Leib und Leben. Trotz guter Ausbildung führen unvorhersehbare Ereignisse zu schweren Erkrankungen und Verletzungen. Die Polizeistiftung NRW leistet unbürokratische und schnelle Hilfe für alle Polizeibeschäftigten in besonderen Notlagen. Möglich wird das durch Benefizaktionen und Spenden aus den eigenen Reihen: So konnte der Stiftungsvorsitzende Diethelm Salomon im August 2017 die Rekordsumme von 5.500 Euro aus dem »Blaulichlauf« der 16. Bereitschaftspolizeihundertschaft Gelsenkirchen in Empfang nehmen. In der »Streife« erzählt er, wofür seine Stiftung diese und andere Spenden einsetzt.

Streife: Herr Salomon, wie überrascht waren Sie angesichts der beachtlichen Spendensumme von 5.500 Euro für die Polizeistiftung NRW aus dem Gelsenkirchener »Blaulichlauf«?

Salomon: Wahrscheinlich genauso überrascht wie die Organisatoren des Blaulichtlaufes selbst. Für uns war es die erste Zuwendung dieser Benefizveranstaltung. Ich kannte den Blaulichtlauf zuvor nicht, war aber von der enormen Anzahl an Teilnehmern und der tollen Organisation durch die Bereitschaftspolizistinnen und Polizisten beim Polizeipräsidium Gelsenkirchen rundum begeistert.

Streife: Wofür werden Sie die Spendengelder aus dieser und aus anderen Aktionen einsetzen?

Salomon: Es kommt garantiert den Betroffenen zugute, die im Dienst verletzt wurden oder bei Einsätzen Schaden genommen haben. Das können wir garantieren, weil wir ehrenamtlich tätig sind und durch das Ministerium des Innern NRW logistische



Diethelm Salomon

Foto: Jochen Taack

Unterstützung erhalten. Die Unterstützungsleistungen umfassen ein breites Spektrum an individuellen Hilfen für die Kolleginnen und Kollegen. Für verwundete Polizisten finanzieren wir die Beschaffung von Hilfsmitteln wie beispielsweise spezielle Rollstühle. Wir übernehmen die Bezahlung für notwendige psychiatrische Therapien, die von der Freien Heilfürsorge oder der Krankenkasse nicht erstattet werden. Wenn eine Polizeibeamtin oder ein Polizeibeamter infolge eines Einsatzes erkrankt und dienstunfähig geworden ist, können wir ihm Mietzuschüsse gewähren. Wenn Kolleginnen und Kollegen im Dienst verstorben sind, übernehmen wir beispielsweise die Beerdigungskosten und unterstützen Angehörige bis hin zum Abschluss von Ausbildungsversicherungen für die hinterbliebenen Kinder. In letzter Zeit kooperieren wir auch mit einer befreundeten bayerischen Stiftung und gewähren Erholungsaufenthalte in deren Einrichtungen.

Streife: Momentan planen Sie den Umbau einer alten Villa in Waldbröl, in dem künftig Kolleginnen und Kollegen nach schwerbelastenden Ereignissen einige Zeit Ruhe finden sollen. Wann kann die Umgestaltung des Gebäudes beginnen?

Salomon: Alle Baugenehmigungen sind bereits beantragt und auch genehmigt, sodass wir in Kürze mit dem Umbau beginnen können. Danach werden wir das Alte Forsthaus mit Leben erfüllen. Überall, wo unsere Hilfe gebraucht wird, ist Kolleginnen und Kollegen etwas Drastisches und Schlimmes widerfahren. Wir hoffen natürlich, dass möglichst wenige Menschen unsere Unterstützung in Anspruch nehmen müssen. Denjenigen, die unsere Hilfe brauchen, werden wir in unserem Haus künftig mit Wohnungen und Freizeitangeboten zur Erholung für die ganze Familie eine Auszeit verschaffen. Die Kosten dafür übernimmt unsere Stiftung.



Streife: Warum muss überhaupt eine Polizeistiftung in NRW für die Polizeibeschäftigten einspringen? Kümmert sich der Staat als Arbeitgeber nicht genug um das Wohl seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter?

Salomon: Im Grundsatz sind die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten bestens über das Land abgesichert. Es gibt allerdings immer Grenzbereiche. Natürlich bezahlt das Land für einen verletzten Polizisten den Rollstuhl, aber es zahlt vielleicht nicht die Beschaffung eines speziellen Sport-Rollstuhls, der einem Beamten die Möglichkeit geben würde, seinen bisherigen Sport ausüben zu können. Beim Umbau von Kraftfahrzeugen und Wohnungen gibt es zwar verschiedene Zuschüsse, die reichen aber nicht immer aus und werden deshalb von uns ergänzt. Es gibt auch wichtige Therapien, die von der Freien Heilfürsorge oder der Krankenkasse aber nicht anerkannt werden. Hier übernehmen wir für die Betroffenen die Kosten. Wir bezahlen immer dann, wenn das Land und vor allem die Krankenversicherung nicht dazu in der Lage sind. Selbstverständlich prüfen wir jeden Einzelfall.

Neben allen physischen Verletzungen helfen wir auch den Polizistinnen und Polizisten, die psychische Verletzungen erlitten haben. Sichtbare Narben oder Frakturen heilen in einem absehbaren Zeitraum, die Psyche jedoch nicht. Für einige Kolleginnen und Kollegen sind traumatische Erfahrungen, die sie vor vielen Jahren gemacht haben, noch immer so präsent, als sei es gerade erst geschehen. Zwar werden solche Erlebnisse teilweise verdrängt, aber niemals gänzlich vergessen. Manche Kolleginnen und Kollegen lehnen zunächst unsere Hilfe ab. Die Betroffenen melden sich aber nach längerer Zeit, weil die Traumata zeitverzögert eingesetzt haben. In diesem Fall unterstützen wir sie sofort. Hier können wir notwendige psychiatrische Therapien mit finanziellen Mitteln ermöglichen. Ebenfalls unterstützen wir die Kolleginnen und Kollegen bei logistischen Dingen und beraten sie bei allen notwendigen Formalitäten. Sind die persönlichen Probleme besonders schwerwiegend, reden wir in manchen Fällen auch mit den Vorgesetzten. Wir möchten im Sinne der Kolleginnen und Kollegen das Beste erreichen.

Streife: Bekommen Sie noch weitere Zuwendungen durch besondere Benefizveranstaltungen und Events wie dem Gelsenkirchener Blaulichtlauf?

Salomon: Eine weitere herausragende Unterstützung erhalten wir beispielsweise von dem Ensemble der Dance Company. Es besteht seit 1992 und führt mit 31 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten aus NRW semiprofessionelle Musicals in Stukenbrock und Bad Dürrenheim in Baden-Württemberg auf. Die Überschüsse aus diesen Veranstaltungen erhalten sowohl wir als Polizeistiftung NRW als auch die Polizeistiftung in Baden-Württemberg. Eine ganz außergewöhnliche Sache. Es ist wunderschön, dass Kolleginnen und Kollegen sehr engagiert Benefizkonzerte, Veranstaltungen und vieles mehr durchführen, um Stiftungen wie uns zu unterstützen.

Erst vor einigen Wochen war ich zudem in Münster beim Konzert »Pax Friedenstöne« mit dem Landespolizeiorchester unter der Leitung von Scott Lawton und den Polizeichören von Münster

und Ahaus. Dort wurde musiziert und die Zuschauer konnten eine Spende für uns geben. Häufig erlebe ich auch, wie Kolleginnen und Kollegen lieber auf eine große Abschiedsfeier verzichten und dafür kurz vor ihrem Ruhestand für die Polizeistiftung spenden. Natürlich bekommen wir auch viele Spenden von außerhalb. Ich halte übrigens häufig Vorträge in den Behörden. Manche kennen uns noch nicht, verstehen aber sofort, worum es unserer Stiftung geht und wie wichtig unsere Arbeit für sie selbst oder andere sein kann. Das regt sie zu Aktionen und Veranstaltungen an, um uns zu unterstützen.

Streife: Die Polizeistiftung NRW hat seit Kurzem einen komplett neuen Internetauftritt. Wie kam es dazu? Sind Sie mit dem Ergebnis zufrieden?

Salomon: Unsere bisherige Startseite wurde leider durch einen Angriff auf das Datensystem der Polizei in Nordrhein-Westfalen vernichtet. Dies haben wir zum Anlass genommen, eine komplett neue Startseite für unsere Stiftung zu gestalten. Den neuen Auftritt halten wir möglichst aktuell und stellen unsere Ziele und Leistungen dort ausführlich vor. Im Zuge des Umbaus des Alten Forsthauses werden wir die Besucher unseres Auftritts regelmäßig über den aktuellen Stand informieren und Bilder zu den Wohnungen und Freizeitmöglichkeiten im Haus einstellen. Die Kolleginnen und Kollegen sollen noch mehr über unsere Aktivitäten und die Möglichkeiten der Stiftung informiert werden. Außerdem wollen wir unseren Bekanntheitsgrad auch über die Polizei NRW hinaus ausweiten.

Streife: Wie offen wird Ihrer Meinung nach mit den Themen Verwundung und Tod im Dienstalltag der Polizei NRW umgegangen?

Salomon: Ich war erst kürzlich in der Ausbildungsstätte der Polizei in Selm-Bork. Dort fand die jährliche Gedenkfeier für die im Dienst verletzten und getöteten Polizeibeschäftigten statt. Es gibt dort auch eine Gedenkstätte, den »Wächter«, ein rund fünf Meter hoher rostiger Kamerad aus Eisen, der über die Polizisten wacht, geschaffen von dem Künstler Anatol Herzfeld, selbst ein ehemaliger Polizeibeamter. Dieses Kunstwerk ist in Verbindung mit unserer Stiftung entstanden. Wir haben damals Geld außerhalb des Stiftungszwecks zusammengetragen, um diese Gedenkstätte im Jahr 2011 schaffen zu können. Seitdem finden dort jährlich Gedenkveranstaltungen statt. Jede Polizeibehörde plant dort einmal eine Veranstaltung und kümmert sich um die gesamte Organisation und Durchführung. Dadurch erfährt der Umgang mit dem Thema Dienstunfälle und Tod eine ganz neue Wertschätzung. Ich würde deshalb sogar von einem echten Kulturwechsel innerhalb der Polizei sprechen. Wir verdrängen nicht, sondern gedenken der im Dienst Verstorbenen und sehen die Gefahren, die mit diesem Beruf zusammenhängen.

/// Das Gespräch führte Alexander Lorber



Diethelm Salomon, Stiftungsvorsitzender der Polizeistiftung NRW, dankte den Teilnehmenden für ihre Spenden.

Gelsenkirchener »Blaulichtlauf« 2017

Jeder Schritt eine gute Tat

Jeder Schritt der Teilnehmer des diesjährigen Blaulichtlaufes war ein Schritt für den guten Zweck. Ein Schritt, um zu zeigen, dass die Polizei nicht nur Exekutive ist, sondern ein Freund und Helfer für Mitmenschen, Arbeitskollegen und Kinder, denen es in der Vergangenheit nicht so gut ergangen ist.

Anfang August kamen 750 Läuferinnen und Läufer bei hervorragendem Wetter auf das Schulgelände der Gesamtschule Berger Feld in Gelsenkirchen-Erle, um gemeinsam für die gute Sache zu schwitzen. Die Einsatzhundertschaft Gelsenkirchen hatte die Veranstaltung organisiert.

Auf dem dortigen Gelände befand sich sowohl der Start- und Zielbereich als auch die Versorgung für alle Läufer und Gäste des »Blaulichtlaufes«. Bei Kuchen, Bratwurst, kühlen Getränken und einem netten Gespräch fanden sich nach dem Zieleinlauf sowohl Organisatoren als auch Gäste ein, um gemeinsam den Siegern der drei unterschiedlichen Strecken (5 km, 10 km, Halbmarathon) zu gratulieren und sie gebührend zu empfangen.

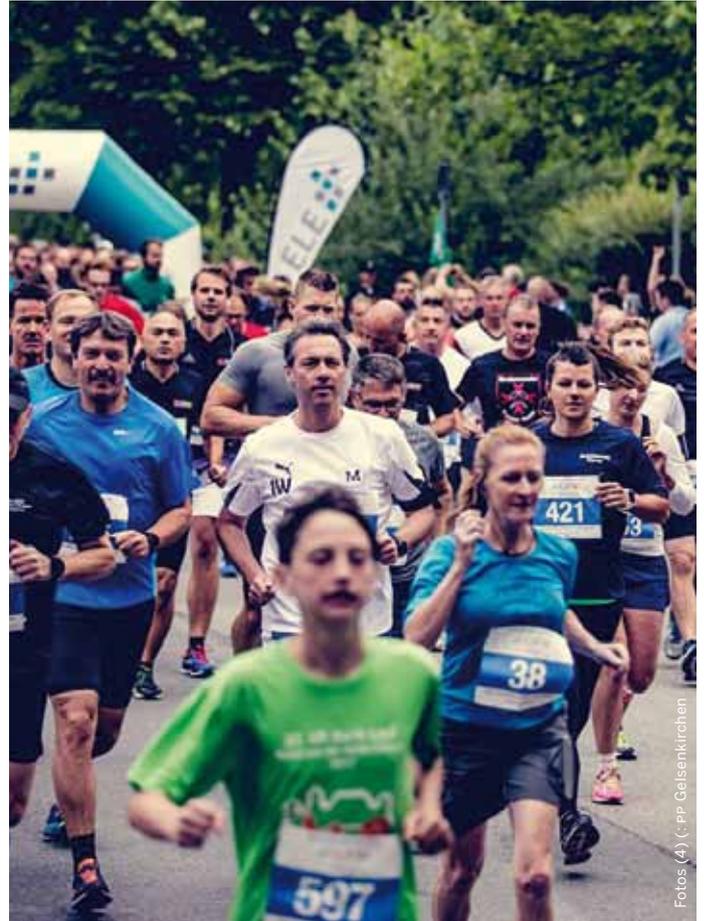
Zahlreiche Prominente am Start

Das Teilnehmerfeld bestand aus Polizeibediensteten aus dem gesamten Bundesland sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vieler anderer Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben. Aber auch viele Bürgerinnen und Bürger aus NRW fanden den Weg zu diesem sportlichen Gemeinschaftserlebnis.

Unsere Schirmherrin, die Gelsenkirchener Polizeipräsidentin Anne Heselhaus-Schröer, eröffnete den diesjährigen Blaulichtlauf durch die Abgabe des Startschusses. Anschließend ging sie auch selbst auf die Strecke – gemeinsam mit dem Polizeipräsidenten aus Münster, Hans-Joachim Kuhlisch. Der Oberbürgermeister der Stadt Gelsenkirchen, Frank Baranowski, nahm ebenfalls am Lauf teil.

Aufgrund der sehr hohen Teilnehmerzahl sowie zahlreicher Unterstützer und Partner war es möglich, dieses Jahr eine schier unglaubliche Spendensumme von 11.000 Euro an die diesjährigen Spendenempfänger zu überreichen.

Vier Wochen nach dem Lauf konnten beide Schecks im Polizeipräsidium Gelsenkirchen übergeben werden. Die Organisatoren der Einsatzhundertschaft Gelsenkirchen, Matthias Büscher, der Vertreter der Gewerkschaft der Polizei Gelsenkirchen und Polizeipräsidentin Anne Heselhaus-Schröer überreichten die Schecks an die Vertreter der Kinderklinik Bergmannsheil Buer, Dr. Frank Niemann und Dr. Gerrit Lautner sowie an den Vorsitzenden der Polizeistiftung NRW, Diethelm Salomon.



Fotos (4) (- PP Gelsenkirchen



Beachtliche Spende für die Polizeistiftung NRW

Die Empfänger zeigten sich nach Übergabe hoch erfreut und versprachen, diese Summen entsprechend sinnvoll einzusetzen. Frank Niemann kündigte an, dass die Spende für die Anschaffung eines »HighFlow«-Therapiegerätes genutzt wird, das zur speziellen Beatmung von Kindern diene.

Diethelm Salomon bestätigte, dass die Spende in die Einrichtung eines Hauses im Sauerland fließt, das Polizeibeamten und -beamtinnen und ihren Familien zur Verfügung gestellt wird, um traumatische Ereignisse oder Erlebnisse besser verarbeiten zu können.

Alle helfenden Kolleginnen und Kollegen aus Gelsenkirchen sind stolz und erfreut über die Nutzung dieser hohen Spendensumme und freuen sich, Euch im Jahr 2018 wieder in Gelsenkirchen begrüßen zu dürfen. Bis dahin, Glück Auf!

/// Christoph Odendahl, PP Gelsenkirchen



Foto: Jochem Tack

Feierliche Übergabe des Spendenbetrags von 11.000 Euro an die Kinderklinik Bergmannsheil Buer und die Polizeistiftung NRW.

Zweimal Bronze für die NRW-Mannschaften

28. Deutsche Polizeimeisterschaften im Schießen

Die 28. Deutschen Polizeilandesmeisterschaften im Schießen fanden vom 25. bis 28. Juli 2017 in Frankfurt/Oder (Brandenburg) statt. In insgesamt elf Gewehr- und Pistolendisziplinen gingen rund 260 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus ganz Deutschland an den Start. Für NRW starteten zwölf Schützen in sieben Disziplinen und erzielten herausragende Erfolge.

Die Damenmannschaft konnte eine Bronzemedaille in der Disziplin Luftgewehr erkämpfen. Polizeikommissarin (PKin) Stefanie Breuer (Polizeipräsidium (PP) Düsseldorf), Kommissaranwärterin (KAin) Denise Palberg (PP Dortmund) und Polizeioberkommissarin (POkin) Sandra Sprengel (Landrat (LR) Wesel) gelang in einem sehr leistungsstarken Teilnehmerfeld mit dem dritten Platz eine sehr gute Platzierung.

Ebenfalls Bronze holten die Herren. Die Mannschaft aus NRW brachte in der Disziplin Kleinkaliber 3 x 40 Schuss gezielt auf der Schießscheibe unter. Die Treffer auf den dritten Platz in dieser Disziplin erzielten Polizeihauptkommissar (PHK) Dieter Elsbecker (LR Steinfurt), PHK Sebastian Baum (PP Wuppertal) und PHK Uwe Schlabbers (PP Krefeld). **/// Andrea Schaub, PSK NRW**

MEHR ERFAHREN?

Weitere Informationen und Fotos zu den nationalen und internationalen Wettkämpfen können auf der Seite des Deutschen Polizeisportkuratoriums <http://www.dpsk.de> abgerufen werden.



Denise Palberg beim Gewehrschießen

Fotos: (2) dpsk NRW



NRW-Auswahl DPM Schießen 2017

Medaillenregen für die NRW-Delegation

15. Europäische Polizeimeisterschaften im Schwimmen und Retten

Vom 28. August bis 1. September fanden in Hannover die 15. Europäischen Polizeimeisterschaften im Schwimmen und Retten statt. Das Deutsche Polizeisportkuratorium (DPSK) ist mit einem Team aus Kolleginnen und Kollegen des Bundes und der Länder zu den Meisterschaften angetreten.

Die Qualifikation der deutschen Mannschaft fand im Rahmen des Deutschen Polizeicups (DPC) im März in Freiburg (Baden-Württemberg) statt. Die 25 Besten dieses Wettbewerbs qualifizierten sich für die Teilnahme an den europäischen Meisterschaften. Zum letzten Vorbereitungslehrgang und den sich unmittelbar daran anschließenden Meisterschaften reiste aus NRW eine siebenköpfige Delegation nach Hannover, die von Hans-Dieter Husfeldt begleitet wurde, dem Fachwart für Schwimmen und Retten im DPSK.

Insgesamt nahmen 130 Athletinnen und Athleten aus 16 Nationen an den Europäischen Meisterschaften teil. Für die 25 deutschen Teilnehmenden regnete es Gold, Silber und Bronze. Mit 39 Medaillen (18 Gold, 13 Silber, 8 Bronze) konnte Deutschland auch die Nationenwertung mit deutlichem Abstand nach Punkten für sich entscheiden und landete auf dem ersten Platz.

NRW nahm sechs Goldmedaillen, fünf Silbermedaillen und eine Bronzemedaille mit nach Hause. Karolin Kuhlmann (PP Bielefeld), Mandy Blum (PP Dortmund), Isabelle Härle (PP Gelsenkirchen), Moritz Kemper (PP Dortmund) und Thomas Rueter (PP Essen) unterstützten das deutsche Team und erreichten herausragende Leistungen für die Nationalmannschaft.

Zahlreiche neue Bestzeiten

Während der Europäischen Meisterschaften wurden 15 neue Polizeirekorde aufgestellt, sieben davon durch das deutsche Team.

Karolin Kuhlmann konnte die Bestzeit für die Disziplin 50 m Schmetterling mit 27,52 Sekunden knacken. Isabelle Härle schaffte auf 400 m Freistil die neue Bestzeit der Polizei in Europa mit 4 Minuten und 18,82 Sekunden. */// Andrea Schaub, PSK NRW*

Startschuss am Olympiastützpunkt

11. Deutsche Polizeimeisterschaften im Triathlon



Rike Westermann mit Bestzeit der Frauen auf der Radstrecke



Start in der Elbe für die 1.500 m Schwimmstrecke im Frühnebel

Im Rahmen des »Elbe Triathlons Hamburg« wurden am 10. September 2017 die 11. Deutschen Polizeimeisterschaften (DPM) im Triathlon in Hamburg ausgetragen. Die Veranstaltung nutzte der Bundesfachwart zugleich, um die besten Talente für die Teilnahme der Nationalmannschaft an der Europäischen Polizeimeisterschaft 2018 im Triathlon zu sichten.

Der Startschuss fiel pünktlich bei kühlen zehn Grad und Frühnebel am Olympiastützpunkt in Hamburg-Allermöhe. Unter den 1.800 Startern befanden sich 110 Triathletinnen und Triathleten der Polizei des Bundes und der

Länder, die die olympische Distanz mit 1.500 m Schwimmen, 40 km Radfahren und 10 km Laufen zurücklegen wollten.

Die erste Disziplin führte das Teilnehmerfeld durch die mit 17 Grad fast angenehm warme Elbe. Die Triathleten aus Nordrhein-Westfalen hatten die Schwimmdistanz beeindruckend schnell zurückgelegt und befanden sich bereits nach 25 Minuten auf dem Fahrrad – inklusive Umkleiden in der Wechselzone.

Die Bestzeit für die fast 40 km Radfahrstrecke lag bei den Männern unter 50 Minuten. Rike Westermann (PP Köln) durchfuhr die Strecke als schnellste Frau in nur 56 Minuten.

Gold für das NRW-Frauen-Team

Die letzte Disziplin führte entlang der Elbe über eine Wendepunktstrecke, die die Athletinnen und Athleten zweimal durchlaufen mussten. Vor großartiger Kulisse holte Rike Westermann zusätzlich die Tagesbestzeit der Frauen mit 40:14 Minuten über die 10 km-Laufstrecke. Mit ihrer Gesamtzeit von 2:05:08 Stunden sicherte sie sich den dritten Platz und damit die Bronzemedaille bei den DPM im Triathlon.

Sara Baumann (PP Hagen) erreichte das Ziel nach 2:04:31 Stunden Gesamtzeit knapp drei Minuten später als Stephanie Weiß (Polizei Hessen), die mit 2:01:45 Stunden den Meistertitel gewann. Für Sara Baumann bedeutete das einen verdienten zweiten Platz und die Silbermedaille.

Die Triathletinnen aus Nordrhein-Westfalen gewannen zudem mit sieben Minuten Vorsprung überlegen die Mannschaftswertung vor Baden-Württemberg und Bayern. Mit einer Gesamtzeit von 6:25:56 Stunden holte das Frauen-Team NRW Gold und damit den Titel. // **Andrea Schaub, PSK NRW**



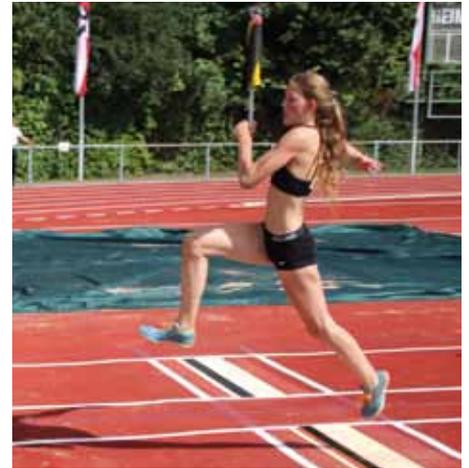
Sieg der Frauen in der Mannschaftswertung

Fotos (©):PSK NRW

Kräftemessen mit den Besten 36. Deutsche Polizeimeisterschaften in der Leichtathletik



Daniel Wienands und Marvin Gregor holen Silber und Bronze im Hürdenlauf



Sprintähnlicher Anlauf für den Weitsprung in die Sandkühle

Im bayerischen Königsbrunn fanden vom 28. bis 31. August 2017 die 36. Deutschen Polizeimeisterschaften (DPM) in der Leichtathletik statt.

Zahlreiche Sportler konnten bei diesen Meisterschaften persönliche Spitzenleistungen abrufen und mit sportlichen Erfolgen zu einer spannenden Meisterschaft beitragen. So waren drei Weltklassesportler am Start: Carolin Schäfer (Silber im Siebenkampf bei der Weltmeisterschaft in London), Kai Kazmirek (Bronze im Zehnkampf bei der WM) und Lars Hamann (84,75 Meter im Speerwurf).

Die Sportlerinnen und Sportler aus NRW mussten sich dieser harten Konkurrenz im Wettkampf stellen. Dabei half ihnen Teamgeist, ihre Leistungsfähigkeit und jahrelange Erfahrung zu insgesamt 13 Medaillen für NRW.

Die Konkurrenz schwächelte

Das erste Metall konnte Kommissaranwärterin (KAin) Aline Florian (PP Münster) mit Platz 3 über die Laufstrecke von 1.500 m gewinnen. Silber im Fünfkampf sicherte sich Polizeikommissar (PK) Marvin Gregor (Landrat (LR) Gütersloh), gefolgt von der

Goldmedaille durch PKin Klaudia Kaczmarek (LR Kleve). Mit 6,04 m im Weitsprung konnte sie sich gegen eine zunächst stärker eingeschätzte Konkurrenz durchsetzen und machte den Medaillensatz am ersten Wettkampftag komplett.

Polizeioberkommissar (POK) Gerko Siemer (LR Rhein-Kreis Neuss) erkämpfte sich am zweiten Tag über 400 m Hürden den dritten Platz. PKin Annika Michaelis (PP Bochum) ließ in ihrer Spezialdisziplin, 100 m Hürden, die Silbermedaille folgen. Ebenfalls Silber und zusätzlich Bronze über 110 m Hürden holten PP Marvin Gregor (LR Gütersloh) und Polizeihauptkommissar (PHK) Daniel Wienands (LR Mettmann). Den Überraschungserfolg lieferte Kommissaranwärter (KA) Marvin Pufahl (PP Dortmund) über 800 m, der im starken Schlusspurt auf den zweiten Platz vorschnellte.

Hart erkämpfte Edelmetalle

Eine weitere Goldmedaille holte sich PKin Klaudia Kaczmarek im Dreisprung. Bronzemedailien sicherten sich PK Christian Biele (LR Märkischer Kreis) über 5.000 m und PKin Doreen Besting (PP Köln) im Hochsprung. Doreen Besting erhielt noch

einmal Bronze in der Frauenstaffel 3 x 800 m und konnte ihren Sieg zusammen mit PKin Kerstin van Embden (PP Duisburg) und KAin Aline Florian (PP Münster) feiern.

Die Staffelläufe bildeten traditionell den Abschluss der Meisterschaften. In der Schwedenstaffel der Frauen, bei denen 100 – 200 – 300 – 400 m gelaufen werden, strahlten am Ende PKin Katrin Neumann (PP Wuppertal), PKin Stephanie Frantz (PP Essen), PKin Eva Siemer (LR Rhein-Erft-Kreis) sowie KAin Sabrina Bluhm (PP Aachen). Die Staffel freute sich riesig über die hart erkämpfte Silbermedaille.

/// **Andrea Schaub, PSK NRW**



Siegreiche Schwedenstaffel Frauen

Frank Hoever Neuer Chef des Landeskriminalamtes



Foto: Alexander Sucrow

Der ehemalige Referatsleiter im NRW-Innenministerium und Vertreter des Landeskriminaldirektors hat im LKA NRW die Nachfolge von Uwe Jacob angetreten, der seit August Polizeipräsident in Köln ist.

Frank Hoever (57) ist neuer Direktor des nordrhein-westfälischen Landeskriminalamtes in Düsseldorf. Das hat das Kabinett auf Vorschlag von NRW-Innenminister Herbert Reul entschieden. »Frank Hoever ist ein kompetenter, kommunikativer und erfahrener Teamp-layer, der die NRW-Polizei aus dem Effeff kennt«, sagte Reul. Hoever arbeitete seit 1976 unter anderem im operativen Bereich der Kriminalpolizei bei den Polizeipräsidenten Bonn und Köln. Später leitete er dort unter anderem Kriminalinspektionen und war für die Bekämpfung Organisierter Kriminalität und verdeckte Ermittlungen verantwortlich. Das LKA NRW kennt Hoever aus seiner Zeit als Dezernatsleiter von 2009 bis 2012. Zuletzt war der Familienvater Referatsleiter im NRW-Innenministerium und Vertreter des Landeskriminaldirektors.

/// Redaktion Streife

Heidi Fahrenholz Neue Leiterin der Direktion GE beim PP Gelsenkirchen



Die Leitende Polizeidirektorin Heidi Fahrenholz hat die Funktion der Leiterin der Direktion GE im Polizeipräsidium Gelsenkirchen übernommen.

Zuvor leitete LPD'in Heidi Fahrenholz den Leitungsstab im Polizeipräsidium Düsseldorf. **/// Redaktion Streife**

Michael Schemke Neuer Leiter des Referats 412 im Innenministerium NRW



Der Leitende Polizeidirektor Michael Schemke hat die Funktion des Leiters des Referates 412 – Einsatz im täglichen Dienst – übernommen.

Zuvor versah LPD Michael Schemke seinen Dienst als Referent im Referat 412, IM NRW. **/// Redaktion Streife**

Jörg Schalk Neuer Leiter der Abteilung 6 beim Landeskriminalamt NRW



Der Leitende Kriminaldirektor Jörg Schalk hat die Funktion des Leiters der Abteilung 6 im Landeskriminalamt NRW übernommen.

Zuvor leitete LKD Jörg Schalk das Dezernat 61, LKA NRW. /// **Redaktion Streife**

Irmgard Baumhus Neue Leiterin der Direktion GE beim PP Wuppertal



Die Leitende Polizeidirektorin Irmgard Baumhus hat die Funktion der Leiterin der Direktion GE im Polizeipräsidium Wuppertal übernommen.

Zuvor leitete LPD'in Irmgard Baumhus die Polizeiinspektion Nord im Polizeipräsidium Düsseldorf. /// **Redaktion Streife**

Veranstaltungsangebote 2018

der Evangelischen Polizeiseelsorge Rheinland / Westfalen



Seminare für Familien

„Immer auf Trab?“

20. – 22.04. • Eslohe, Ponyhof Meier
Leitung: Team der Ev. Kirche v. Westfalen
Kosten: Erw. 70,- €, Kinder 50,- € (GS: Rheinland)

„Adventszeit – Zeit der Besinnung?!“

30.11 – 02.12. • Eslohe, Ponyhof Meier
Leitung: Pfarrer Dietrich Bredt-Dehnen und Team
Kosten: Erw. 70,- €, Kinder 50,- € (GS: Rheinland)

„Sneek 7.0 – All hands on deck“ Segelseminar für Familien

20. – 24.08. • Segelhof Rufus, Broek NL
Leitung: Team der Ev. Kirche v. Westfalen
Kosten: 289,- € p.P. (Reduktion pro Familien-Mitglied um 5% auf den Gesamtpreis, d.h. bei 2 Pers. Gesamtpreis minus 10%, bei 5 Personen Gesamtpreis minus 25%) (GS: Westfalen)

2018

Seminare für Körper und Seele

Stille-Seminar: „EntLASTung“

09. – 13.04. • Rengsdorf, Haus der Stille
Leitung: Pfarrerin Judith Palm
Pfarrerinnen Monika Weinmann
Kosten: 189,- € p.P. (GS: Rheinland)

„Go, let it out“ – Anspannungen heraus lassen

03. – 04.05 • Meinerzhagen, Haus Nordhelle
Leitung: Pfarrerin Pia Winkler
N.N.
Kosten: 50,- € p.P. (GS: Westfalen)

„Stille ist Lebensmitte(l)“ – Stilleseminar h.D.

13. – 15.06. • Rengsdorf, Haus der Stille
Leitung: Pfarrerin Judith Palm
Pfarrer Folkhard Werth
Kosten: 120,- € p.P. (GS: Westfalen)

„Aus-Zeit“ – Schnuppertage Spiritualität

04. – 06.07. • Kall, Kloster Steinfeld
Leitung: Pfarrer Werner Schiewek
Pfarrer Dietrich Bredt-Dehnen
Kosten: 80,- € p.P. (GS: Rheinland)

Stille-Seminar AufbauSeminar: „Die Mitte finden“

19. – 21.09. • Rengsdorf, Haus der Stille
Leitung: Pfarrerin Judith Palm
Pfarrer Folkhard Werth
Kosten: 120,- € p.P. (GS: Westfalen)

„Gemeinsam unterwegs“ – Wander- und Einkehrtage

24. – 28.09. • Tagungsstätte Hohe Rhön
Leitung: Pfarrer Jochen Wahl
Kosten: 120,- € p.P. DZ
170,- € p.P. EZ (GS: Westfalen)

„Inne.Halten.Atem.Holen.Da.Sein“

11.10. – 12.10. • Kardinal-Schulte-Haus, Bensberg
Leitung: Pfarrerin Bianca van der Heyden
Pfarrer Michael Pulger
Kosten: 50,- € p.P.
Anmeldung: Michael.Pulger@polizeiseelsorge.org

Berufsethische Fachseminare

„Vorbereitung für den Ruhestand – wohin geht die Reise?“

08. – 09.03. • Wuppertal, Intern. Ev. Tagungszentrum
Leitung: Pfarrerin Monika Weinmann
Pfarrer Dietrich Bredt-Dehnen
Kosten: 50,- € p.P. (GS: Rheinland)

„Ruhestand – ersehnt und gefürchtet“

23. – 24.10. • Kleinich/Hunsrück, Landhaus Arnoth
Leitung: Pfarrer Reinhard Behnke
Dipl. Soz. arb. in Martina Müller
Kosten: 50,- € p.P. (GS: Rheinland)

„Täglicher Dienst und Trainings als Auslöser belastender Erinnerungen – was nun?“

30. – 31.10. • Meinerzhagen, Haus Nordhelle
Leitung: Pfarrerin Pia Winkler
Pfarrerinnen Bianca van der Heyden
Kosten: 50,- € p.P. (GS: Westfalen)

„Damit habe ich nicht gerechnet ...“ Seminar für Trauernde in der Polizei

05. – 08.11. • Kall, Kloster Steinfeld
Leitung: Pfr. Reinhard Behnke
Pfarrerinnen Bianca van der Heyden
Kosten: 120,- € p.P. (GS: Rheinland)

Anmeldung und Infos

bei den jeweils genannten Geschäftsstellen
(GS) der Landespfarrämter

Westfalen:

Landespfarramt der EKvW für den
Kirchlichen Dienst in der Polizei
Melchersstr. 57 · 48149 Münster
Tel. 0251/2006880 · Fax: 0251/2006881
e-mail: kirchlicher.dienst.muenster@t-online.de
www.polizeiseelsorge-westfalen.de

Rheinland:

Landespfarramt für
Polizeiseelsorge der EKIR
Sabine vom Bey · Missionsstr. 9 a/b · 42285 Wuppertal
Tel. 0202/2820350 · Fax: 0202/2820360
e-mail: polizeiseelsorge@ekir.de
www.polizeiseelsorge-rheinland.de

Hinweis zum Thema „Dienstbefreiung“

Gem. Art. 11 der „Vereinbarung über die Wahrnehmung der Ev. Polizeiseelsorge im Land Nordrhein-Westfalen“ (MBl. NW 1962, S. 1355) können Sie nach § 7 Satz 1 Nr. 3 als Polizeibeamtin/Polizeibeamter Dienstbefreiung beantragen. Die Seminare werden gemäß den Bestimmungen des Weiterbildungsgesetzes (WbG) durchgeführt.

Evangelische Kirche
von Westfalen



EVANGELISCHE
KIRCHE
IM RHEINLAND



Seminarprogramm 2018

18 1	Linksextremismus – Die unterschätzte Gefahr?	8.1.-12.1.	395 € IPA 265 €
18 2	Islamistischer Terrorismus – Europa im Fadenkreuz religiöser Fanatiker 	15.1.-19.1.	395 € IPA 265 €
18 2	Islamist Terrorism – Europe Under Attack by Religious Fanatics 	15.1.-19.1.	395 € IPA 265 €
18 3	Gewalt im Spiel – Ultras und Hooligans im Umfeld von Fußballspielen	22.1.-26.1.	395 € IPA 265 €
18 4	Scientific Examination of Documents 	29.1.-2.2.	495 € IPA 370 €
18 5	Social Media und Recht	1.2.-2.2.	500 € Frühb. 450 €
18 6	Unter Druck – Im Konflikt handlungsfähig bleiben	5.2.-7.2.	350 € IPA 260 €
18 7	Fasten? Trau Dich! – Heilfasten im Oberbergischen Land	12.2.-18.2.	450 € IPA 300 €
18 8	Rocker- und Motorradbanden – Gesichter organisierter Kriminalität	13.2.-16.2.	395 € IPA 265 €
18 9	Social Media Management für Polizei, Justiz und Öffentliche Verwaltung	19.2.-23.2.	1.800 € Frühb. 1.600 €
18 10	Rücken verstehen – Schmerzen entgehen! – Ein „bewegtes“ Seminar für mehr Lebensqualität	23.2.-25.2.	350 € IPA 260 €
18 11	Wenn die Stressverarbeitung nicht mehr funktioniert – Hilfe durch Stressmanagement	5.3.-9.3.	395 € IPA 265 €
18 12	Social Media – Best Practice – Beispiele von Social Media Nutzung durch die Polizei 	12.3.-16.3.	450 € IPA 300 €
18 12	Social Media – Best Practice in Police Social Media Adaptation 	12.3.-16.3.	450 € IPA 300 €
18 13	Understanding Terrorism 	19.3.-23.3.	450 € IPA 300 €
18 14	ASP Instructor Course 	3.4.-7.4.	470 € IPA 350 €
18 15	Protection de l'environnement 	9.4.-13.4.	450 € IPA 300 €
18 16	Auf Schritt und Tritt – Die Elektronische Fußfessel für Haftentlassene und Gefährder 	2.5.-4.5.	350 € IPA 260 €
18 16	Het elektronische enkelband in Nederland en Duitsland 	2.5.-4.5.	350 € IPA 260 €
18 17	Was Sie schon immer über facebook, twitter, youtube und co. wissen wollten, aber noch nie gefragt haben – Social Media für Einsteiger	22.5.-24.5.	395 € IPA 265 €
18 18	Verhalten in Extremsituationen	24.5.-25.5.	290 € IPA 215 €
18 19	Gemeinsam in den Ruhestand	28.5.-1.6.	395 € IPA 265 €
18 20	Environmental Crimes 	5.6.-8.6.	450 € IPA 300 €
18 21	Motorradkultur und Sicherheit – Training für verantwortungsbewusstes Motorradfahren	8.6.-10.6.	290 € IPA 215 €
18 22	In Zeiten terroristischer Bedrohungen 	11.6.-15.6.	450 € IPA 300 €
18 22	W czasach zagrożenia terrorystycznego 	11.6.-15.6.	450 € IPA 300 €
18 23	Rücken verstehen – Schmerzen entgehen! – Ein „bewegtes“ Seminar für mehr Lebensqualität	15.6.-17.6.	350 € IPA 260 €
18 24	In der Katastrophe handlungsfähig bleiben 	18.6.-22.6.	450 € IPA 300 €
18 24	Capacità di intervenire in situazioni d'emergenza 	18.6.-22.6.	450 € IPA 300 €



Folgen Sie uns
auf facebook.

facebook.com/IBZGimborn



Begegnen
und
Lernen

Preise inkl. Übernachtung und Vollverpflegung | Seminarpreise unter Vorbehalt

18 25	„Circle“-Training Social Media – Fit für die Öffentlichkeitsarbeit, fit im Nutzen neuer Medien	25.6.-27.6.	500 € Frühb. 450 €
18 26	Wenn die Stressverarbeitung nicht mehr funktioniert – Hilfe durch Stressmanagement	2.7.-6.7.	395 € IPA 265 €
18 27	Social Media Management für Polizei, Justiz und Öffentliche Verwaltung	9.7.-13.7.	1.800 € Frühb. 1.600 €
18 28	Police Street Survival Training	16.7.-20.7.	450 € IPA 300 €
18 29	Aktiv in den Ruhestand	27.8.-31.8.	395 € IPA 265 €
18 30	Motorradkultur und Sicherheit – Training für verantwortungsbewusstes Motorradfahren	31.8.-2.9.	290 € IPA 215 €
18 31	Rocker- und Motorradbanden – Gesichter organisierter Kriminalität	3.9.-7.9.	395 € IPA 265 €
18 32	Alles über Drogen	10.9.-14.9.	450 € IPA 300 €
18 32	Totul despre droguri	10.9.-14.9.	450 € IPA 300 €
18 33	Drohnen – Anwendungsformen, technische Möglichkeiten und rechtliche Aspekte eines neuen polizeilichen Einsatzmittels	24.9.-28.9.	450 € IPA 300 €
18 33	Drones: modos de utilización, posibilidades técnicas y aspectos legales de un nuevo instrumento de trabajo para la policía	24.9.-28.9.	450 € IPA 300 €
18 34	Security Threads within the EU: Organized and Gang Related Crime	1.10.-5.10.	450 € IPA 300 €
18 34	Sposoby zabezpieczeń w Unii Europejskiej: przestępczość zorganizowana i związana z gangami	1.10.-5.10.	450 € IPA 300 €
18 35	Hooligans, Banden, Extremisten – Bedrohungen der Inneren Sicherheit – YouPo Seminar	8.10.-12.10.	450 € IPA 300 €
18 35	Hooligans, Gangs, Extremists – Threats to Inner Security – YouPo Seminar	8.10.-12.10.	450 € IPA 300 €
18 36	Aktiv in den Ruhestand	15.10.-19.10.	395 € IPA 265 €
18 37	Road Safety	22.10.-26.10.	450 € IPA 300 €
18 38	Die Schreibwerkstatt für Polizisten	26.10.-28.10.	250 € IPA 185 €
18 39	Führung in Aussicht oder den Rollenwechsel meistern	29.10.-31.10.	380 € IPA 265 €
18 40	Steuerung und Controlling in öffentlichen Institutionen	5.11.-9.11.	395 € IPA 265 €
18 41	Gewalt gegen die Staatsgewalt	12.11.-16.11.	395 € IPA 265 €
18 42	Goal reached? – Current State of the Rights of LGBT Persons in Europe	21.11.-23.11.	350 € IPA 260 €
18 43	Evidence Based Policing und Predictive Policing – Methoden moderner Sicherheitsarbeit	3.12.-7.12.	450 € IPA 300 €
18 43	Evidence Based Policing and Predictive Policing	3.12.-7.12.	450 € IPA 300 €
18 44	Minority Police Groups in Europe and Around the World – Still Fighting for Respect and Recognition	10.12.-13.12.	450 € IPA 300 €
18 45	Der Rechtsstaat rüstet auf – Wie bedroht sind unsere Freiheitsrechte?	12.12.-14.12.	350 € IPA 260 €

09/2017 Änderungen vorbehalten



WEITERE INFORMATIONEN UNTER
www.ibz-gimborn.de

Magisches Zirkuserlebnis Die »Streife« verlost je 3 x 2 Freikarten für »Afrika! Afrika!«



Afrika, der zweitgrößte Kontinent der Erde, bietet eine faszinierende kulturelle und künstlerische Vielfalt. Die Showproduktion »Afrika! Afrika!« von André Heller vereint mehr als fünfzig Tänzer, Musiker, Akrobaten und Artisten aus über zehn verschiedenen Ländern in einem exotischen Bühnenprogramm.

Die Idee kam dem österreichischen Künstler und Schauspieler André Heller bereits im Jahr 1972 auf einem Marktplatz am Rand der Sahara. Dort war er auf ein unvergessliches Fest gestoßen, wo Tänzer, Musiker, Gaukler und Akrobaten aus den unterschiedlichsten Regionen Afrikas zusammenkamen, um ihr Können zu zeigen. Talentsucher durchforsteten den gesamten Kontinent von Marokko bis Südafrika, von Äthiopien bis zur Elfenbeinküste und versammelten ein buntes Ensemble für mehrwöchige Proben in Deutschland.

Im Dezember 2005 feierte die Zirkusshow »Afrika! Afrika!« schließlich in eigens gestalteten Zeltpalästen in Frankfurt am Main ihre Weltpremiere und wurde vom Publikum umjubelt. 2018 folgt nun ein furioses Comeback. Die Regie führt diesmal Georges Momboye, der bereits seit 2005 bei allen Produktionen als Tänzer, Choreograph und rechte Hand von André Heller agierte. Über sein Engagement für 2018 sagt Momboye: »Die Vision meines Freundes und Mentors André fortsetzen zu dürfen, ist eine große Ehre für mich. »Afrika! Afrika!« ist mehr als eine außergewöhnliche Show, es ist Hoffnung, Stolz und ein wahrgewordener Traum für viele Afrikaner und eine Bereicherung für jeden Besucher.«

Und so tourt die phantasievolle Show ab Januar 2018 unter der Regie von Georges Momboye wieder durch Deutschland, Österreich und die Schweiz. Leserinnen und Leser der »Streife« können je 3 mal 2 Tickets für die Shows am 4. Februar in Essen und am 5. April in Düsseldorf gewinnen.

Fürstenanrede	▼	Int. Autorenverband (Kurzw.)	Mono-gamie	Fahrzeug-eigentümer	▼	Riesenschlange	Passions-spielort in Tirol	weibl. Kurzname
operier-bar	▶				○4			
Ausruf d. Freude, Lustig-keit	▶			ein Papagei	▶			
▶				○1		○2		
Bestand an Sport-pferden		Impf-stoff		Verdacht erregen-der Umstand		Farbe für Drucker, Kopierer	Auflösung des letzten Rätsels	
kurzär-meliges Trikot-hemd	▶		○3				■ ■ ■ ■ P H A V E L ■ U I ■ A ■ S P A T ■ H E L I B A R O N ■ N ■ H ■ A G R A R ■ ■ E ■ U ■ S I E B ■ E M I R ■ R E N I M I N S K ■ O J E (1-5) ■ S Magie	
Wäh-rungs-code für Euro	niederl.: eins Stadt an d. Donau	▶				Kose-form v. Katha-rina		
▶		○5	Industrie-maß für Normgrö-ßen (Kf.)	▶				
Futter-pflanze								
Initialen der Schau-spielerin Monroe †			früherer russischer Herrscher-titel	▶	○6	si0910-27		
1	2	3	4	5	6			

Um an der Verlosung der Freikarten im Rahmen unseres Kreuzworträtsels teilzunehmen, müssen Sie nur das richtige Lösungswort auf einer ausreichend frankierten Postkarte oder per E-Mail bis zum (Auslosung Karten Essen) 31.01.2018 und zum (Auslosung Karten Düsseldorf) 28. Februar 2018 einsenden an:

Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen, Redaktion Streife, Friedrichstraße 62-80, 40217 Düsseldorf, E-Mail: streife@im.nrw.de

Bitte der Redaktion: Bei E-Mails im Betreff nur PREISRÄTSEL eintragen und grundsätzlich die vollständige Privatadresse angeben. Danke!

Das Kreuzworträtsel ist im Intranet der Polizei und in den Print- und Onlineausgaben der Streife veröffentlicht. Der Gewinner / die Gewinner werden durch Losverfahren durch das Redaktionsteam ermittelt. Der Gewinner / die Gewinner werden auf dem Postweg benachrichtigt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Zur Teilnahme am Gewinnspiel eingesandte Daten werden vier Monate nach Einsendeschluss gelöscht.

Leser der »Streife« erhalten an allen Terminen der Show »Afrika! Afrika!« einen Rabatt in Höhe von 10 Euro auf die Preiskategorien 1 bis 3. Telefonisch buchbar mit Nennung des Kennwortes: »Vorteile« unter der Rufnummer: 0211-274000.

IMPRESSUM

Herausgeber

Ministerium des Innern
des Landes Nordrhein-Westfalen
Friedrichstraße 62–80, 40217 Düsseldorf

Verantwortlich

Dieter Spalink,
Referat Öffentlichkeitsarbeit und
Online-Kommunikation

Redaktion

Ralf Hövelmann und Gordon Wenzek
Ministerium des Innern
des Landes Nordrhein-Westfalen
Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Redaktion *Streife*
Friedrichstraße 62–80, 40217 Düsseldorf
Tel. (0211) 871-23 66
Fax (0211) 871-23 44

CN-PolNRW 07-221-2366
Internet: <http://streife.polizei.nrw>
E-Mail: streife@im.nrw.de
ISSN 0585-4202

Schlussredaktion

pressto GmbH, Köln

Autorinnen und Autoren dieser Ausgabe

Dr. Jörg Bockow
Jasmin Epping, MIK NRW
Claudia Franken, LZPD NRW
Prof. Dr. Stefan Kersting, FHÖV NRW
Walter Liedtke
Alexander Lorber
Andre Niewöhner, LAFP NRW
Christoph Odendahl, PP Gelsenkirchen
Timm Petry, LZPD NRW
Achim Raupach, LAFP NRW
Andrea Schaub, PSK NRW
Nina Stier, UNAMID Sudan
Prof. Dr. Tobias Trappe, FHÖV NRW
Christoph Weiß, EUCAP Sahel Niger
Wolfgang Wendelmann, IM NRW
Prof. Dr. Sonja Willing, FHÖV NRW
Andreas Wilming-Weber, PP Recklinghausen
Andre Zimmermann, LKA NRW

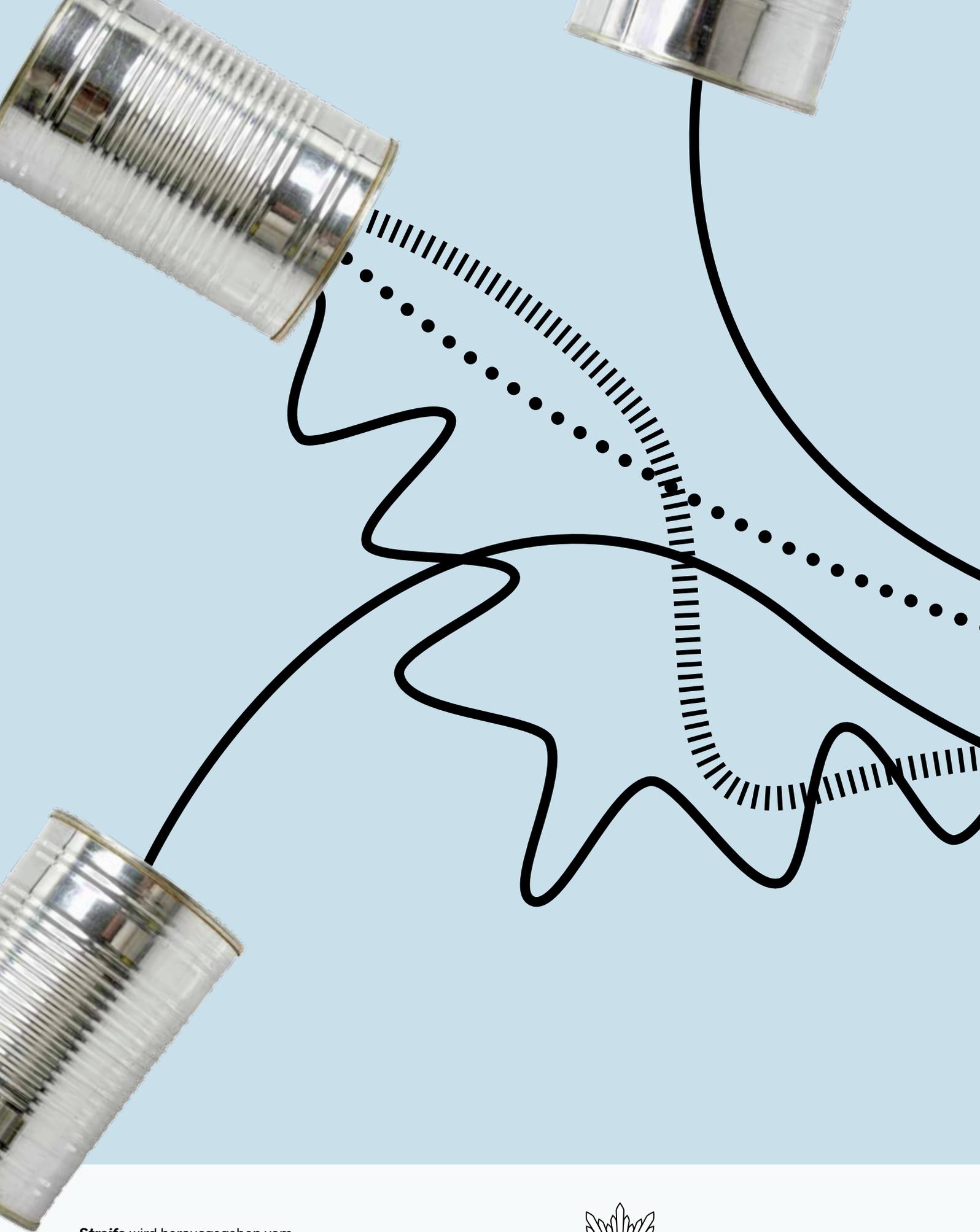
Grafische Gestaltung und Satz

designiert® Corporate Design, Düsseldorf
www.designiert.de

Druck

jva druck und medien, Geldern
Papier: Maxisilk

Die *Streife* erscheint im Zwei-Monats-Rhythmus
6 mal im Jahr. Beiträge zur Veröffentlichung
können direkt an die Redaktion gesandt werden.
An den abgedruckten Beiträgen behält sich
die *Streife* alle Rechte vor. Nachdruck aller Artikel,
auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe.
Kürzungen von Leserzuschriften behält sich die
Redaktion vor und bittet hierfür um Verständnis.
Für Manuskripte und Fotos, die unaufgefordert ein-
gesandt werden, wird keine Haftung übernommen.



Streife wird herausgegeben vom
Ministerium des Innern
des Landes Nordrhein-Westfalen
<http://streife.polizei.nrw> /// ISSN: 0585-4202



POLIZEI
Nordrhein-Westfalen